Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1205

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Minister

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 27. September 2010

Antwort der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsentwurf 2011/2012 - Teil 2 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den zweiten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Wiegard

Dienstgebäude Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel | Telefon 0431 988-0 | Telefax 0431 988-4172 | poststelle@fimi.landsh.de |
www.landesregierung.schleswig-holstein.de | Buslinie 41, 42, 51
E-Mail-Adressen: Kein Zugang für elektronisch signierte oder verschlüsselte Dokumente. Das Landeswappen ist gesetzlich geschützt.

Fragen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Fragen zum Haushaltsgesetz, Haushaltsbegleitgesetz sowie Finanzplan und ressortübergreifende Fragen:

1. Haushaltsgesetz Allgemeine Begründung, S. 46
   Trifft es zu, dass bis zu einer konkreten Festlegung eines einheitlichen Konjunkturbereinigungsverfahren zwischen Bund und Ländern, dass der gesamten Finanzplanung zugrunde liegende strukturelle Defizit von 1.250 Mio. € keine Bestandskraft hat? Wenn ja, wie plant die Landesregierung damit umzugehen, wenn sich Bund und Länder auf einen anderen Betrag einigen, was einen anderen Konsolidierungspfad mit sich bringt (Maßnahmen, Zeitplan)?

Das zur Einhaltung der Vorgaben aus Art. 53 Landesverfassung festzustellende strukturelle Defizit kann konkret erst nach Ablauf des Jahres 2010 (also mit Feststellung des Haushaltsergebnisses) und nach Festlegung eines Konjunkturbereinigungsverfahrens festgestellt werden (siehe hierzu detaillierte Erläuterungen in der Finanzplanung, die dem Landtag am 23. August 2010 zugeleitet wurde, auf S. 25). In der Finanzplanung wurde mehrfach auf die Vorläufigkeit des festgestellten strukturellen Defizits hingewiesen.

Es ist davon auszugehen, dass sich Bund und Länder zunächst nicht auf einen konkreten Betrag, sondern auf ein Verfahren zur Berechnung bzw. Bereinigung konjunktureller Effekte einigen. Der nach einem geeinten Verfahren zu berechnende Betrag ist dann mit Ablauf des Haushaltsjahres 2010 festzustellen.

Den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag wurden am 2. September 2010 durch Herrn Prof. Dr. Deubel verschiedene Konjunkturbereinigungsverfahren erläutert. Insbesondere ging es dabei um die Feststellung des strukturellen Defizits nach dem so genannten Deubel-Modell und dem RWI-Modell.

Wie in der Finanzplanung auf S. 44 dargestellt, wird der von der Landesregierung vorläufig festgestellte Abbaupfad für das strukturelle Defizit, im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2014 unterschritten. Die Landesregierung hat damit in ihren Planungen ein Sicherheitspuffer eingebaut.

2. Art. 14 Haushaltsbegleitgesetz, S. 48
   Gesetz zur Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein
   a) Welche haushalterischen Vorteile hat die Auflösung der LVSH?
   b) Wo werden die Veränderungen abgebildet?
   c) Nach der Begründung (S. 73) soll durch Personalabbau ein Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet werden. Wo wird dieser Beitrag dargestellt?
   d) Wie hoch wird der Konsolidierungsbeitrag sein?

Zu a)
Die LVSH wird aufgelöst und das Grundvermögen in ein Sondervermögen des Landes überführt. Die in diesem Zusammenhang aus dem Landeshaushalt ausgelagerten Schulden werden zur Wiederherstellung der Haushaltstransparenz im Landeshaushalt ausgewiesen.

Zu b)
Nach Beschluss des Haushaltsbegleitgesetzes sollen die Veränderungen in der Nachschiebeliste wie folgt dargestellt werden:

Die im Wirtschaftsplan der LVSH ausgewiesenen Mieten/Einnahmen enthaltenen Anteile für Zinsen und Tilgung werden in einer gesondert eingerichteten Maßnahmengruppe im Einzelplan 1116 abgebildet.
Die darüber hinaus bisher ausgewiesenen Aufwendungen der LVSH für den Betrieb und die Unterhaltung der Liegenschaften werden im Einzelplan 12 ohne Abzüge in einem gesondert eingerichteten Kap. 21 abgebildet.

Zu c) und d)
Der sich langfristig mit der Umsetzung des neuen Liegenschaftsmodells entstehende Konsolidierungsbeitrag wird sich in der Reduzierung von Organleihekosten der GMSH niederschlagen, ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bezifferbar.

3. Finanzplan Schleswig-Holstein
   a) S. 10 Betrachtet man die Entwicklung von Schulden und Zinsen und vergleicht diese Grafik mit den Erläuterungen, stellt sich die Frage, ob die Zinsen nicht seit 1990 um 146 % und nicht 246 % gestiegen sind. Weiterhin stellt sich die Frage, ob die Zinsausgaben nicht um 51 % statt 151 % gestiegen sind.

3a): Es wurde keine Frage gestellt.

   b) S. 27 Das Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschleunigung bedeutet einen Einnahmeverlust von 65 Mio. € für das Land. Bitte schlüsseln Sie auf, in welcher Höhe sich die einzelnen Komponenten auswirken (Kindergeld, Erbschaftssteuer, Hoteliers etc.). Bitte auch für die Kommunen darstellen.

3b): Die Tabelle zeigt die im Rahmen der Diskussion um die Beschlussfassung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes geschätzten Jahreswirkungen der einzelnen Komponenten des Gesetzes.

Sachverhalt	Jahreswirkung in Mio. Euro (gerundet)
Anpassung / Änderung der Umsatzsteuer-verteilung aufgrund der Anhebung des Kindergeldes	37
Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7 % für Beherbergungsleistungen ab 1.1.2010	-12
Hinzurechnungssatz bei Immobilienmieten von 65% auf 50% reduzieren	0
Erleichterung von Umstrukturierungen von Unternehmen durch Einführung einer "Konzernklausel"	-5
§ 13a ErbStG: Senkung der Lohnsummenregelung und der Behaltefristen; § 19 ErbStG: Geänderte Steuersätze für Geschwister und Geschwisterkinder	-11
Abmilderung der Verlustnutzungs-beschränkungen des § 8c KStG: Sanierungsklausel, Konzernklausel und "Stille Reserven-Escape"	-13

Sachverhalt	Jahreswirkung in Mio. Euro (gerundet)
Anhebung der Freibeträge für Kinder auf 7.008 € und des Kindergeldes um einheitlich 20 € je Kind und Monat ab 1.1.2010	-52
Verbesserung der GWG-Abschreibung durch Einführung eines Wahlrechts für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu 410 € ohne Pool (Sofortabschreibung) oder von 150 € bis 1.000 € mit Pool	-4
Abmilderung der Regelungen zur Zinsschranke durch mehrere Maßnahmen: a) Escape-Klausel: Eigenkapitalquote des Betriebes darf die des Konzerns bis max. 2 % (statt wie bisher 1 %) unterschreiten; b) Freigrenze Zinsschranke unbefristet 3 Mio. €; c) EBITDA-Vortrag rückwirkend ab 2007 für einen Zeitraum von jeweils 5 Jahren	-4

c) S.31 Trifft es zu, dass ausgehend von den konjunkturbereinigten Einnahmen in 2010 mit 6.589 Mio. € sich zwei Modellpfade ergeben:

3c): Erstmals in der Geschichte des Landes hat die Landesregierung eine Finanzplanung vorgelegt, mit der eine 10-Jahres-Perspektive aufgezeigt wird. Die Finanzplanung wurde damit nicht wie bisher auf Basis des vorgelegten Haushaltsentwurfs fortgeschrieben. Vielmehr wurde der aktuelle Haushaltsentwurf aus der Finanzplanung abgeleitet. Eine wesentliche Innovation der neuen Planung ist das Aufzeigen von Szenarien. So wird eine bessere Einschätzung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Landes ermöglicht.

Ausgangsbasis der Berechnungen bildet eine Projektion der Einnahmen aus Steuern, aus Länderfinanzausgleich, aus Bundesergänzungszuweisungen und aus KfZ-Steuerkompensationzahlungen. Dem Modell Szenario A ist eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate in Höhe von 2,7 Prozent zugrunde gelegt. Den Szenarien „Modell B“ und „Modell C“ ist jeweils eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 2,5 Prozent. Alle betrachteten Modelle sind ausführlich in der Finanzplanung beschrieben. Die entsprechenden Werte für die einzelnen Jahre sind in den Grafiken hinterlegt (Vgl. hierzu insbesondere die Seiten 26, 31 und 32 der Finanzplanung).

i. Wenn ja, trifft es zu, dass der eine Weg der roten Linie auf bis zu 8.440 Mio. € führt? Wenn ja, liegt diesem Weg die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 2,5 % zugrunde? Wenn nein, welche dann? Wenn ja, ist dieser Weg das von Ihnen beschriebene pessimistische Szenario Modell C? Wenn nein, welches Modell wird abgebildet?

Die Beschreibung des Szenarios „Modell C“ findet sich auf Seite 32 der Finanzplanung. Die hinterlegten Werte sind dargestellt in der Grafik auf Seite 31 der Finanzplanung. Mit der roten Linie wird das Szenario „Modell C“ abgebildet. Diesem Entwicklungspfad ist ausgehend von einer im Jahr 2010 abgesenkten Steuerbasis 2010 ein durchschnittliches Wachstum von 2,5 Prozent zugrunde gelegt.

ii. Wenn ja, trifft es zu, dass der zweite Weg über die blauen Balken auf einen Betrag der Steuereinnahmen in 2020 auf 8.946 Mio. € führt? Trifft es zu, dass auf diesem Weg der Verlust aus den strukturell wirkenden Steuerrechtsänderungen von S. 27 in Höhe von 400 Mio. € zusätzlich zur jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 2,5 % gleichmäßig in den Jahren 2013-2016 aufgeholt wird? Wenn ja, wie soll das tatsächlich erreicht werden? Trifft es zu, dass bei einem Vergleich des Wertes von 2020 mit 8.946 Mio. € mit dem Wert von 2010 mit 6.589 Mio. € eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 3,1 % berechnen lässt? Wenn nein, welches geometrische Mittel der Wachstumsraten ergibt sich tatsächlich? Wenn ja, wie will die Landesregierung dieses Wachstum realisieren? Wenn ja, sind zur Erreichung dieses Wertes Steuererhöhungen notwendig? Wenn nein, durch welche Maßnahmen soll diese Einnahmeentwicklung realisiert werden? Bitte detailliert aufschlüsseln.

i) Die Beschreibung des Szenarios „Modell B“ sowie die hinterlegten Werte finden sich auf Seite 31 der Finanzplanung: Das Projektionsmodell B zeigt für das Jahr 2020 einen Wert für die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen und KFZ-Kompensationszahlungen in Höhe von 8.946 Mio. €. Der Projektion des Modells B liegt ein jahresdurchschnittliches Wachstum in Höhe von 2,5 % auf Basis des für das Jahr 2010 aus der Vergangenheit prognostizierten konjunkturneutralen Wertes in Höhe von 6.988 Mio. € zugrunde. Aufgrund der strukturell wirkenden Maßnahmen im Jahr 2010 ist dieser Wert um einen Betrag in Höhe von 400 Mio. € abgesenkt worden (Vgl. hierzu ausführlich S. 26 ff der Finanzplanung). Für den Planungszeitraum bis 2020 wird davon ausgegangen, dass diese 400 Mio. € sukzessive aufgeholt werden (siehe hierzu Darstellung auf S. 31 der Finanzplanung). Für das Jahr 2013 wurde im Haushaltsentwurf bereits ein konkreter Vorschlag zur Erreichung des Ziels gemacht.

iii. Trifft es zu, dass wenn die Projektion der Steuereinnahmen Modell B im Jahr 2020 eintritt und man diese Einnahmen mit der Steuerschätzung/Steuereinnahmen für 2010 vergleicht, man eine durchschnittliche Jahreswachstumsrate von 4,1 % erhält? Wenn nein, wie hoch ist diese Wachstumsrate?

ii) Die Landesregierung weist darauf hin, dass jegliche Vergleiche zwischen strukturneutralen Steuereinnahmen des Jahres 2020 und laut Steuerschätzung prognostizierten Steuereinnahmen des Jahres 2010, die die aktuelle konjunkturelle Lage widerspiegeln, nicht sachgerecht sind. Ein Vergleich dieser Werte wäre allenfalls dann gerechtfertigt, wenn in Bezug auf konjunkturelle Effekte das Jahr 2010 als konjunkturneutral einzustufen wäre. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass das Jahr 2010 kein konjunkturneutrales Jahr ist und die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sich auf die Steuereinnahmen (inkl. Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) des Landes auswirken. Die Landesregierung sieht ihre Auffassung durch die Einschätzung der Forschungsinstitute und der Bundesregierung bestätigt. Die Landesregierung verzichtet darauf, nicht sachgerechte Berechnungen nachzuvollziehen oder sogar selbst anzustellen.

d) S. 40 Trifft es zu, dass in den Jahren 2011 und 2012 der Stellenbestand um 490 bzw. 450 Stellen reduziert werden soll? Wenn ja, warum werden nach S. 124 des Entwurfs Übersichten/Allgemeine Bemerkungen/Sachverzeichnis in 2011 32 (real 838) bzw. 2012 410 Stellen abgebaut? Welchen Stellen sollen tatsächlich in welchen Jahren mit und ohne Leerstellen abgebaut werden?

Die Landesregierung plant 10 % der Stellen des Landes abzubauen. Auf die Jahre 2011 und 2012 entfallen hiervon rd. 490 bzw. 450 Stellen.
Im Jahr 2011 werden Stellen im Stellenplan des Landes veranschlagt, die zuvor in Wirtschaftsplänen im Geschäftsbereich des MLUR dargestellt waren (vergl. hierzu Allgemeine Bemerkungen, S. 124, ausführliche Fußnoten 3 und 4).

4. Einzelplanübergreifend:
   Während Landeszuschüsse an Vereine und Verbände gekürzt oder gestrichen werden, steigen die Ausgaben für Bund-Länder Einrichtungen in verschiedenen Bereichen. Was unternimmt die Landesregierung, um diese Mehrausgaben zu reduzieren oder einzudämmen? z.B. 0902 – 632 05 oder 1002 – 685 03 (MG 01)

<u>Geschäftsbereich des Innenministeriums (Epl. 04):</u>
0401.00.632 06 Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin: Das Innenministerium hat die Geschäftsleitung des Deutschen Instituts für Normung mit Datum vom 10.05.2010 angeschrieben und eindringlich darauf hingewiesen, dass die Ausgaben möglichst weiter gesenkt und deshalb nochmals kritisch hinterfragt werden müssen.
0401.00.685 05 Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin: Das Innenministerium prüft den Wirtschaftsplan des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) auf Einsparpotenziale und hat zusätzlich das DIBt mit Schreiben vom 10.05.2010 aufgefordert, die Ausgaben kritisch auf weitere Einsparmöglichkeiten zu prüfen.

Für den Bereich der Bund-Länder Einrichtungen im polizeilichen Bereich sind die Deutsche Hochschule für Polizei in Münster, die Wasserschutzpolizeischule in Hamburg sowie das Elbeabkommen der Länder Hamburg, Niedersachen und Schleswig-Holstein zu nennen. Die Wahrnehmung von Aufgaben in gemeinsamen Einrichtungen der Länder untereinander bzw. von Bund und Ländern bedeuten bereits für sich und für jeden beteiligten Partner einen erheblich geringeren Kostenansatz, als wenn er die Aufgabe selbst erledigen würde. Für die vorgenannten Einrichtungen sind in den letzten Jahren dauerhaft <u>keine</u> signifikanten Mehrausgaben festzustellen. Die Landesregierung ist wie die beteiligten Partner ebenfalls bemüht, Kostensteigerungen zu vermeiden, soweit dies die Fortentwicklungen der Aufgaben bzw. die Gesetzeslage zulassen.

<u>Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur (Epl. 07):</u>
Titel 0710 - 632 58 (MG 05) Anteil des Landes SH an den Kosten des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (IQB) an der Humboldt-Universität Berlin:Das Haushaltssoll 2011 und 2012 steigt gegenüber dem Soll 2010 um 42,0 T€, da das IQB nach Abstimmung in der Kultusministerkonferenz weitere Aufgaben übernommen hat. Die jährlichen Zuwendungen für die Aufgabe Entwicklung von Bildungsstandards für die Sek. II sinken jedoch ab 2013. Die Ausgabensteigerung wird durch die gleichzeitige Einsparung bei Titel 0710 - 632 04 (MG 21) kompensiert.

Titel 0710 - 632 04 (MG 21) Kosten für die Entwicklung und Normierung von länderinternen, landesweiten Vergleichsarbeiten (VERA): Zunehmend werden Verfahren der Qualitätssicherung in die gemeinsame Verantwortung aller Länder verlagert. Mit der Einstellung des Verfahrens VERA-6 in Schleswig-Holstein durch Kündigung der Teilnahme am Länderverbund VERA-6 und die Übernahme der Verfahren von VERA-3 und VERA-8

durch das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (IQB) an der Humboldt-Universität in Berlin sind erhebliche Synergieeffekte eingetreten. Der VERA-Titel konnte dementsprechend um 48,0 T€ von 115,0 T€ in 2010 auf 67,0 T€ in 2011 und 2012 gekürzt werden.

0740 - 685 02 „Anteil des Landes an den Kosten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz“: Schleswig-Holstein ist gemäß Verordnung der Bundesregierung über die Satzung der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 224-3-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 318 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) mit Zustimmung des Bundesrates zur Beteiligung an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, verpflichtet. Einsparungen durch Kündigung der Mitgliedschaft bzw. die Kündigung des Abkommens zur Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sind im Alleingang nicht möglich. Ein evtl. anzuregender erneuter Versuch einer einvernehmlichen Neuregelung der Finanzierung z. B. nach Königsteiner Schlüssel bedarf der Klärung bis Ende 2010.

0740 - 685 06 „Kulturstiftung der Länder“: Die Kündigung der Mitgliedschaft in der Kulturstiftung der Länder (KSL) ist theoretisch möglich, frühestens zum 31.12.2012, sollte aber politisch im Hinblick auf die weitere kulturelle Zusammenarbeit der Länder entschieden werden.

0740 - 687 01 „ Anteil des Landes am Erhalt der Gedenkstätte Ausschwitz-Birkenau“: In einem gemeinsamen Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern haben diese gemeinsam ihre Bereitschaft erklärt, für den Kapitalstock der Internationalen Ausschwitz-Birkenau-Stiftung 60 Mio. € aufzubringen.
Auf SH entfällt ein Anteil von 1.003.599 €, verteilt auf fünf Jahre i. H. v. 200,8 T€.
Auch bei angespannter Haushaltslage kann ein individuelles Ausscheren Schleswig-Holsteins aus der Ländergemeinschaft besonders bei diesem Thema politisch nicht begründet werden.

Geschäftsbereich des MJGI (Epl. 09):
Im Epl. 09 sind für Kostenanteile des Landes Schleswig-Holstein an gemeinsamen Einrichtungen in Höhe von insgesamt 1.946,5 T€ (2011) und 1.947,5 T€ (2012) veranschlagt und damit + 76,7 T€ gegenüber dem Soll 2010 (1.869,8 T€).
Die Abrechnungsmodalitäten ergeben sich aus Staatsverträgen und Vereinbarungen. Die gemeinsam zu tragenden Kosten berechnen sich insbesondere auf der Grundlage der jeweiligen Inanspruchnahme der einzelnen Einrichtungen (Fallzahlen), des sog. Königsteiner Schlüssels bzw. modifizierter Berechnungsschlüssel. Die erforderliche Kostenkontrolle findet u.a. durch die Zustimmung zu Wirtschaftsplänen und durch die Prüfung der Abrechnungsunterlagen statt.
Die Ausgaben in Tit. 0902 – 632 05 „Kostenanteil an der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege in Hildesheim“ steigen, da sich die Anzahl der Rechtspflegeranwärterinnen und – anwärter (s. a. Stellenplan auf Seite 144 zu Tit. 0902 – 422 03 (Nr. 2) und damit die abzurechnenden Ausbildungsmonate für 2011/ 2012 erhöhen werden.

Geschäftsbereich des MASG (Epl. 10):
Die Bund-Länder-Einrichtungen auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens nehmen gemeinschaftlich bundesgesetzlich geregelte Aufgaben wahr. Die Alternative hierzu wäre, dass jedes Land für sich eine eigene Struktur schaffen müsste. Dies würde zu erheblichen Mehrkosten führen. Gleichwohl ist die Landesregierung bestrebt, die Ausgaben für die Bund-Länder-Einrichtungen einzudämmen.
Die Ausgabensteigerung im Titel 1002 – 685 03 (MG 01) „Beitrag für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen“ ist dadurch begründet, dass der auf die Länder entfallende Anteil sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus den Ländern kommenden Lehrgangsteilnehmerinnen / Lehrgangsteilnehmern bemisst. Da die

letzte Zahl von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich ist, ist auch der Beitrag Schleswig-Holsteins unterschiedlich hoch.

5. Welche Begründung gibt es für die Beschäftigung von 29 Cheffahrern? Wem sind sie zugeordnet und welche Auswirkung hat die Streichung von 6 Stellen?

In den im Haushaltsjahr 2010 noch vorhandenen 29 Cheffahrerstellen sind noch 6 Stellen enthalten, die mit dem Haushalt 2007/2008 vorsorglich ausgebracht wurden, um im Hinblick auf eine neue Arbeitszeitregelung auf eventuell erforderlich werdende Ruhezeitenvertretungen kurzfristig reagieren zu können.
Diese vorsorglich ausgebrachten 6 Stellen waren bislang ohnehin gesperrt und werden nicht benötigt, weil der notwendige Bedarf mit den vorhandenen Stellen abgedeckt werden konnte. Die Einsparung der 6 Stellen hat somit keine Auswirkungen auf den Betrieb der Fahrbereitschaft.
Von den verbleibenden 23 Cheffahrerstellen sind derzeit 20 tatsächlich mit Cheffahrern besetzt. Sie sind folgenden Personen zugeordnet:
2 dem Ministerpräsidenten, jeweils einer der Ministerin/den Ministern, jeweils einer den Staatssekretär/innen, einer dem Chef der Staatskanzlei, einer dem Regierungssprecher und einer dem Protokollfahrzeug. Der Finanz-Staatssekretär nimmt z.Zt. den allg. Fahrdienst in Anspruch. Eine Cheffahrerstelle ist mit einem Fahrer des allgemeinen Fahrdienstes besetzt. Insgesamt sind derzeit auch 14 Fahrer/innen des allgemeinen Fahrdienstes in der Fahrbereitschaft beschäftigt.

6. Sind die 2010 vollzogenen Tarifsteigerungen für die Gehälter der Ministerinnen und Minister sowie des Ministerpräsidenten in allen Einzelplänen veranschlagt?
   Wenn nicht,
   a) warum nicht? und

6a): Nach dem Haushaltsaufstellungserlass sind Tarif- und Besoldungserhöhungen bei der Veranschlagung in den Einzelplänen nicht zu berücksichtigen. Sie sind zentral im Einzelplan 11 zu veranschlagen.

   b) in welcher Höhe verändern sich die Ausgaben 2011/2012 durch bereits beschlossene Tarifsteigerungen?

6b): Tarifsteigerungen für die Jahre 2011 und 2012 sind weder für die Amtsbezüge nach dem Landesministergesetz gesetzlich noch für Beschäftigte des Landes tarifvertraglich beschlossen worden. Die Lohnrunde 2011/2012 der TdL für die Gehälter der Landesbeschäftigten beginnt im Februar 2011.

7. Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen hatte die Abg. Heinold darum gebeten, dass bei der Aufschlüsselung der Ausgaben in dem Erläuterungen nicht nur die Planjahre des Haushaltsentwurfs, sondern auch das Jahr davor dargestellt werden, damit Veränderungen der Ansätze nachvollzogen werden können. Das Finanzministerium hatte dieses für den kommenden Haushalt zugesagt, es wurde aber im Entwurf nicht umgesetzt. Ist die Landesregierung bereit, dieses Anliegen mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 umzusetzen?

Ja.

8. In verschiedenen Einzelplänen sind enorme Mehrausgaben bei Fortbildungskosten wegen der Reform des Beamtenrechts eingestellt. Worin sind diese Steigerungen im Einzelnen begründet und welchen Anteil der geplanten Aufstockungen betragen sie in den einzelnen Ministerien?

Epl.	Fort-bildungs-ansatz 2011	Fort-bildungs-ansatz 2012	davon mehr 2011 ggü. Vorjahr	davon mehr 2012 ggü. Vorjahr	auf Grund
	in T €	in T €	in T €	in T €	
03					
0301	36,0	36,0	7,6	-	Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
0301 TG 63	101,0	101,0	- 32,0	-	Der Ansatz betrifft die Ressortübergreifende Fortbildung. Er wurde aufgrund von Einsparerfordernissen zugunsten gebundener Ausgaben im Ausbildungsbereich sowie aufgrund von geplanten Neukonzeptionen reduziert.
0302	9,0	9,0	1,0	-	
04	2.237,5	2.091,3	94,3	- 146,2	
	363,5	364,0	94,3	-	Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
	1.874,0	1.727,3	-	- 146,2	Anpassung an tatsächliche Bedarfe, Korrektur auf Ist-Werte des Vorjahres
05					Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
Kap. 0501	11,0	11,0	0,9		
Kap. 0502	9,0	8,5	1,9	-0,5	
Kap. 0505					
525 02	350,0	350,0	21,6		
			davon:		
			14,0		*Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)*
			5,2		*zusätzliche Führungskräfte*
			2,4		*zusätzliches Seminar für Betriebsprüfer*
525 05 MG 04	25,5	25,5	10,5		
Kap. 0506					
525 01	7,0	7,0	-0,4		
525 04 MG 01	28,0	30,0	-22,0	2,0	
Kap. 0507	22,0	22,0	8,2		
Kap. 0509	2,5	3,0	2,4	0,5	
Gesamt-summe EP 05	**455,0**	**457,0**	**23,1**	**2,0**	

Epl.	Fort-bildungs-ansatz 2011	Fort-bildungs-ansatz 2012	davon mehr 2011 ggü. Vorjahr	davon mehr 2012 ggü. Vorjahr	auf Grund
	in T €	in T €	in T €	in T €	
06					
	173,3	178,9	65,3	5,6	Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
					Aufgrund des Personalabbaus und der damit einhergehenden Aufgabenverdichtung/ Umstrukturierungen steigt auch der Qualifizierungsbedarf der MA
07					
	168,0	168,0	99,5	-	Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
09	**582,6**	**582,6**	**67,0**	-	Gesamtsumme
	-	-			Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO) Keine zusätzlichen HH-Mittel veranschlagt, aufgrund neuer Deckungsfähigkeit Budget I.
			67,0		Mehrbedarfe insbe. für neue Maßnahme im Kap. 0902 (Sicherheitstraining Justizbedienstete, + 50,0 T€) Im Rahmen der Sachkostenbudgets gedeckt.
10					
1001 - 525 02	72,8	72,8	-	-	Die Änderung des Beamtenrechts ist bisher nicht extra berücksichtigt.
1003 - 525 01	102,0	104,0	- 8,0	2,0	
1009 - 525 02	4,0	4,0	-	-	
1010 - 525 02	8,0	8,0	-	-	
13					
	180,0	180,0	68,5	-	Änderung Beamtenrecht (§ 22 LBG, i. V. mit z. B. § 22 Abs. 3 bis 5 ALVO)
					Fachfortbildungen für 20 eingestellte Nachwuchskräfte
					Erhöhter Fortbildungsbedarf für vier Auftstiegsbeamte aufgrund Änderung des Beamtenrechts

Das mit dem Landesbeamtengesetz und der Allgemeinen Laufbahnverordnung aus dem Jahr 2009 implementierte Prinzip des Lebenslangen Lernens steigert die Qualität der Verwaltung und sichert die Motivation der Beamtinnen und Beamten, vor allem auch in Zeiten des Personalabbaus.

9. Beispielsweise in den Einzelplänen 03 und 13 sind Mittel für die Durchführung von Minister(präsidenten)konferenzen veranschlagt. Wir bitten um eine Aufschlüsselung der geplanten Ausgaben nach Positionen wie Unterbringung, Verpflegung, Damenprogramm, Fahrerprogramm, Raumkosten etc. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die Kosten für Veranstaltungen dieser Art zu reduzieren? Ist die Höhe der Ausgaben aus Sicher der Landesregierung in Zeiten knapper Kassen berechtigt?

Alle Ausgaben des Landes unterliegen einer ständigen Überprüfung. Dies gilt auch für die Ausgaben für Konferenzen. Dabei werden alle Möglichkeiten genutzt, die Kosten für den Vorsitz von Ministerpräsidentenkonferenzen oder Fachministerkonferenzen so gering wie möglich zu halten. Die Ausgaben entstehen allerdings zwangsläufig aufgrund der verfassungsrechtlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Nach Art. 20 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer (*föderaler*) Bundesstaat. Die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund muss auf dieser Grundlage auf vielen Gebieten organisiert werden. Im Exekutivföderalismus wird damit eine möglichst einheitliche Handhabung in den einzelnen Politikfeldern angestrebt. Durch den jährlichen Vorsitzwechsel sind die Bundesländer an den für die Fachministerkonferenzen entstehenden Kosten gleichermaßen beteiligt. Aus Sicht der Landesregierung ist die Höhe der veranschlagten Ausgaben sachgerecht.

Im Rahmen der turnusmäßigen Übernahme des Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) fallen insbesondere für die Jahres-MPK im Oktober 2011 und die Jahres-CdS-Konferenz im September 2012 Kosten für Unterbringung, Verpflegung, Raumkosten und Beiprogramm an. Die Kosten können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht aufgeschlüsselt werden. Die veranschlagten Kosten von 270 T€ in 2011 und 130 T€ in 2012 orientieren sich am untersten Ende der Ansätze, die von den vorhergehenden Ausrichterländern hierfür vorgesehen sind und beinhalten keinerlei Ausgleich für die allgemeine Preisentwicklung.

1301 - 526 05: Veranschlagt sind die Kosten für den Vorsitz der Umweltministerkonferenz. Der Vorsitz der Agrarministerkonferenz und der Umweltministerkonferenz wechselt zwischen den Bundesländern jährlich in alphabetischer Reihenfolge. Das Land Schleswig-Holstein hat 2010 den Vorsitz der Agrarministerkonferenz inne und wird 2012 Vorsitzland der Umweltministerkonferenz sein. Die für den Vorsitz der Umweltministerkonferenz geplanten Kosten basieren auf den Erfahrungswerten beim Vorsitz der Agrarministerkonferenz 2010. Die nachstehende Aufschlüsselung beinhaltet die mit Stand 15.09.10 für den Vorsitz der Agrarministerkonferenz bereits entstandenen bzw. bis Jahresende noch zu erwartenden Kosten. Die Kosten für den Vorsitz der Umweltministerkonferenz werden voraussichtlich vergleichbar sein.

Raumkosten T€	Verpflegung T€	Rahmen-programm T€	Konferenz-technik T€	Fahrer-programm ***) T€	Summe T€
18,0	46,0	11,0	40,0	0,1	115,1

*) Unterbringungskosten trägt jedes Bundesland selbst aus Reisekostenmitteln
**) Ein Damenprogramm wird nicht angeboten

***) Fahrerinnen und Fahrer nehmen auch am Rahmenprogramm teil

Für den UMK-Vorsitz in 2012 strebt das MLUR durch Auswahl kostengünstiger Tagungsstätten ebenfalls eine deutliche Ansatzunterschreitung in Höhe von rund 10 % an. Dieses Ziel ist jedoch nicht erreichbar, wenn z. B. unvorsehbare Kosten entstehen oder Preissteigerungen eintreten. Im Zusammenhang mit der Ausrichtung der

Agrarministerkonferenz wurden verschiedene Maßnahmen zur Optimierung bzw. Reduzierung der Höhe der Ausgaben ergriffen: Bei der Auswahl der Tagungsstätten wurde größter Wert auf kostengünstige Leistungsangebote gelegt. So wird es voraussichtlich gelingen den Ansatz von 120,0 T€ um ca 5,0 T€ zu unterschreiten. Die AMK hatte am 30.04.2010 beschlossen, den EU-Agrarkommissar zur AMK am 08.10.2010 nach Lübeck einzuladen. Hierdurch entstehen zusätzliche Technik- und Dolmetschkosten in Höhe von ca. 5,0 T€. Ohne diese zusätzlichen und nicht vorhersehbaren Kosten wäre eine Unterschreitung des Ansatzes in Höhe von 10,0 T€ (ca 10 % des Ansatzes) möglich gewesen.

Die geplante Aufschlüsselung der Ausgaben weiterer Konferenzen kann den Tabellen entnommen werden.

Titel:	09 12-541 01			
Zweckbestimmung	Ausrichtung der 21. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister im Jahr 2011			
Position/ Ausgabe	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
Unterbringung	0,0	0,0	*	0,0
Verpflegung	0,0	0,0	*	0,0
Damenprogramm	0,0	0,0	0,0	0,0
Fahrerprogramm	0,0	0,0	*	0,0
Raumkosten	0,0	0,0	*	0,0
Sonstige Ausgaben	0,0	0,0	*	0,0
Summe:	0,0	0,0	bis zu 45,0 T€	0,0

*: Dieser Betrag kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Titel:	1301-526 05			
Zweckbestimmung	Ministerkonferenzen			
Position/ Ausgabe T€	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
Unterbringung				
Verpflegung		46,0		46,0
Damenprogramm				0,0
Fahrerprogramm		0,1		0,1
Raumkosten		18,0		18,0
Sonstige Ausgaben		51,0		51,0
Summe		115,1		115,1

10. In den Einzelplänen der Ressorts wird im Vorwort E. (Personal) das Personalkostenbudget für 2011 und 2012 angegeben sowie die Vollzeitäquivalente jeweils für die Jahre 2009 und 2010. Es wird gebeten, für die Ressorts die Personalkostenbudgets und die Vollzeitäquivalente je für die Jahre 2009 bis 2012 zu benennen.

Die Vollzeitäquivalente für die Jahre 2011 und 2012 wurden in den Ressorts abgefragt. Entsprechende Angaben lagen keinem Ressort vor.

	2009	2010	2011	2012
Epl. 03				
Personalkostenbudget in T €	*14.132,5*	*13.357,7*	12.672,1	12.345,3
Vollzeitäquivalente	252	162	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 04				
Personalkostenbudget in T €	*343.219,7*	*339.781,0*	333.301,0	331.598,5
Vollzeitäquivalente	8.754	8.557	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 05				
Personalkostenbudget in T €	*181.363,8*	*173.497,1*	181.218,0	179.335,5
Vollzeitäquivalente	4.724	4.679	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 06				
Personalkostenbudget in T €	*15.236,4*	*15.558,3*	15.558,3	15.358,3
Vollzeitäquivalente	289	Fehlanzeige	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 07				
Personalkostenbudget in T €	*1.187.743,3*	*1.177.741,0*	1.185.425,3	1.173.184,3
Vollzeitäquivalente	25.081	25.457	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 09				
Personalkostenbudget in T €	*211.723,3*	*210.281,6*	211.280,5	209.890,5
Vollzeitäquivalente	5.391	5.379	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 10				
Personalkostenbudget in T €	*34.384,7*	*33.119,9*	30.652,1	30.032,6
Vollzeitäquivalente	701	660	Fehlanzeige	Fehlanzeige
Epl. 13				
Personalkostenbudget in T €	*53.815,5*	*55.325,2*	54.723,7	53.995,9
Vollzeitäquivalente	1.867	1.807	Fehlanzeige	Fehlanzeige

Anmerkungen:

Die Angaben zu den Personalkostenbudgets 2009 sind als Ist Umdruck 174/669 - Jahresbericht über den Haushaltsvollzug, Stand 31.12.2009 - entnommen.

Die Angaben zu den Personalkostenbudgets 2010 sind den Vorwörtern der Einzelpläne im Haushaltsplan 2010 entnommen.

Alle anderen Angaben sind den Vorwörtern der Einzelpläne im Haushaltsentwurf 2011/2012 entnommen.

* = Budget 2010 im Vorwort zum Epl. 06 im HH 2010 gerundet dargestellt.
* = Im Vorwort zum Epl. 09 im HH-Entwurf 2011/2012 gerundet dargestellt.

11. Wie hat bzw. wird sich die Anzahl der Stellen B 10, B7, B5, B2, A16, A 15 in den Jahren 2005 bis 2012 entwickeln?

	A 15	A 16	B 2	B 5	B 7	B 10
2005	1.418	400	67	43	13	12
2006	1.373	401	63	43	12	12
2007	1.375	401	62	43	9	12
2008	1.375	401	61	43	9	12
2009	1.536	400	59	40	7	12
2010	1.534	398	59	39	7	12
2011	1.646	408	58	38	8	11
2012	1.649	405	58	38	8	11

Die Angaben sind Nr. 1 "BeamtInnen und RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben" der Übersicht VII. - Personalübersicht - zu den Haushalten 2005 - 2010, bzw. zum Haushaltsentwurf 2011/2012 entnommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	12
Kapitel:	0601
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Ansatz Ist 2009:	110,2 T€
Ansatz Soll 2010:	108,0 T€
Ansatz Soll HHE 2011:	173,4 T€
Ansatz Soll HHE 2012:	179,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Was sind die Gründe für die erhöhten Ansätze (plus 70%)?

Antwort der Landesregierung:

Der Fortbildungsbedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird in erheblichem Umfang zunehmen: Hierfür sind vor allem zwei Gründe ausschlaggebend:

- Dem massiven Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst und der zu erwartenden Veränderung der Personalstruktur in der Verwaltung stehen wachsende Anforderungen an die Beschäftigten und damit ein steigender Qualifikationsbedarf gegenüber.
- Das Prinzip des lebenslangen Lernens wird durch § 5 TV-L und § 22 LBG rechtlich verbindlich. Zudem schreibt § 22 der Allgemeinen Laufbahnverordnung (ALVO) für die Übertragung von Beförderungsämtern ab dem 2. Beförderungsamt im Regelbeurteilungszeitraum die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen im Umfang von durchschnittlich 14 Stunden im Jahr vor (d.h. in einem Zeitraum von 3 Jahren sind insgesamt 42 Stunden Fortbildung nachzuweisen). Ebenso werden feste Vorgaben bzgl. des zeitlichen Umfangs von Führungskräftefortbildungen bei Übertragung von Führungsfunktionen gemacht. Diese Regelungen sind neu und gelten ab dem 01.01.2011. Durch diese Verpflichtung ergibt sich ein erheblicher zusätzlicher Fortbildungsbedarf.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	14
Kapitel:	0601
Titel:	682 01
Zweckbestimmung:	Entgelte an die Eichdirektion

Ansatz Ist 2009:	104,8 T €
Ansatz Soll 2010:	556,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	250,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	250,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum wird nicht das IST 2009 in Ansatz gebracht? Wie hoch wird das voraussichtliche IST 2010 sein?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2009 waren keine hohen anteiligen Ausgaben für Beihilfen an pensionierte Beamte der Eichdirektion Nord, die vormals beim Land Schleswig-Holstein beschäftigt waren und über den Zuschusstitel 682 01 abgewickelt werden, zu verzeichnen.

Das kamerale Zuschussjahr 2009 bildet größtenteils das Wirtschaftsjahr 2008 der Eichdirektion Nord ab. Das Jahr 2008 war durch den Zusammenschluss der Eichdirektion Nord mit der Eichverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern geprägt. Es traten einmalige finanzielle Belastungen auf, die im Einzelnen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zwecks Zusammenschluss zu tragen waren. Diese wurden durch eine Einmalzahlung und eine Liquiditätshilfe an die Eichdirektion Nord durch den neuen Träger abgegolten. Das Vorgehen war im Änderungsstaatsvertrag festgeschrieben worden. Diese Zahlungen hatten indirekt einen einmaligen entlastenden Effekt für die Länderhaushalte Hamburgs und Schleswig-Holsteins. Aus diesem Grund konnte der Ist-Ansatz 2009 nicht fortgeschrieben werden.

Der Ansatz für 2010 wird voraussichtlich nicht voll ausgeschöpft werden müssen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	26
Kapitel:	0612
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen BeamtInnen

Ansatz Ist 2009:	1.601,4 T €
Ansatz Soll 2010:	1.539,9 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	1.800,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	1.760,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum gibt es deutlich erhöhte Ansätze in 2011 und 2012? Wie korreliert Titel 422 01 mit Titel 428 01 Entgelte an ArbeitnehmerInnen?

Antwort der Landesregierung:

Das Personalbudget wird dezentral bei den Kapiteln 0601 bis 0624 veranschlagt. Die vorliegende Veränderung stellt eine bedarfsgerechte Anpassung bei diesem Titel dar. Die Veränderung ist bezogen auf das vorgegebene Personalbudget kostenneutral.

Eine Korrelation zwischen 42201 und 42801 besteht nicht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	31
Kapitel:	0612
Titel:	892 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen

Ansatz Ist 2009:	20.845,3 T €
Ansatz Soll 2010:	16.302,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	16,471,1 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	15.165,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum werden neue VEs für 2011 und 2012 von jeweils 12.909 T € ausgebracht, wenn die Einzelbetriebliche Förderung gemäß HSK weitgehend eingestellt werden soll?

Antwort der Landesregierung:

Die genannten Beträge berücksichtigen noch nicht die infolge der Einspar- und Umstrukturierungsdiskussion erfolgten Umschichtungen im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Eine Anpassung wird im Rahmen der Einbringung der Nachschiebeliste erfolgen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	37
Kapitel:	0612
Titel:	683 61
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an private Unternehmen (Tourismus)

Ansatz Ist 2009:	1.493,0 T €
Ansatz Soll 2010:	2.100,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	1.701,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	1.531,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum wird nicht das IST 2009 für diesen Titel angesetzt? Wie hoch wird das voraussichtliche IST 2010 sein? Wie wird die Kürzung bei der TASH gemäß Haushaltstrukturkommission eingearbeitet und in welchen Jahresschritten bis 2014?

Antwort der Landesregierung:

a) Die TASH erhält eine jährliche Zuwendung aus Landesmitteln als institutionelle Förderung. In den Jahren 2007 bis 2009 hat die TASH im Rahmen der touristischen Neuausrichtung zusätzlich Sondermittel aus dem Schleswig-Holstein-Fonds als Projektförderung zur Umsetzung des landesweiten strategischen Marketingkonzeptes erhalten.
Zur Verstetigung des Prozesses der touristischen Neuausrichtung und zum Erhalt der landesweiten Marketingstrategie zur Verbesserung der Wettbewerbsposition des Landes Schleswig-Holstein als Urlaubsdestination ist mit Beendigung der Projektförderung die institutionelle Förderung der TASH angehoben worden (Soll 2010).

b) Der TASH wurde in 2010 eine Zuwendung in Höhe von 1,89 Mio. Euro bewilligt. Dies wird auch das voraussichtliche Ist 2010 sein.

c) Von dem Ansatz in 2010 wird im Entwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 der Betrag in Höhe von 399 T€ im Jahr 2011 und 569 T€ in 2012, insgesamt rund eine Million Euro eingespart, so dass der TASH im Jahr 2011 eine Zuwendung zur institutionellen Förderung in Höhe von 1.701,0 T€ (Soll HHE 2011) und im Jahr 2012 i.H.v. 1.531,0 T€ (Soll HHE 2012) in Aussicht gestellt werden kann.
Für den Doppelhaushalt 2013/2014 können noch keine Aussagen getroffen werden. Es ist jedoch eine weitere Reduzierung vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	37
Kapitel:	0612
Titel:	892 17
Zweckbestimmung:	An private Unternehmen für Investitionen

Ansatz Ist 2009:	4.872,9 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Sind im Jahr 2010 Mittel aus dieser Haushaltstelle an Unternehmen geflossen?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2010 sind bisher Ausgaben in Höhe von 4.347,2 T€ aus diesem Titel an Unternehmen gezahlt worden. Dabei handelt es sich ausschließlich um EU-Mittel.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	37
Kapitel:	0612
Titel:	Maßnahmengruppe 17
Zweckbestimmung:	Zukunftsprogramm Wirtschaft

Ansatz Ist 2009:	38.966,1 T €
Ansatz Soll 2010:	66.472,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	65.438,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	67.527,0 T €

Frage/Sachverhalt:

In den Summen der Maßnahmengruppe 17 betragen die Landesmittel in 2011 11 Mio. € und in 2012 12 Mio. €. Wieso bleibt es bei den hohen Beträgen aus Landesmitteln wenn laut Ergebnis der HSK das Zukunftsprogramm Wirtschaft nicht von Einsparungen ausgenommen werden soll?

Antwort der Landesregierung:

Die ursprünglich vorgesehenen Landesmittelansätze für die Jahre 2011 bzw. 2012 betrugen 31 bzw. 32 Mio. € - sind also bereits um jeweils 20 Mio. € gekürzt worden.

Die verbleibenden Ansätze sind schon jetzt belegt durch bereits bewilligte Projekte aus den Vorjahren bzw. für geplante Großprojekte, deren Bewilligung noch aussteht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	37
Kapitel:	0612
Titel:	893 17
Zweckbestimmung:	An Organisationen der Wirtschaft und Sonstige für Investitionen

Ansatz Ist 2009:	206,3 T €
Ansatz Soll 2010:	5.000,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	5.000,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	5.000,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Was ist der Grund für die Mittelaufstockungen 2010 bis 2012 gegenüber dem IST 2009? Wie hoch wird das voraussichtliche IST für 2010? Welche Organisationen der Wirtschaft und Sonstige erhalten Mittel und für welche Projekte? Können auch Projekte im Bereich erneuerbare Energien gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

Bei dem Ansatz von 5.000 T€ handelt es sich ausschließlich um veranschlagte EU-Mittel. Der Ansatz 2009 betrug ebenfalls 5.000 T€. Da zum Zeitpunkt der Aufstellung noch nicht feststeht bei welchen Titeln der tatsächliche Bedarf entsteht, werden diese im Vollzug i.R.d. Deckungsfähigkeit innerhalb des ZPW bedarfsgerecht den zweckentsprechenden Titeln zugewiesen.

Mögliche Zuwendungsempfänger und die Inhalte der förderfähigen Projekte unterliegen den Förderbedingungen des Zukunftsprogramms Wirtschaft.

Projekte aus dem Bereich erneuerbare Energien sind grundsätzlich förderfähig.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	40
Kapitel:	0613
Titel:	122 01
Zweckbestimmung:	Feldes- und Förderabgaben für Erdöl

Ansatz Ist 2009:	75.871,6 T €
Ansatz Soll 2010:	140.000 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	80.000 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	80.000 T€

Frage/Sachverhalt:

Wieso werden gegenüber dem SOLL 2010 um 60 Mio. € geringere Einnahmen angesetzt?
Wie hoch wird das voraussichtliche IST 2010?

Antwort der Landesregierung:

Entscheidend für die Höhe der Einnahmen sind neben der geförderten Ölmenge die Höhe der Feldesbehandlungskosten, der Abgabensatz und der Marktwert, der abhängig ist vom Ölpreis frei deutscher Grenze, dem Dollarkurs und der Höhe des Qualitätsabschlags.
Die Einnahme-Erwartungen 2011 und später orientieren sich am Ist 2009.

Die Einnahmen 2010 beliefen sich am 01.09.10 auf rd. 62 Mio. €, für das gesamte Jahr 2010 werden Einnahmen in Höhe von ca. 80 Mio. € erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	47
Kapitel:	0613
Titel:	686 07
Zweckbestimmung:	Projektförderung an Sonstige

Ansatz Ist 2009:	0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	85,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	85,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum gibt es Ausgabeansätze und welche Projekte werden gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Im Bereich der erneuerbaren Energien soll ein Projekt im Umfang von rd. 42 T€ gefördert werden, wozu sich das Land bereits 2008 verpflichtet hat. Hinzu kommen kleinere Maßnahmen. Darunter fällt auch eine Beteiligung an Aktivitäten zur Husum wind energy 2012.

Zudem soll in der Landesinitiative Wärmeschutz, die seit Jahren federführend durch die AG für zeitgemäßes Bauen unter Beteiligung wohnungswirtschaftlicher Verbände und der Verbraucherzentrale S-H durchgeführt wird, die Motivation zur Durchführung energiesparender baulicher und haustechnischer Maßnahmen in der Breite gefördert werden. Hierfür ist ein Betrag von rd. 43 T€ vorgesehen

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	49 und 50
Kapitel:	0613
Titel:	Titelgruppen 62, 63, 64
Zweckbestimmung:	Energiewirtschaft

Ansatz Ist 2009:	1.253,7 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wird die Förderung von Techniken zur Energieeinsparung, der Entwicklung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien und der Förderung der rationellen Energieumwandlung etc komplett eingestellt? Aus welchen anderen Haushaltstiteln wird die Energiewirtschaft in den Jahren 2011 und 2012 gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung trägt Energieeffizienz und –einsparung auch künftig Rechnung. Angesichts der Haushaltslage muss auf Landesprogramme zur allgemeinen Förderung von Energieeinsparung und Effizienz verzichtet werden.

Energieeinsparmaßnahmen werden weiterhin auf Bundesebene gefördert, z.B. über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Wohnungs- und Städtebauförderung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	53 und 59
Kapitel:	0614
Titel:	131 01 und 821 01
Zweckbestimmung:	Erlös aus Grundstücksverkauf sowie Grunderwerb in Brunsbüttel

Ansatz Ist 2009:	0,0 T €	0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	3.500,0 T €	3,500,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0 T €	0,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	3.500,0 T €	3.500,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Sind das jeweils identische Grundstücke und welchem Zwecke dienen sie, dem Bau neuer Kohlekraftwerke oder der Off-Shore Windenergie?

Antwort der Landesregierung:

Das Land Schleswig-Holstein ist noch bis Ende 2011 berechtigt, die im Eigentum von Vattenfall Europe stehende Fläche zurückzukaufen. Es ist vorgesehen, einen Rückkauf vorzunehmen, wenn eine Kosten deckende Weiterveräußerung möglich ist (keine Bevorratung mit Grundeigentum). Diese Situation ist in den Jahren 2009/2010 nicht eingetreten. Im laufenden Haushalt werden deshalb weder Kosten des Erwerbs, noch der Erlös aus einem Verkauf wirksam.
Da eine Nutzung des Grundstücks durch Vattenfall weiterhin nicht absehbar ist, will sich das Land die Möglichkeit offenhalten, die Fläche für Industrieansiedlungen oder hafenaffine Zwecke verfügbar zu machen. Die Fläche steht nicht im Zusammenhang mit Kraftwerksprojekten und bietet sich für Nutzungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Offshore-Windparks an (Produktion, Assembling, Lagerung von Komponenten, die bei Schaffung entsprechender Infrastruktur direkt vor Ort oder aber über den Elbehafen verschifft werden können).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	57
Kapitel:	0614
Titel:	526 97
Zweckbestimmung:	Prüfung von Mautgebührenanträgen

Ansatz Ist 2009:	0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	80,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	80,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Sind für 2011 Erhöhungen der Mautgebühren für den Herrentunnel in Lübeck geplant und beantragt und wenn ja in welcher Höhe? Falls keine Erhöhungen geplant und beantragt sind, warum gibt es einen Haushaltsansatz für 2011?

Antwort der Landesregierung:

Bislang wurde kein Antrag auf Erlass einer neuen Mautgebührenordnung für den Herrentunnel Lübeck gestellt.

Es wird aber davon ausgegangen, dass der nächste Antrag in 2011 von der Herrentunnel Lübeck & Co. KG auf Erlass einer neuen Mautgebührenordnung für den Herrentunnel gestellt werden wird.

Da für eine Prüfung des Mautgebührenantrages umfangreiche externe Gutachterleistungen erforderlich werden, wurden entsprechende Mittel in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	61
Kapitel:	0614
Titel:	682 01
Zweckbestimmung:	Betriebszuschüsse an die AKN

Ansatz Ist 2009:	12.754,3 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	15.927,0 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	15.412,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Wie begründen sich die Ausgabesteigerungen von ca. 3 Mio. € gegenüber dem IST 2009? Warum wurde diese Haushaltsstelle 2010 unter 682 12 verbucht und nicht extra ausgewiesen?

Antwort der Landesregierung:

Die Defizitentwicklung wird maßgeblich durch die Investitionstätigkeit in die Infrastruktur der AKN geprägt, insbesondere durch die Umsetzung des weiteren zweigleisigen Ausbaus der Hauptlinie A 1.Langfristig ist daher von einer weiteren Steigerung des Defizits auszugehen. Die Haushaltsansätze 2011/2012 berücksichtigen dies.
Die endgültige Defizitabrechnung für das Jahr 2010 liegt noch nicht vor.
In 2010 war angedacht, mit der AKN einen Verkehrsvertrag zu schließen.

Der AKN-Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 6.11.2009 die Bildung eines Strategieausschusses beschlossen, der Vorschläge für die künftige strategische Ausrichtung erarbeiten soll. Gleichzeitig wurde die HHA gebeten, Detailkonzepte für die strategische Ausrichtung sowie für die Ergebnis verbessernde Unternehmensplanung umsetzungsreif zu konkretisieren. Das MWV geht davon aus, dass der Strategieausschuss bis Ende 2010 Vorschläge entwickelt, auf deren Grundlage das Land eine Entscheidung über die künftige Struktur der AKN treffen kann. Dies beinhaltet auch die Frage, ob für die Verkehrsleistung ein Verkehrsvertrag abgeschlossen werden soll, der dann aus 682 12 zu zahlen wäre.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	62
Kapitel:	0614
Titel:	682 09
Zweckbestimmung:	An die LVS S-H

Ansatz Ist 2009:	1.658,5 T €
Ansatz Soll 2010:	1.659,9 T €
Ansatz Soll HHE 2011:	2.459,8 T €
Ansatz Soll HHE 2012:	2.459,8 T €

Frage/Sachverhalt:

Durch welche neuen Aufgaben der LVS sind die Ausgabesteigerungen um 800 T€ gegenüber dem IST 2009 und dem SOLL 2010 zu begründen? In der Anlage zu Titel 0614.02.68209 auf Seite 156 sind im Wirtschaftsplan der LVS auch für 2010 Zuwendungen des Landes in Höhe von 2.459,8 T€ veranschlagt, wie ist die Abweichung zu dem Titel auf Seite 62 zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

Die Tätigkeit der LVS wurde im Rahmen der LRH-Prüfung zur Verwendung der Regionalisierungsmittel untersucht. Der LRH hat vorgeschlagen, die gesamte Tätigkeit der LVS auf eine einheitliche vertragliche Grundlage zu stellen. Darüber hinaus forderte der LRH, dass alle Aufgaben die das Land auf die LVS übertragen will im Vertrag aufgeführt werden und die Kosten dafür im Haushaltsansatz der LVS dargestellt werden.
Das MWV hat diesen Vorschlag aufgegriffen und dazu einen Aufgabenübertragungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag in Abstimmung mit dem FM und dem LRH erarbeitet. Der Vertrag ist zum 01.01.2010 in Kraft getreten.
Die Kosten der LVS wurden 2007 um 5,4% gekürzt und waren seitdem festgeschrieben auf 1.660 T€.
Nach Wortlaut des Vertrages sollen alle vom MWV auf die LVS übertragenen Aufgaben im Haushalt ausgewiesen werden. Dazu gehören die bisherigen Gelder für Gutachten (Titel 0614.02.53303) i.H.v.500 T€. Hinzu kommen 300 T€ aus Regionalisierungsmitteln für das Qualitätsmanagement, d.h. den Kundendialog und die Abwicklung der Kundengarantie. Um diesen Betrag wird im Haushaltsjahr 2010 im Rahmen der Deckungsfähigkeit der Titel 0614.02.68212 entsprechend gekürzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	79
Kapitel:	16
Titel:	686 23 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Sondermaßnahmen Ausbildungssituation

Ansatz Ist 2009:	442,3
Ansatz Soll 2010:	770,0
Ansatz Soll HHE 2011:	590,0
Ansatz Soll HHE 2012:	590,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie verteilen sich die Mittel auf die einzelnen Maßnahmen in den einzelnen Jahren?

2.) Wie erklärt sich der geringere Mittelansatz für 2011 und 2012 (vgl. Ansatz 2010, aber auch das IST 2007 mit 1.518,3) bei geichzeitig höherer Zahl von Regionalstellen?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2007 wurde aus dem Arbeitsmarktprogramm der Landesregierung „Arbeit für Schleswig-Holstein – ASH“ die Fördermaßnahme „ASH J1 – Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze“ aus Landesmitteln finanziert. Mit Installation des Zukunftsprogramms Arbeit – ZPA – wurde J1 in angepasster Form als Maßnahme B1 dorthin überführt und seitdem aus ESF-Mitteln finanziert. Der Haushalts-Ansatz bei Titel 0616.02.686 23 war entsprechend anzupassen.

Die Aufstockung der Regionalen Ausbildungsbetreuung wurde aufgrund der kontinuierlich steigenden Zahl der Rat suchenden Auszubildenden und AusbildungsabbrecherInnen erforderlich. Finanziert wird diese Aufstockung durch einen erhöhten Interventionssatz von ESF-Mitteln.

Die Förderung des Projektes „Ausbildung und Integration für Migranten – AIM“ aus Landesmitteln konnte gekürzt werden, da eine Teilaufgabe – die Ausbildungsplatzakquisition – ausgegliedert wurde. Statt bislang einer werden seit dem 01.01.2010 insgesamt vier Stellen für die Akquisition von Ausbildungsplätzen in Migrantenbetrieben gefördert, die im Rahmen der Aktion B3 des Zukunftsprogramms Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds – ESF – finanziert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	79
Kapitel:	16
Titel:	893 02 (MG 02)
Zweckbestimmung:	An Organisationen für Aus- und Weiterbildungsbereich

Ansatz Ist 2009:	784,0
Ansatz Soll 2010:	150,0
Ansatz Soll HHE 2011:	300,0
Ansatz Soll HHE 2012:	400,0

Frage/Sachverhalt:

1.) An welche Organisationen gingen und gehen diese Mittel?

2.) Für weche Maßnahmen wurden und werden diese Mittel verwendet?

Antwort der Landesregierung:

1. Zuwendungsnehmer sind öffentliche sowie private gemeinnützige Träger von Berufsbildungsstätten, wie z.B. die Kammern, Kreishandwerkerschaften oder Vereine.

2. In dem Titel sind die Investitionszuschüsse für die Modernisierung der schleswig-holsteinischen Berufsbildungsstätten der Aus- und Weiterbildung veranschlagt. Gefördert werden die Errichtung, der Umbau und die Ausstattungserneuerung von Berufsbildungsstätten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	82
Kapitel:	20
Titel:	119 04; 171 01
Zweckbestimmung:	Rückflüsse Zuwendungen; Rückleitungen des Bundes

Ansatz Ist 2009:	374,9; 0,0
Ansatz Soll 2010:	102,0; 15,0
Ansatz Soll HHE 2011:	20,0; 0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	20,0; 0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ergeben sich diese Rückflüsse/Rückleitungen? Wie ist der aktuelle Stand für 2010?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund geringeren Fördervolumens ist auch mit reduzierten Rückflüssen (wg. nicht verbrauchter Fördermittel) zu rechnen. In 2010 sind bisher keine Rückflüsse angefallen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	83 und 85
Kapitel:	20
Titel:	231 20; 685 03
Zweckbestimmung:	Hochschulpakt II

Ansatz Ist 2009:	0,0; 0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0; 0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5.697,9; 11.395,8
Ansatz Soll HHE 2012:	11.002,4; 22.004,8

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie und wann wird Verteilung der neuen Studienplätze mit den Universitäten verhandelt?

2.) In welchem Umfang strebt die Landesregierung die Übertragung der Studienanfängerkontingente auf andere Bundesländer an?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.)
Anlässlich einer Sitzung am 08.09.2010 zum Hochschulpakt II wurde die Verteilung der zusätzlich aufzunehmenden Studienanfängerinnen- und Studienanfängerkontingents von 9.687 in den Jahren 2011 bis 2015 auf die öffentlich-rechtlichen und privaten Hochschulen den Präsidien vorgestellt. Diesbezüglich war bereits eine Abfrage bei den Hochschulen durchgeführt worden.

Zu 2.)
Die Landesregierung strebt an, einen Teil der Studienanfängerkontingente auf andere Bundesländer zu übertragen. In diesem Zusammenhang sind bereits Gespräche und Schriftwechsel geführt worden. Eine abschließende Aussage kann noch nicht getroffen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	85
Kapitel:	20
Titel:	632 12 (MG 01)
Zweckbestimmung:	ZVS

Ansatz Ist 2009:	294,5
Ansatz Soll 2010:	360,0
Ansatz Soll HHE 2011:	360,0
Ansatz Soll HHE 2012:	360,0

Frage/Sachverhalt:

Welchen Bedarf an strukturellen Änderungen und welche Einsparpotenziale sieht die Landesregierung in diesem Bereich?

Antwort der Landesregierung:

Die vormalige ZVS ist gerade erst mit Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung am 1.5.2010 in eine Stiftung umgewandelt worden. Dies geschah u.a. auch, damit in der Einrichtung wirtschaftliches Denken noch stärker in den Fokus rückt.
Die Stiftung hat auch die Aufgabe, die Hochschulen bei der Durchführung der Zulassungsverfahren zu unterstützen, um eine verbesserte Auslastung der Studiengänge zu erreichen. Dies ist wesentlich ökonomischer als finanzierte Studienplätze wegen mangelnder Abstimmung der Zulassungsverfahren unbesetzt zu lassen. Vor diesem Hintergrund ist derzeit kein Einsparpotential ersichtlich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	87; 96
Kapitel:	20
Titel:	685 14 (MG 01); 526 75 (TG 75)
Zweckbestimmung:	Akkreditierungsrat; Akkreditierungskosten

Ansatz Ist 2009:	11,0; 36,7
Ansatz Soll 2010:	14,0; 46,0
Ansatz Soll HHE 2011:	14,0; 7,0
Ansatz Soll HHE 2012:	15,5; 10,0

Frage/Sachverhalt:

Welchen Bedarf an strukturellen Änderungen und welche Einsparpotenziale sieht die Landesregierung im Bereich der Akkreditierung?

Antwort der Landesregierung:

Der Aufbau nationaler Qualitätssicherungssysteme und ihre internationale Verflechtung ist ein Kernpunkt des Bologna-Prozesses. Zentrales Instrument der Qualitätssicherung ist die Akkreditierung. Damit wird festgestellt, dass der Studiengang in fachlich-inhaltlicher Hinsicht und hinsichtlich seiner Berufsrelevanz den Mindestanforderungen entspricht.
Gerade für die Einführung des neuen zweistufigen Studiensystems ist sie ein geeignetes Instrument, um angesichts der wachsenden internationalen, insbesondere europäischen Verflechtung für Transparenz und hinreichende Qualität zu sorgen.
Mit der Kritik an dem Bolgona-Prozess im Jahr 2009 wurde auch das Akkreditierungssystem wegen empfundener Überregulierungen, dem Gutachtersystem und dem Aufwand für die Hochschulen problematisiert. Eine Festigung und Steigerung der Reputation deutscher Studiengänge im In- und Ausland kann aber nur im Wege der Akkreditierung durch unabhängige und wissenschaftsnahe Akteure gelingen und – nicht zuletzt – durch eine grundlegende Beständigkeit im System. Ein neuerlicher Paradigmenwechsel, bevor die neuen Strukturen sich festigen und konsolidieren konnten, würde die Vorzüge einer transparenten wissenschaftsnahen Qualitätssicherung preisgeben und national wie international gewonnenes Vertrauen verschenken. Ziel muss es daher vielmehr sein, die ursprüngliche im Konsens aller Beteiligten formulierten Kernelemente des Akkreditierungssystems noch einmal herauszuarbeiten.

Die Einheitlichkeit des Akkreditierungssystems wird durch eine zentrale Akkreditierungseinrichtung, den Akkreditierungsrat, gesichert. Der Akkreditierungsrat ist oberstes Organ für die Akkreditierung in Deutschland. Die im Titel 685 14 (MG 01) für den Akkreditierungsrat veranschlagte Summe wird aufgrund einer Ländervereinbarung vom 16.12.2004 fällig. Über die Höhe der Finanzierung entscheidet im Rahmen bereitgestellter Haushaltsmittel die Kultusministerkonferenz mit Zustimmung der Finanzministerkonferenz. Der schleswig-holsteinische Anteil bemisst sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Weil eine rechtliche Verpflichtung besteht, sind keine Einsparungen möglich.

Die Akkreditierung der Studiengänge ist Aufgabe der Hochschulen, so dass Akkreditierungen nur noch im Ausnahmefall aus dem Titel 526 75 (TG 75) gefördert werden. Der Titel dient auch zur Finanzierung von Evaluationskosten, z.B. werden daraus norddeutsche Hochschulausstattungs- und Leistungsvergleiche (schleswig-holsteinischer Anteil) oder auch die Evaluierungen der Universität Flensburg und der Musikhochschule Lübeck finanziert. Die eingeplanten Mittel für Akkreditierungen sind vergleichsweise gering.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	89
Kapitel:	20
Titel:	686 41 (MG 04)
Zweckbestimmung:	Wissenschaftliche Vereinigungen

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenz hat die Streichung voraussichtlich für die beiden betroffenen wissenschaftlichen Vereinigungen?

Antwort der Landesregierung:

Die Auswirkungen auf die Gesamtsituation der geförderten Institutionen sind nicht bekannt. Die Streichung des Haushaltsansatzes war aufgrund der kritischen Haushaltslage des Landes zwingend erforderlich. Bei der Förderung wissenschaftlicher Vereinigungen handelte es sich um eine freiwillige Aufgabe des Landes.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	90
Kapitel:	20
Titel:	685 06 (MG 06)
Zweckbestimmung:	Hochschulvereinbarung SH

Ansatz Ist 2009:	100,0
Ansatz Soll 2010:	16.378,2
Ansatz Soll HHE 2011:	5.893,3
Ansatz Soll HHE 2012:	9.667,1

Frage/Sachverhalt:

Wie werden diese Gelder im Einzenen verwendet?

Antwort der Landesregierung:

Gemäß Nr. 3 der Regelungen der ZV der Landesregierung mit den Hochschulen in SH (Hochschulvertrag) vom 17.12.08 sagte die Landesregierung zu, für einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend im Jahre 2009, die Besoldungs- und Tarifsteigerungen für das Personal der Hochschulen vorbehaltlich der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Landeshaushalt zu tragen.
Grundlage für die Ermittlung der Tarif- und besoldungsrechtlichen Personalkosten-steigerungen im Zielvereinbarungszeitraum sind die Personal-Ist-Kosten des Vorjahres. Zur Ermittlung der Zahlen für den kommenden Doppelhaushalt wurde eine 3%ige Erhöhung der Personalkosten p.a. durch Besoldungs- und Tarifsteigerungen angenommen. Die tatsächlichen Steigerungen in 2011 und 2012 hängen von den Besoldungs- und Tarifabschlüssen ab.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	91
Kapitel:	20
Titel:	685 20 (MG 06)
Zweckbestimmung:	Excellenz- und Strukturbudget

Ansatz Ist 2009:	670,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	4.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	6.000,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Verwendung ist für diese Gelder vorgesehen, wenn im Rahmen der Excellenz-Initiative keine entsprechenden Ausgaben anfallen sollten?

Antwort der Landesregierung:

Da neue Projekte i.R. der Excellenz-Initiative bereits beantragt sind, wird davon ausgegangen, dass die Mittel zweckentsprechend verausgabt werden.
Eine andere Verwendung ist nicht vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	92
Kapitel:	20
Titel:	TG 62
Zweckbestimmung:	Kommissionsarbeit Weiterentwicklung Hochschulstandorte

Ansatz Ist 2009:	26,2
Ansatz Soll 2010:	14,0
Ansatz Soll HHE 2011:	80,0
Ansatz Soll HHE 2012:	80,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Seit wann arbeiten die Kommissionen? Wie ist der Stand der Ergebnisse?

2.) Wann werden die Ergebnisse wem vorgestellt?

3.) Wie verteilen sich die Mittel auf die Kommissionen? Wie ist der Aufwuchs zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

1.) Die Kommissionen arbeiten anlassbezogen. Für die erfolgreiche Antragstellung von Projekten ist es erforderlich, die Projektanträge durch Expertenkommissionen bewerten zu lassen. Die Bewilligung des Projektantrages durch das zuständige Ministerium stellen die Ergebnisse der Kommissionsarbeit dar.

2.) Die Ergebnisse der Kommissionen werden in Abhängigkeit von der jeweiligen Zielstellung der Kommissionsarbeit den betroffenen und beteiligten Institutionen nach Beendigung der Tätigkeiten der Kommissionen vorgestellt.

3.) Die Mittel verteilten sich im Jahr 2009 zu etwa 8% auf die Expertenkommission zur Entwicklung und Schwerpunktbildung zwischen hamburgischen und schleswig-holsteinischen Hochschulen und zu etwa 92% auf die Expertenkommission zur Fortsetzung der eingeleiteten Hochschulreform in Schleswig-Holstein. Für die Mittelverteilung der Jahre 2010 bis 2012 kann noch keine endgültige Aussage getroffen werden, da der Umfang der Begutachtungen durch Expertenkommissionen nicht abzuschätzen ist. Die Weiterentwicklung der Hochschulen ist für die Landesregierung ein zentrales Anliegen. Die steigenden Herausforderungen bedingt durch die demographische Entwicklung, die Globalisierung und den zunehmenden Wettbewerb der Bildungsinstitutionen erfordern zukünftig eine erhöhte strategisch-konzeptionelle Begleitung der Hochschulen durch die Landesregierung. Insbesondere die weitere Entwicklung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (Vollprivatisierung, ASSET-Modell) sowie die Überführung der Universität zu Lübeck in eine Stiftungsuniversität erfordern weitere gutachterliche Bewertungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	95
Kapitel:	20
Titel:	TG 71
Zweckbestimmung:	Fachhochschule Wedel

Ansatz Ist 2009:	2.239,0
Ansatz Soll 2010:	2.239,8
Ansatz Soll HHE 2011:	1.800,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.600,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie stellen sich die Studierendenzahlen seit WS 2006/2007 als Ist-Zahlen dar?

2.) Welche Auswirkungen hätte die Kürzung auf das Ziel, bis 2020 in Schleswig-Holstein ca. 10.000 neue Studienplätze zu schaffen?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1)

2006: 1.039
2007: 1.021
2008: 977
2009: 948 (vorläufige Schnellmeldung)
Für das Jahr 2010 liegen noch keine offiziellen statistischen Daten vor.

Zu 2)

Es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass die Kürzung Einfluss auf das Ziel hat, bis 2020 in Schleswig-Holstein ca. 10.000 neue Studienplätze zuschaffen. Die FH Wedel nimmt wie alle staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen am Hochschulpakt II teil.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	95
Kapitel:	20
Titel:	TG 72
Zweckbestimmung:	Modellversuche im Hochschulbereich

Ansatz Ist 2009:	1.185,4; 1.095,3
Ansatz Soll 2010:	1.175,5; 1.175,5
Ansatz Soll HHE 2011:	1.175,5; 1.175,5
Ansatz Soll HHE 2012:	1.175,5; 1.175,5

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie sieht die Vereinbarung in bzw. mit der GWK bezüglich der Modellversuche aus?

2.) Welche Modellversuche in Schleswig-Holstein werden aus der TG 72 im Einzelnen finanziert?

Antwort der Landesregierung:

1.) Fehlanzeige; eine Vereinbarung mit der GWK hinsichtlich der Modellversuche gibt es nicht.

2.) Im Rahmen der TG 72 werden Projekte (Modellversuche) mit pauschalierten Mitteln des Bundes (BLK- Mitteln) durchgeführt. Folgende Projekte werden gefördert:

-ILUF (Innovation der Lehrerbildung an der Universität Flensburg durch Qualitätssicherung der konsekutiven Studiengänge und durch Implementation medienpädagogischer Standards)
-eLK. Medien (integratives Service Center für e-learning) CAU
-E-Learning Schleswig- Holstein FHFL
- Einrichtung eines Masterstudienganges “Prävention und Gesundheitsförderung” UFL
-individuelles e- learning in den Mathematik-Veranstaltungen des Grundstudiums UzL
-Einführung eines strukturierten Fortbildungssystems zur Hochschuldidaktik CAU
-Physiklehrer Wikipedia CAU
-Software Challenge 1 und 2 CAU
-starting und coaching FHKI
-Gemeinsam Bauen – zwei interdisziplinäre Projektwochen zum Studienbeginn FHHL
-Schlüsselprobleme der Menschheit und ihre Bedeutung für die Pädagogik CAU
-Qualitätsmanagement ASTA FHHL

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	96
Kapitel:	20
Titel:	TG 75
Zweckbestimmung:	Strukturverbessernde Maßnahmen in Lehre und Management

Ansatz Ist 2009:	210,6
Ansatz Soll 2010:	116,0
Ansatz Soll HHE 2011:	80,0
Ansatz Soll HHE 2012:	80,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Welche Einnahmen und welche Mittel zur Gegenfinanzierung erwartet die Landesregierung bezüglich der dritten Säule des Hochschulpaktes für die Jahre 2011, 2012 und darüber hinaus? Wie wird das Verfahren zur Beantragung der Mittel gestaltet sein?

2.) Auf welche Zahlen bzw. Erhebungen bezieht sich die Landesregierung bei den „Abbrecherquouten“ (da nach Antwort des Ministeriums auf zwei Kleine Anfragen diese nicht erhoben werden)?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1) Die angesprochene „dritte Säule“ des Hochschulpakts betrifft das Bund-Länderprogramm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre (LEHRE). Dieses Programm erfordert keine zusätzlichen Landesmittel. Die Finanzierung des Programms ist in der Verwaltungsvereinbarung dergestalt geregelt, dass der Bund die für die Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Personal- und Sachausgaben der Hochschulen finanziert. Das jeweilige Sitzland stellt durch die Grundfinanzierung die Gesamtfinanzierung sicher.
Der Bund stellt hierfür im Jahr 2012 eine Summe von 175 Mio. Euro und in den Jahren 2013 bis 2020 jeweils bis zu 200 Mio. Euro zur Verfügung. Die schleswig-holsteinischen Hochschulen haben die Chance, aus diesem Programm bis 2020 Mittel in Höhe von insgesamt ca. 52 Mio. € für verbesserte Lehrbedingungen zu akquirieren. Hierfür sind von den Hochschulen entsprechende Konzepte zu entwickeln, über deren Förderung ein Auswahlgremium entscheidet. Die Bewilligung erfolgt durch einen vom BMBF beauftragten Projektträger.

Zu 2) Strukturverbessernde Maßnahmen können im Zusammenhang mit der Verringerung von Fachwechsler- und Abbrecherquoten auf die Verbesserung von Bedingungsfaktoren zielen, die hierfür relevant sind. Lt. Studien der HIS – Hochschulinformationssysteme GmbH - und Erfahrungen der Hochschulen sind dies insbesondere (vgl. auch Drs. 17/572):
- Studienwahl und Information vor dem Studium/vor Studienaufnahme,
- Studienanforderungen und Studienleistungen,
- Studienbedingungen und Betreuung im Studium.

Diese Faktoren sind z.T. einer Datenanalyse und einem Vergleich zugänglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	109
Kapitel:	23
Titel:	TG 62
Zweckbestimmung:	IFM GEOMAR

Ansatz Ist 2009:	28.369,2
Ansatz Soll 2010:	28.792,0
Ansatz Soll HHE 2011:	29.324,0
Ansatz Soll HHE 2012:	30.450,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Geht die Landesregierung nicht mehr von einem Wechsel der Trägerschaft zur Hemholtzgesellschaft aus? Wie stellen sich die Zahlen dar, wenn man diesen Wechsel zugrunde legt? (Tabellarische Übersicht über Festzuschüsse Land und Bund 2009-2012; Zuschüsse an denen sich Land und Bund anteilsmäßig beteiligen 2009-2013?)
2.) Wie wird sich nach Kenntnisstand der Landesregierung das Verfahren gestalten?
3.) Welche Konsequenzen hat dies für die CAU?
4.) Beeinflusst ein Wechsel der Trägerschaft auch die Baumaßnahmen (EP12 S.73 Kap.22 MG01) und wenn ja, wie?

Antwort der Landesregierung:

Es wurde mit allen Beteiligten eine Eingliederung des Leibniz-Instituts für Meereswissen-schaften IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren zum 01.01.2012 vereinbart.
Veranschlagte Zuschüsse von Bund und Land nach WGL-Finanzierungsschlüssel

Haushaltsjahr	Bundesanteil	Landesanteil	Anteil der Ländergemeinschaft
2009	13.821.000	13.325.300	3.161.500
2010	14.028.000	13.506.700	3.213.300
2011	15.249.200	12.148.200	3.549.800
2012	20.059.200	16.810.700	3.702.300

Ab dem Übertritt des IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft wird das Land statt der bisherigen 37,5 % Zuwendungsanteil (Bund bisher 50 %) sowie des Anteils entsprechend dem Königsteiner Schlüssel an den verbleibenden 12,5 % Zuwendungsbedarf, der derzeit von allen Bundesländern aufzubringen ist, nur noch 10 % des Zuwendungsbedarfs zahlen (90 % Bund).
Die weiteren Details sind Gegenstand der derzeitigen Verhandlungen mit allen Beteiligten, einschließlich der Einzelheiten zur Finanzierung, zum zukünftigen Verhältnis des IFM-GEOMAR zur CAU und der Auswirkungen auf die geplanten Bauvorhaben.
Der Erweiterungsneubau wird unverändert realisiert. Es ändert sich aber der Finanzierungs-schlüssel (bisher 50 % Bund, 50 % Land; zukünftig 90 % Bund, 10 % Land).

Es herrscht unter allen Beteiligten Einvernehmen, dass die bisherige Kooperation des IFM-GEOMAR mit der CAU fortgeführt werden soll.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	110
Kapitel:	23
Titel:	TG 64
Zweckbestimmung:	AWI

Ansatz Ist 2009:	1.260,7
Ansatz Soll 2010:	1.649,8
Ansatz Soll HHE 2011:	1.249,0 T€
Ansatz Soll HHE 2012:	1.041,3 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der erhebliche Rückgang der Mittel von 2010 bis 2012?

Antwort der Landesregierung:

Der Rückgang der Haushaltsmittel erklärt sich aus einem schwankenden Bedarf des Instituts, insbesondere im Zusammenhang mit Bauinvestitionen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	120
Kapitel:	24
Titel:	681 33 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Studentenwerk: Soziale Maßnahmen

Ansatz Ist 2009:	2.936,0
Ansatz Soll 2010:	2.936,0
Ansatz Soll HHE 2011:	2.200,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.000,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenzen wird die Kürzung auf das Angebot und die Arbeit des Studentenwerks haben? Welche Leistungen werden damit in Frage gestellt?

Antwort der Landesregierung:

Das Studentenwerk wird voraussichtlich kurzfristig die Essenspreise moderat erhöhen und plant, voraussichtlich die Studentenwerksbeiträge der Studierenden zum WS 2012/13 zu erhöhen; der Umfang einer möglichen Erhöhung steht noch nicht fest. Derzeit sind die Studentenwerksbeiträge in Schleswig-Holstein mit 46,50 € im Ländervergleich unterdurchschnittlich. Da aktuell die Studentenwerksbeiträge in mehreren Ländern erhöht werden, ist zu erwarten, dass die schleswig-holsteinischen Beiträge auch nach einer Erhöhung im Ländervergleich der durchschnittlichen Belastung der Studierenden entsprechen werden.

Das Studentenwerk wird im Übrigen sein Leistungsangebot auch bei einem reduzierten Landeszuschuss aufrechterhalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	06
Seite:	121
Kapitel:	24
Titel:	893 32 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Zuschüsse Neubau und Sanierung Studierendenwohnheime

Ansatz Ist 2009:	250,0
Ansatz Soll 2010:	250,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Schätzt die Landesregierung, auch unter Berücksichtigung der im Rahmen des Hochschulpaktes neu zu schaffenden Studienplätze, die vorhandenen Plätze in Wohnheimen und Wohnungen für Studierende im Land als ausreichend ein?

2.) Sind von der Kürzung laufende oder geplante Bauvorhaben betroffen und wenn ja, welche?

Antwort der Landesregierung:

zu 1) Die Landesregierung geht davon aus, dass die vorhandenen Wohnheimplätze nicht ausreichen werden. Es hat sich aber in der Vergangenheit gezeigt, dass der private Wohnungsmarkt für einen entsprechenden Ausgleich sorgen kann. Der durch den Hochschulpakt erwartete kurzzeitige Anstieg in den Studierendenzahlen rechtfertigt auch aus diesem Grunde einen Wohnheimneubau nicht.

zu 2) Von der Kürzung sind keine laufenden Maßnahmen betroffen. Da die Planungen der Wohnheimträger immer erst zum Ende des laufenden Jahres für das Folgejahr vorgelegt werden, sind diese der Landesregierung für 2011 (noch) nicht bekannt.

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	
Titel:	
Zweckbestimmung:	

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird im Landeshaushaltsplan für die Jahre 2011 und 2012 u.a. von Haupt- und Realschulen gesprochen?

Antwort der Landesregierung:

Einige Veränderungen in der Schullandschaft können im Haushaltsplan nur im Nachgang abgebildet werden. Für einen Übergangszeitraum sind deshalb Schulartenbezeichnungen wie Hauptschule oder Realschule zu finden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	12
Kapitel:	01
Titel:	526 01
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2009:	51,7
Ansatz Soll 2010:	46,7
Ansatz Soll HHE 2011:	48,0
Ansatz Soll HHE 2012:	48,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Sind in diesem Haushaltstitel bereits die knapp 2000 Dienstrechtsverfahren gegen Lehrkräfte im Zusammenhang mit dem LehrerInnenstreik enthalten? Wann wird damit gerechnet, dass diese kostenwirksam werden?

2.) Wo sind die Mehreinnahmen/Minderausgaben 2010 veranschlagt und in welcher Höhe?

Antwort der Landesregierung:

zu 1: Im Haushaltstitel 0701-52601 sind speziell für die knapp 2.000 Dienstrechtsverfahren gegen Lehrkräfte, die im Zusammenhang mit den LehrerInnenstreik stehen, keine entsprechenden Mittel enthalten. Da weder die Streiks noch deren Dimensionen vorhersehbar waren, wurden auch keine zusätzlichen Mittel bei Tit. 0701-52601 eingeworben.

zu 2: Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden bei Tit. 0701-11201 vereinnahmt. Für das Haushaltsjahr 2010 sind derzeit noch keine Mehreinnahmen/Minderausgaben absehbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	14
Kapitel:	01
Titel:	919 01
Zweckbestimmung:	Zuführungen an die Rücklage Personal

Ansatz Ist 2009:	14,3
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welchen Umfang hat die Rücklage aktuell? Welche Veränderungen sind für 2011 bzw. 2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Die Rücklage beträgt zur Zeit 1.567,1 T€. Es ist geplant, die Rücklage in den Jahren 2011 und 2012 durch Personalmaßnahmen deutlich abzubauen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	21 f.
Kapitel:	04
Titel:	633 06; 684 06
Zweckbestimmung:	Ausbau der Kindertagespflege/ Familienunterstützungsangebote
Ansatz Ist 2009:	0,0; 0,0
Ansatz Soll 2010:	500,0; 500,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0; 0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0; 0,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie viele Einrichtungen zum Ausbau der Kindertagespflege sowie weitere Unterstützungsangebote für Familien wurden bisher realisiert? Welche sind dies?
2.) Plant die Landesregierung die Förderung von Eltern-Kind Zentren zu beenden? Welche Vorarbeiten sind bislang seitens des Ministeriums geleistet worden? Gab es konzeptionelle Vorüberlegungen bestimmter Kommunen?
3.) Welchen Umfang und welche Form wird die in den Erläuterungen beschriebene Unterstützung des Landes haben?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung:
Ziel des Haushaltsansatzes war es, Kindertageseinrichtungen, die sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, zu unterstützen, damit verstärkt Tagespflegepersonen gewonnen werden können. Die Entwicklung in SH hat jedoch gezeigt, dass die Betreuung von Kindern in d.Tagespflege bereits überdurchschnittlich hoch ausfällt. 37,3 % der Kinder unter 3 Jahren werden in SH in der Tagespflege betreut, in Westdeutschland lediglich 18% (Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009). Tagespflegepersonen werden darüber hinaus in SH vielfältig unterstützt. Bei Aufnahme ihrer Tätigkeit können diese einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von bis zu 500 Euro erhalten. Öffentlich geförderte Tagespflegepersonen erhalten jährlich Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten. Ferner wird auch die Qualifizierung von Tagespflegekräften durch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe unterstützt. Die vor Ort angebotenen Qualifikationskurse werden vom Land mit je 1.000 Euro bezuschusst. Gerade diese Qualifizierungsangebote haben dafür gesorgt, dass sich das Qualifikationsniveau der Tagespflegepersonen im bundesweiten Vergleich als herausragend darstellt (Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009). Schließlich hat auch das Aktionsprogramm Kindertagespflege des Bundes dazu beigetragen, dass an 9 ausgewählten Modellstandorten in SH die Akquise, Qualifizierung u. Vermittlung von Tagespflegepersonen deutlich vorangebracht werden konnte. Insofern ist in SH bereits eine gute Infrastruktur vorhanden
1. Aus diesem Förderansatz: keine.
2. Eine investive Förderung von Kindertageseinrichtungen, die sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, ist nach wie vor über das Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ möglich, sofern die Kommune zusichert, den laufenden Betrieb gewährleisten zu können. 3. Siehe Vorbemerkung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	26
Kapitel:	05
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Förderung Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten

Ansatz Ist 2009:	1.452,0
Ansatz Soll 2010:	1.452,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.234,2
Ansatz Soll HHE 2012:	1.049,1

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Kürzungen für die einzelnen Einrichtungen und die Kennzahlen?

Antwort der Landesregierung:

Derzeit sind bei den genannten Bildungsstätten rund 120 Menschen beschäftigt, die Hälfte davon in Vollzeit. Nach Angaben der Einrichtungen ist damit zu rechnen, dass weniger freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt werden. In Einzelfällen kann es auch zum Abbau von Stellen kommen. Darüber hinaus würden Werbemaßnahmen zurückgefahren und anstehende Pflege- und Modernisierungsmaßnahmen zurückgestellt bzw. in Eigenleistung ausgeführt werden müssen. Neben Kosteneinsparungen wollen sich die Bildungsstätten bemühen, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Dazu gehören neben höheren Teilnehmergebühren auch die Einwerbung von Projektmittel des Bundes und der EU und die Gewinnung neuer Kooperationspartner.
Ob und ggf. wie sich die Kürzungen auf die Kennzahlen, wie z.B. Veranstaltungszahl oder Teilnehmertage, auswirken, kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	30
Kapitel:	06
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Vertiefung der politischen Bildung

Ansatz Ist 2009:	85,8
Ansatz Soll 2010:	146,0
Ansatz Soll HHE 2011:	146,0
Ansatz Soll HHE 2012:	146,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Welche Kennzahlen für die Maßnahmen gibt es und wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt?

2.) Gibt es vergleichbare Kennzahlen anderer Landeszentralen für politische Bildung? Wie ordnen sich die Kennzahlen der Landeszentrale Schleswig-Holstein in dieses Feld ein?

Antwort der Landesregierung:

zu Frage 1

	Ausgaben Pol. Bildungsarbeit in Tsd. €		Einnahmen Publikationen In Tsd. €	Veranstaltungen	Teilnehmerzahlen
	Zuweisung	Ist-Ausgaben			
2007	146,0	157,8	24,1	50	4215
2008	146,0	147,1	21,1	42	3278
2009	146,0	85,8	14,6	46	3795

zu Frage 2
Vergleichbare Kennzahlen anderer Landeszentralen liegen nicht vor und sind in der Kürze der Zeit nicht zu ermitteln.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	36
Kapitel:	08
Titel:	684 04
Zweckbestimmung:	Jugend- und Sportarbeit der deutschen Minderheit in Nordschleswig

Ansatz Ist 2009:	54,4
Ansatz Soll 2010:	54,4
Ansatz Soll HHE 2011:	46,2
Ansatz Soll HHE 2012:	39,3

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenzen hat die vorgesehene Kürzung auf die Jugend- und Sportarbeit der deutschen Minderheit in Nordschleswig? Welche Angebote müssen voraussichtlich eingestellt werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Angebote müssen eingeschränkt werden. Der BDN hat Arbeitsgruppen eingerichtet, die diese Schwerpunktsetzung vorbereiten. Daraufhin muss der Wirtschaftsplan 2011 neu erarbeitet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	36
Kapitel:	08
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Einrichtung und Unterhaltung von Kindergärten, -horten und -heimen in Nordschleswig

Ansatz Ist 2009:	54,4
Ansatz Soll 2010:	54,4
Ansatz Soll HHE 2011:	46,2
Ansatz Soll HHE 2012:	39,3

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenzen hat die vorgesehene Kürzung voraussichtlich auf die Arbeit und das Angebot der Kindergärten, -horte und -heime in Nordschleswig?

Antwort der Landesregierung:

Die Angebote müssen eingeschränkt werden. Der BDN hat Arbeitsgruppen eingerichtet, die diese Schwerpunktsetzung vorbereiten. Daraufhin muss der Wirtschaftsplan 2011 neu erarbeitet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	45
Kapitel:	10
Titel:	632 02
Zweckbestimmung:	Ausgleichsleistungen Hamburg für grenzüberschreitenden Schulbesuch

Ansatz Ist 2009:	8.652,7
Ansatz Soll 2010:	9.250,0
Ansatz Soll HHE 2011:	9.250,0
Ansatz Soll HHE 2012:	9.250,0

Frage/Sachverhalt:

Welcher Überlegungen liegen der Summe zugrunde? Wie realistisch ist es, dass für 2011 und 2012 keine erhöhten Ausgaben für diesen Titel eingestellt werden müssen? Rechnet die Landesregierung damit, in der Nachschiebeliste zum Doppelhaushalt veränderte Ansätze einzubringen?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz von 9,25 Mio € für die Ausgleichsleistungen an Hamburg entstammt den Verhandlungen zwischen beiden Ländern aus dem Jahre 2008. Im Übrigen nimmt die Landesregierung (ebenso wie der Hamburger Senat) zu den laufenden Verhandlungen zur Wahrung der Unbefangenheit des Verhandlungsprozesses nicht Stellung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	48
Kapitel:	10
Titel:	684 07
Zweckbestimmung:	Kosten zurückgestellte Kinder

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Mit welchen Ausgaben jährlich rechnet die Landesregierung für den Fall, dass Rückstellungen wieder möglich werden?

Antwort der Landesregierung:

Rückstellungen sind seit der Schulgesetzänderung von 2007 nicht mehr möglich. Auch der Regierungsentwurf für ein neues Schulgesetz sieht die Möglichkeit, Kinder vom Schulbesuch zurückzustellen, nicht vor.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	49
Kapitel:	10
Titel:	526 11 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Prozessentwicklung „Stärkung schulischer Eigenverantwortung“

Ansatz Ist 2009:	20,8
Ansatz Soll 2010:	26,0
Ansatz Soll HHE 2011:	31,0
Ansatz Soll HHE 2012:	31,0

Frage/Sachverhalt:

Wann soll die Konzeption für schulische Eigenverantwortung vorliegen?

Antwort der Landesregierung:

Die Konzeptbausteine für die Bereiche

- Erweiterung der pädagogischen Entscheidungsspielräume im Handlungsfeld Lern- und Unterrichtsorganisation
- Erweiterung der Entscheidungsspielräume im Handlungsfeld der Personal- und Mittelbewirtschaftung sowie
- Qualitätssicherung und -entwicklung

werden kontinuierlich erarbeitet und sukzessive umgesetzt.
Erste Bausteine sind bereits realisiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	52
Kapitel:	10
Titel:	671 11 bis 671 18 (MG 04)
Zweckbestimmung:	Erstattung für erteilten Unterricht - Erläuterungen

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	3.077
Ansatz Soll HHE 2012:	3.077

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie viele Schülerinnen und Schüler werden unter 1. (Erteilung von Religionsunterricht) durchschnittlich in einer Lerngruppe unterrichtet – unterteilt nach 1.1. und 1.2.?

2.) Wie erklärt sich eine pauschale, ungekürzte Erstattung unter 1.1.?

Antwort der Landesregierung:

1.) Statistische Angaben über den Religionsunterricht liegen dem MBK nicht vor, da in der jährlichen Schulstatistik mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe fächerbezogene Daten nicht erhoben werden. Die Erstattungen für den durch kirchlich gestellte Lehrkräfte erteilten Unterricht erfolgt nach Ansätzen für die erteilten Wochenstunden, nicht nach Schülerzahlen. Die Angabe einer durchschnittlichen Lerngruppengröße zu 1.1 und 1.2 ist zudem aufgrund der besonderen verfassungsrechtlichen Stellung der Fächer Ev. Religion, Kath. Religion und Philosophie mit der Möglichkeit der Abmeldung vom und der Anmeldung zum Religionsunterricht nicht zu prognostizieren.

2.) Nach § 5 der Verwaltungsvereinbarung „Katholischer Religionsunterricht durch kirchliche Lehrkräfte“ vom 29.9.1977 erstattet das Land die Personalkosten im Rahmen der durch den Landeshaushalt bereitgestellten Mittel. Kath. Kirche und Land haben seit 1992 eine Pauschalierung der Erstattungen vereinbart. Für die Jahre 2006-2010 wurde eine Pauschalsumme in Höhe von 1.188.500 Euro per anno vereinbart. Mit diesem Betrag wurden ca. 70 % der Personalkosten abgedeckt. Um die anderen 30 % wurde der Landeshaushalt entlastet. Der unveränderte Haushaltsansatz für 2011 und 2012 entlastet den Landeshaushalt voraussichtlich weiterhin um einen Eigenanteil der Kath. Kirche von ca. 30%. Die Pauschalsumme wird trotz steigender Personalkosten nicht angepasst, so dass die Kostenumverteilung grundsätzlich zu Lasten der Kath. Kirche erfolgt. Der Deckungsgrad der nicht erhöhten Pauschalsumme wird voraussichtlich trotz

steigender Personalkosten durch eine Reduzierung der Gesamtwochenstundenzahl der kirchlichen Lehrkräfte bei gleichzeitiger Sicherung des derzeitigen Unterrichtsangebots erreicht werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	53
Kapitel:	10
Titel:	MG 04 – alle 4er-Titel
Zweckbestimmung:	Vertretungsfonds

Ansatz Ist 2009:	16.868
Ansatz Soll 2010:	15.177
Ansatz Soll HHE 2011:	15.177
Ansatz Soll HHE 2012:	15.177

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie groß war der tatsächliche Bedarf bei der Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften insgesamt?
2.) Welche Anträge lagen vor? Wie groß waren die angemeldeten Bedarfe der Schulen für diesen Bereich, die abschlägig beschieden wurden?
3.) Wie hoch war die durchschnittliche Nachbewilligung über den ursprünglich veranschlagten Ansatz in den letzten drei Jahren?
4.) Mit welcher Begründung werden die Mittel verteilt?

- Gemeinschaftsschulen (134 Schulen/45 600 SchülerInnen): 0,93 Millionen
- Regionalschulen (66 Regionalschulen/9700 SchülerInnen): 1,3 Millionen,
- Gymnasien (100 Schulen/ 85 000 SchülerInnen): 2,7 Millionen;
- Berufsbildende Schulen (33 Schulen/ 97 600 SchülerInnen): 2,63 Millionen

Antwort der Landesregierung:
1. + 3) s. Drucksache 17/424, Fallzahlen werden statistisch nicht erhoben.

2) Dazu werden keine statistischen Daten bei den Schulämtern bzw. beim MBK erhoben.

4) Der Vertretungsbedarf in den einzelnen Schularten ist vorab kaum zu prognostizieren, da Krankeiten, Schwangerschaften etc. nicht vorhersehbar sind. Daher beruhen die Haushaltsansätze auf den Erfahrungen der Vorjahre. Da innerhalb des Vertretungsfonds Deckungsfähigkeit besteht, hängt die spätere IST-Verteilung der Mittel auf die Schularten vom tatsächlichen Vertretungsbedarf in den jeweiligen Schularten ab.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	57
Kapitel:	10
Titel:	544 06 (MG 06)
Zweckbestimmung:	Zentrale Abschlüsse

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	135,0
Ansatz Soll HHE 2012:	135,0

Frage/Sachverhalt:

Wieso werden Kosten für 2011/2012 fällig, wo doch die zentralen Prüfungen schon seit 2007/08 bzw. 2008/09 durchgeführt werden, ohne dass dies haushaltsrelevant wurde?

Antwort der Landesregierung:

Die Kosten wurden bislang aus den sog. Kompensationsmitteln, die das MBK nach dem Wegfall der gemeinsamen Bildungsplanung zwischen Bund und Ländern erhält, getragen. Die Mittel sollen zweckgebunden für Projekte und Vorhaben des MBK eingesetzt werden.

Aus Gründen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ist ab 2011 für diese Daueraufgabe ein eigener Haushaltstitel vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	60 f
Kapitel:	10
Titel:	MG 09
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an die dänischen Schulen

Ansatz Ist 2009:	28.457,9
Ansatz Soll 2010:	31.741,6
Ansatz Soll HHE 2011:	27.010,8
Ansatz Soll HHE 2012:	27.004,8

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch wäre der Ansatz dieser MG ohne eine Änderung der gesetzlichen Grundlage?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz dieser MG wäre ohne eine Änderung der gesetzlichen Grundlage im
Jahr 2011 31.670,0 T€
Jahr 2012 31.672,2 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	64
Kapitel:	10
Titel:	MG 11
Zweckbestimmung:	Reisekosten

Ansatz Ist 2009:	439,6
Ansatz Soll 2010:	407,0
Ansatz Soll HHE 2011:	487,0
Ansatz Soll HHE 2012:	487,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wieso erhält die Schulform der allgemeinen, weiterbildenden Schule mit den meisten Schulen, nur halb so viel Reisekosten, wie die anderen beiden Schulformen? Werden dort keine LehramtsanwärterInnen ausgebildet – oder wird dies nur bei anderen veranschlagt?

2.) Wie begründet sich die veranschlagte Ausgabensteigerung? Stehen dem Einsparungen an anderer Stelle gegenüber?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.) Die Reisekosten sind dem Bedarf entsprechend veranschlagt. Naturgemäß besteht bei den Förderzentren insbesondere aufgrund der integrativen Beschulung der höchste Bedarf.
Die Reisekosten für Lehrkräfte in Ausbildung sind nicht hier, sondern im Kapitel 0717 (IQSH) veranschlagt.
Zu 2.) Die Ansatzerhöhung ist durch die Rückübertragung von Mitteln des RBZ-Titels begründet (siehe Erläuterungen zu Titel 0716-52716 sowie Titel 0716-685 01).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	67
Kapitel:	0710
Titel:	MG 14
Zweckbestimmung:	START-Stipendien

Ansatz Ist 2009:	29,5
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie setzt sich die Finanzierung der START-Stipendien in Schleswig-Holstein konkret pro Jahr zusammen? Wie hoch ist der Landesanteil?

Antwort der Landesregierung:

Jedes START-Schülerstipendien wird mit 5.000,- € p.a. finanziert. Diese Mittel kommen ausnahmslos von Dritten.
Folgende Stiftungen sind im Schuljahr 2010/11 an der Finanzierung beteiligt:

- Gemeinnützige Hertie-Stiftung (17 Stipendien)
- Deutsche Bank Stiftung (8 Stipendien)
- Possehl-Stiftung (4 Stipendien)
- Dräger-Stiftung (2 Stipendien)
- Heinz-Wüstenberg-Stiftung (1 Stipendium)
- Fielmann (1 Stipendium)
- Restmittel aus 2007-2009 (1 Stipendium)

Im Landeshaushalt werden nur die von den START-Partnern für die regionale pädagogische Arbeit zur Verfügung gestellten Mittel plus Restmittel aus den vergangenen Projektjahren verwaltet; das waren im Jahr 2009 29,5 T€ und werden im Schuljahr 2010/11 ca. 31.340,- €. Zusätzlich entstehen bei der federführenden START-Stiftung gGmbH (Tochter der Hertie-Stiftung) Overheadkosten i.H.v. ca. 1.100,- €/Stip./Jahr.
Das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich lediglich durch die Bereitstellung einer halben Stelle A 14 (OStR) als Landeskoordination plus Büro- und Sachmittelkosten an dem Projekt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	68 ff
Kapitel:	10
Titel:	MG 17
Zweckbestimmung:	Ganztagsschulen
Ansatz Ist 2009:	6.217,6
Ansatz Soll 2010:	8.808,8
Ansatz Soll HHE 2011:	8.808,8
Ansatz Soll HHE 2012:	8.808,8

Frage/Sachverhalt:

1.) Mit welchen Zuwächsen an Ganztagesplätzen rechnet die Landesregierung in den kommenden beiden Jahren?
2.) Wie soll die Ausweitung des Angebotes aussehen, wenn die Summe der MG 17 von 2010 bis 2012 konstant bleibt? Welche Maßnahmen hat die Regierung unternommen, um die Lücke zwischen Soll-Ansätzen und Ist-Ausgaben zu reduzieren?
3.) Wie teilen sich die Aufgaben auf die drei in den zusätzlichen Erläuterungen angeführten Teilbereiche bei den Ganztags- und Betreuungsangeboten auf S. 208 auf?

Antwort der Landesregierung:

1.) Im Schuljahr 2010/11 arbeiten insgesamt 430 Schulen als Offene Ganztagsschulen. Dies entspricht rund 45 % aller Förderzentren und allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein. Es wird erwartet, dass sich in den nächsten beiden Schuljahren weitere 20 Schulen zu Offenen Ganztagsschulen weiterentwickeln.
2.) Die bisherigen Haushaltsansätze basieren auf Prognosen, die nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten sind. Die daraus resultierende Öffnung der Förderrichtlinie für Schulen aller Schularten zum Schuljahr 2010/11 hat zu einem deutlichen Anstieg der Zuwendungen geführt. Sofern die Zahl der Offenen Ganztagsschulen wie unter 1.) beschrieben zunimmt und die bestehenden Ganztagsschulen ihre Angebote und Teilnehmerzahlen in geringem Umfang ausweiten, werden die vorhandenen Haushaltsmittel ab dem Jahr 2012 in vollem Umfang ausgeschöpft werden.
3.) Zu den Aufgaben der in den Zusätzlichen Erläuterungen auf Seite 208 aufgeführten Teilbereiche (Betreuungsangebote in der Primarstufe und Offene Ganztagsschulen, pädagogische Mittagsbetreuung, neue gebundene Ganztagsschulen) gehören insbesondere konzeptionelle und fachliche Aufgaben sowie die Abwicklung aller Förderprogramme.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	69
Kapitel:	10
Titel:	684 17 (MG 17)
Zweckbestimmung:	Förderung Betreuungsangebote 1-4

Ansatz Ist 2009:	1.684,2
Ansatz Soll 2010:	2.000,0
Ansatz Soll HHE 2011:	2.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.000,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie lauten die in der Erläuterung unter a) und b) aufgeführten Kennzahlen für die Schuljahre 2008/2009 und 2009/2010?

2.) Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten einer Betreuungsstunde pro SchülerIn 2009?

Antwort der Landesregierung:

1.) Die Kennzahlen für die Schuljahre 2008/09 und 2009/10 lauten wie folgt:
a) Zahl der Betreuungsangebote:
2008/09: 370
2009/10: 365
b) Ausgaben-Entwicklung (in T€):
2008: Soll: 2.500 T€ Ist: 1.685,3 T€
2009: Soll: 2.000 T€ Ist: 1.684,2 T€
2010: Soll: 2.000 T€ voraussichtliches Ist (Stand: 13.09.): 1.442,7 T€

2.) Die Kosten variieren vor Ort je nach Gruppengröße und Personal. Durchschnittswerte sind dem MBK nicht bekannt und wären z.B. für das Schuljahr 2009/10 nur durch Auswertung von 365 Verwendungsnachweisen und Sachberichten zu ermitteln, die von den Zuwendungsempfängern erst bis zum 30.09.2010 einzureichen sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	73
Kapitel:	10
Titel:	MG 61
Zweckbestimmung:	Schulpsychologischer Dienst
Ansatz Ist 2009:	16,3
Ansatz Soll 2010:	16,9
Ansatz Soll HHE 2011:	16,9
Ansatz Soll HHE 2012:	16,9

Frage/Sachverhalt:

1.) Welche aktuellen Kennzahlen liegen der Landesregierung bezüglich der Arbeit des schulpsychologischen Dienstes vor?
2.) Welches Konzept liegt der in der Erläuterung erwähnten Weiterentwicklung zugrunde?
3.) Mittels welcher Maßnahmen kann eine Aufgabenerweiterung bei gleich bleibendem Haushaltsansatz erfolgen bzw. welche Einschränkungen der bisherigen Arbeit sind damit verbunden?

Antwort der Landesregierung:

1. Auf einen Schulpsychologen kommen in Schleswig - Holstein 1.366 (08/09) Lehrkräfte. Statistisch stand im Schuljahr 2008/09 ein Schulpsychologe für 18.665 Schülerinnen und Schüler zur Verfügung.
2. Die Erläuterung ist auf das HHJ 2007 zurückzuführen. Damals wurde der Reisekostenansatz erhöht, um den Schulpsychologen eine größere Präsenz in den Schulen zu ermöglichen. Die Begründung ist deshalb überholt und wie folgt zu berichtigen: „Veranschlagt sind die Reisekosten für zzt. 21 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, für die 17 Planstellen zur Verfügung stehen.
3. Dies wird jeweils im Einzelfall zu entscheiden sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	75
Kapitel:	10
Titel:	TG 65
Zweckbestimmung:	Geld aus Stellen für das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt

Ansatz Ist 2009:	2.979,1
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

1.) In welcher Höhe sind Zahlungen und Zuschüsse an Träger von Maßnahmen für 2011 und 2012 vertraglich vereinbart?

2.) An welchen Schulen sollen die 75 Stellen voraussichtlich umgewandelt werden? Welche Folgen hat dies für die Lehrerausstattung dieser Schulen?

Antwort der Landesregierung:

zu 1: In der derzeitigen Antragslaufzeit (1. August 2009 - 31. Juli 2011) wurden für 2011 vertraglich 1.778.866,65 Euro (1.1.2011 – 31.7.2011) mit den regional koordinierten Trägern des Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt vertraglich vereinbart. Für den darüber hinausgehenden Zeitraum gibt es derzeit keine vertraglichen Vereinbarungen.

zu 2: Diese Stellen wurden den Schulkapiteln im Rahmen eines Vorabzugs aus den Stellenbereichen 0711, 0712, 0713 und 0716 entnommen. 70,83 Stellen wurden in Mittel umgewandelt und 4,17 Stellen in Form von Ausgleichsstunden für das Handlungsfeld Coaching eingesetzt.

Nach Maßgabe des Haushalts werden sämtliche Mittel ausschließlich für unterrichtliche Maßnahmen (hier: Handlungsfelder Potenzialanalyse bzw. Assessment, Berufsfelderprobung, Coaching und Qualifizierungs-Bausteine) eingesetzt, die den Zielen des Handlungskonzepts unmittelbar dienen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	114ff.
Kapitel:	17
Titel:	Kapitel 17
Zweckbestimmung:	IQSH

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Wie viele der am IQSH tätigen StudienleiterInnen sind im Rahmen ihrer Tätigkeit ausschließlich oder zu einem wesentlichen Teil ihrer Arbeitszeit mit der Durchführung von Ausbildungsmodulen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst befasst? Wie wird sich das zahlenmäßige Verhältnis dieser StudienleiterInnen zu denen mit anderen Aufgaben auf Grund der Mittelreduktion in 2011 und 2012 verändern?

Antwort der Landesregierung:

Die 83 hauptamtlichen Studienleiterinnen und Studienleiter nehmen zu etwa 60% ihrer Arbeitszeit Aufgaben der Ausbildung wahr. Der Anteil bei den rund 260 nebenamtlichen Studienleiterinnen und Studienleitern liegt bei 90%.
Die Steuerung der Ausbildung erfolgt ausschließlich durch die Zahl und die Fächerkombinationen der zugewiesenen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Die Mittelreduktion im
Titel 525 15 (MG 01) hat keine Auswirkungen auf Anzahl und Aufgabenprofil der Studienleiterinnen und Studienleiter.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	119
Kapitel:	17
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Präventionsprojekt Petze

Ansatz Ist 2009:	45,0
Ansatz Soll 2010:	45,0
Ansatz Soll HHE 2011:	38,3
Ansatz Soll HHE 2012:	32,6

Frage/Sachverhalt:

1.) Von welchem Ist-Ansatz für 2010 geht die Landesregierung momentan aus?

2.) Was bedeutet die drastische Kürzung für den Fortbestand des Präventionsprojektes PETZE? Kann die Fortführung auf dieser finanziellen Basis sichergestellt werden und wenn ja, wie und mit welchen Einschnitten?

Antwort der Landesregierung:

1.) 40,5 T €

2.) Das Präventionsbüro PETZE arbeitet in Kooperation mit dem IQSH und in Trägerschaft des Frauennotrufs Kiel im Themenfeld sexueller Missbrauch und Gewaltprävention. Schwerpunkte dieser Tätigkeit sind:

- Fortbildungen für Lehrkräfte
- Materialentwicklung
- Konzeption und Begleitung von Präventionsausstellungen
- Beratung und Supervision für Lehrkräfte zur Prävention und Intervention bei sexuellem Missbrauch.

Die Beratungsangebote der PETZE werden zukünftig verstärkt im Rahmen der Lehrerfortbildung unterstützt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	120
Kapitel:	17
Titel:	518 11 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Anmietung

Ansatz Ist 2009:	187,0
Ansatz Soll 2010:	228,0
Ansatz Soll HHE 2011:	228,0
Ansatz Soll HHE 2012:	228,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklären sich die hohen Anmietungskosten? An wen werden sie größtenteils gezahlt? Für wie viele Teilnehmertage ist diese Summe kalkuliert?

Antwort der Landesregierung:

Das IQSH verfügt nicht über eine genügende Anzahl von Räumen mit den erforderlichen Kapazitäten. Die Anmietung zusätzlicher Räume erfolgt weitestgehend bei Tagungsstätten und über die Schulträger.
Anzahl der Ausbildungstage 2011: 3200, im Jahr 2012: 3000

(Die Anzahl der Ausbildungstage bzw. Ausbildungsveranstaltungen reduziert sich im Jahr 2012, weil durch Auslaufen des Sonderprogramms weniger Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst im System sind.)

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	120
Kapitel:	17
Titel:	525 14 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Ausbildung der LehrerInnen im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2009:	121,1
Ansatz Soll 2010:	127,0
Ansatz Soll HHE 2011:	127,0
Ansatz Soll HHE 2012:	127,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Kennzahlen liegen dieser Ausgabe zugrunde?

Antwort der Landesregierung:

Anzahl Ausbildungstage:
- Soll 2011: 3.200
- Soll 2012: 3.000

Anzahl Ausbildungsberatungen:
- Soll 2011: 6.000
- Soll 2012: 5.400
-

(Die Anzahl der Ausbildungsberatungen reduziert sich im Jahr 2012, weil durch Auslaufen des Sonderprogramms weniger Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst im System sind.)

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	120
Kapitel:	17
Titel:	525 15 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen
Ansatz Ist 2009:	1.257,9
Ansatz Soll 2010:	581,0
Ansatz Soll HHE 2011:	425,0
Ansatz Soll HHE 2012:	425,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie erklärt sich die drastische Differenz zum Ist 2009 und die deutliche Absenkung zum Soll 2010? Besteht kein erhöhter Fortbildungsbedarf mehr? Oder wird dies durch andere Ausgabensteigerungen kompensiert? Wenn ja – an welcher Stelle und in welcher Höhe?
2.) Wie erklärt sich die Relation in der MG 01 zwischen den Vergütungen/Honoraren, die in diesem Titel in der Erläuterung aufgeführt werden und den hohen Reisekostenvergütungen und Raummieten?
3.) Wie viel Personalkosten/Stellen sind diesem Bereich überschlägig zuzuordnen, die an anderer Stelle im Haushalt dargestellt sind?

Antwort der Landesregierung:

1.) Die Mittel der Fortbildungsoffensive waren bis 2010 befristet. In Folge der Mittelkürzungen werden veränderte Fortbildungsformate angeboten. Durch die Festlegung von Schwerpunkten wird ein systematisches und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Angebot sichergestellt.

2.) Aus dem Titel 525 15 (MG 01) werden Vergütungen und Honorare für Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen gezahlt. Aus dem Titel 527 11 (MG 01) werden vor allem Reisekosten für Studienleiter gezahlt. Die Titel 527 14 (MG 01) sowie 518 11 (MG 01) stehen für weitere Ausbildungskosten insbesondere Fahrkosten der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Raummieten zur Verfügung.

3.) Im Schuljahr 2010/11 werden aus dem IQSH-Pool insgesamt 34,06 Stellen für Fortbildung und Weiterbildung genutzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	123
Kapitel:	17
Titel:	MG 02
Zweckbestimmung:	Weiterentwicklung der Qualitätssicherung

Ansatz Ist 2009:	101,6
Ansatz Soll 2010:	294,0
Ansatz Soll HHE 2011:	161,0
Ansatz Soll HHE 2012:	161,0

Frage/Sachverhalt:

Wird der Weiterentwicklung der Qualitätssicherung und Verbesserung weniger Gewicht beigemessen? Wenn nicht, wie wird die Minderausgabe kompensiert?

Antwort der Landesregierung:

Der Qualitätssicherung wird weiterhin ein hoher Stellenwert beigemessen. Mit der Teilnahme an VERA-3 und VERA-8 wird Schleswig-Holstein den Anforderungen der Gesamtstrategie der KMK gerecht.

Mit dem Wegfall der qualitätssichernden Verfahren EVIT und VERA-6 können Einsparungen realisiert werden, die in der Reduzierung der Mittel zum Ausdruck kommen. Mit dem Übergang der in der Qualitätsagentur im IQSH liegenden Aufgaben in das MBK werden außerdem Synergieeffekte erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	211
Kapitel:	17
Titel:	Zusätzliche Erläuterungen
Zweckbestimmung:	Lehrkräfte i.A. und Seiteneinsteiger/innen

Ansatz Ist 2009:	2.211 / 55 Stellen
Ansatz Soll 2010:	2.200 / 0 (?) Stellen
Ansatz Soll HHE 2011:	2.100 / 50 Stellen
Ansatz Soll HHE 2012:	1.900 / 30 Stellen

Frage/Sachverhalt:

Schätzt die Landesregierung vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierungswelle die Zahlen der Lehrkräfte i.A. und Seiteneinsteiger/innen als bedarfsdeckend ein? Wenn ja, auf welcher Zahlengrundlage, wenn nein: Wie groß wird die Lücke eingeschätzt und wie soll sie geschlossen werden?

Antwort der Landesregierung:

Auf der Grundlage der Abgangsprognosen für die kommenden Jahre, der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 24 auf 18 Monate ab 2011 und unter Berücksichtigung der Bewerberzahlen aus anderen Bundesländern schätzt die Landesregierung die Zahlen der Lehrkräfte i.A. und der Seiteneinsteiger(innen) als bedarfsdeckend ein. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in Einzelfällen Bedarfe in besonders nachgefragten Fächern oder an peripheren Standorten nicht sofort gedeckt werden können, da Absolventen eines Lehramtsstudiums in allen Fächerkombinationen Anspruch auf die Beendigung ihrer Ausbildung haben und die regionalen Einsatzwünsche von Bewerberinnen und Bewerbern für den Schuldienst i.d.R. berücksichtigt werden. In diesen Fällen muss der Bedarf zunächst schulintern durch angepassten Lehrkräfteeinsatz gedeckt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	157
Kapitel:	43
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2009:	924,4
Ansatz Soll 2010:	618,2
Ansatz Soll HHE 2011:	518,2
Ansatz Soll HHE 2012:	518,2

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie errechnen sich die Minderausgaben für die Entgelte der ArbeitnehmerInnen?

2.) Wie können die Aufgaben bei einem bis 2012 um vier Stellen reduzierten Personalbestand erfüllt werden?

Antwort der Landesregierung:

1) Nach dem Personaleinsparkonzept der Landesregierung sind zwei Stellen (jeweils mit 50,- T€) einzusparen.
2) Die Leiterin der Kulturabteilung wird im Zusammenarbeit mit den Leitern der Dienstellen im Kulturbereich (Landesbibliothek, Landesamt für Denkmalpflege, Landesarchiv und Archäologisches Landesamt) ein Konzept erarbeiten, wie trotz der Vorgaben des Personaleinsparkonzeptes die Aufgabenerfüllung in diesen Dienststellen sichergestellt werden kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	210
Kapitel:	07 11 bis 07 16
Titel:	Zusätzliche Erläuterungen
Zweckbestimmung:	Sicherung Unterrichtsversorgung-Personalausgaben/Planstellen
Ansatz Ist 2009:	1.153.441,2
Ansatz Soll 2010:	1.219.121,9
Ansatz Soll HHE 2011:	1.156.781,4 – 22.823 Planstellen
Ansatz Soll HHE 2012:	1.145.218,4 - 22.523 Planstellen

Frage/Sachverhalt:

1.) Wieso fehlen Qualitätskennzahlen?
2.) Wie sind die entsprechenden Schülerzahlen bezogen auf die jeweiligen Kapitel und insgesamt?
3.) Wie hat sich die durchschnittliche Lerngruppengröße in den einzelnen Schulformen entwickelt?
4.) Wieso sinken die Planstellen und Ausgaben 2011 und 2012 um je 300 Stellen im Kap 0711? Welche Auswirkungen hat dies? Wie wird es begründet?
5.) Wie ist die prognostizierte Entwicklung für die kommenden Haushaltsjahre für diesen Bereich jeweils in den einzelnen Jahren 2013 bis 2020 – Lehrerstellen und Schülerzahlen? Zahlen dazu müssten aufgrund der Unterlagen für die Hauhaltsstrukturkommission im MBK vorliegen.

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.) und 2.)
Bei den Ausgaben der Kapitel 0711 bis 0716 handelt es sich um das Lehrerpersonalbudget. Ziel der Kurzdarstellung in den zusätzlichen Erläuterungen ist bislang, einen Überblick über die Gesamtausgaben zu geben. In den Erläuterungen der einzelnen Kapitel sind ergänzend Angaben zur Anzahl der Schulen in den Kreisen und kreisfreien Städte sowie zu den Schülerzahlen enthalten. Im Rahmen ihres Berichts zur Unterrichtssituation gibt die Landesregierung detaillierte Hinweise zu weiteren relevanten Faktoren.

Zu 3.)
Angaben zu den Lerngruppengrößen finden sich im jährlichen Landtagsbericht zur Unterrichtssituation in den Kapiteln 1 und 2 in den Übersichten 2.1; 2.2 und 5.1 sowie im Anhang in den Tabellen 1.2 und 1.4 .

Zu 4.)
Die Entscheidung, in welchen Kapiteln die von der Landesregierung beschlossenen Einsparungen erbracht werden, wird erst jeweils zum 31.07. erfolgen. Im Kapitel für die Grund- und Hauptschulen sind die entsprechende kw-Vermerke daher mit folgendem Hinweis versehen (s.a. S. 237 des Entwurfs des EPL 07):

„Die Realisierung kann auch in den übrigen Schulkapiteln erfolgen.“

Zu 5.)
Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen ist im jährlichen Landtagsbericht zur Unterrichtssituation im Anhang in der Tabelle 1.1 dokumentiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	137
Kapitel:	40
Titel:	684 10 (MG 08)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen für das Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF)

Ansatz Ist 2009:	1.700,0
Ansatz Soll 2010:	1.700,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.445,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.228,3

Frage/Sachverhalt:

In welchem Umfang werden kulturelle Bildungsaspekte gefördert und umgesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Das SHMF betreibt mit der Orchesterakademie, den Meisterkursen und der Chorakademie eine international anerkannte Spitzennachwuchsförderung. Die Ausgaben für diesen Bereich machen 10 bis 15 % des Gesamtbudgets aus. Die Nachwuchsarbeit des SHMF ist das Hauptmotiv für die großzügige Landeszuwendung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	133
Kapitel:	40
Titel:	684 34
Zweckbestimmung:	Literaturförderung

Ansatz Ist 2009:	304,4
Ansatz Soll 2010:	303,2
Ansatz Soll HHE 2011:	258,0
Ansatz Soll HHE 2012:	219,6

Frage/Sachverhalt:

Welche Veranstaltungen werden durch diesen Titel gefördert? Welche fallen durch die Titelkürzung weg?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden institutionell das Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V. und die Eutiner Landesbibliothek gefördert sowie das Literaturhaus und weitere Literaturvereine wie z.B. die Namensgesellschaften (Erich Mühsam, Hebbelgesellschaft, Theodor-Storm-Gesellschaft) über die .Projektförderung. Welche Veranstaltungen (Projekte) konkret wegfallen werden, wird sich im Haushaltsjahr 2011 zeigen, wenn alle Anträge vorliegen und über die Förderung entschieden werden muss.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	132
Kapitel:	40
Titel:	893 21 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen der Stiftung SH Landesmuseen Schloss Gottorf

Ansatz Ist 2009:	770,0
Ansatz Soll 2010:	530,0
Ansatz Soll HHE 2011:	650,0
Ansatz Soll HHE 2012:	585,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Investitionen sind 2011 vorgesehen? Warum ist der Ansatz Höher als 2009?

Antwort der Landesregierung:

Die Stiftung hat einen hohen Investitionsbedarf (auch im energetischen Bereich), dem aus den Programmen Konjunkturprogramm II (Bundesmittel), IKE (Investitionsprogramm Kulturelle Erbe - Landesmittel) und aus dem stiftungseigenen Haushalt (Titel 893 21) entsprochen wurde und weiterhin entsprochen wird. Die Mittel im in Rede stehenden Titel sind allein nicht ausreichend, um alle größeren und kleineren Investitionen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf zu tätigen - die Höhe des Titels ist immer abhängig von begleitenden kulturbezogenen Investitionsprogrammen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	130
Kapitel:	40
Titel:	685 02
Zweckbestimmung:	Anteil des Landes an den Kosten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Ansatz Ist 2009:	818,0
Ansatz Soll 2010:	867,8
Ansatz Soll HHE 2011:	868,1
Ansatz Soll HHE 2012:	868,1

Frage/Sachverhalt:

In wie weit ist eine Reduzierung des Ansatzes rechtlich möglich?

Antwort der Landesregierung:

Das Land ist qua Bundesverordnung zur Beteiligung an der der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, verpflichtet. Eine einseitige Kündigung des Abkommens zur Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist nicht möglich.

Eine Neuordnung der Finanzierung der Stiftung öffentlichen Rechts als größten Kulturbetrieb der Bundesrepublik Deutschland bedarf dringend der Diskussion auf Bund-Länder-Ebene

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	135
Kapitel:	40
Titel:	686 05 (MG 07)
Zweckbestimmung:	Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe

Ansatz Ist 2009:	363,4
Ansatz Soll 2010:	53,4
Ansatz Soll HHE 2011:	45,4
Ansatz Soll HHE 2012:	38,6

Frage/Sachverhalt:

Was bedeuten die Kürzungen für die friesische Volksgruppe?

Antwort der Landesregierung:

Die Kürzung erfolgt im Rahmen der erforderlichen Haushaltskonsolidierung.
Die friesischen Organisationen werden Schwerpunkte setzen und den Wirtschaftsplan 2011 ff. entsprechend ausrichten müssen. Durch die Realisierung der Organisationszentrale in Bredstedt werden Synergieeffekte erwartet. Für die Kulturarbeit der Friesen stehen die Erlöse aus 500,0 T€ zur Verfügung, die die Kulturstiftung des Landes verwaltet. Dieser Betrag war ursprünglich für die Gründung einer Friesenstiftung vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	129
Kapitel:	40
Titel:	282 04
Zweckbestimmung:	Zweckgebundene Beiträge Dritter für Museumsaufgaben

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Gab es in vorherigen Haushalten solche Beiträge? Wenn ja, wofür?

Antwort der Landesregierung:

Nein. Der Titel wurde vorsorglich eingerichtet, falls Gelder eingehen und diese haushaltstechnisch richtig verbucht werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	134
Kapitel:	40
Titel:	684 19 (MG 07)
Zweckbestimmung:	Kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit

Ansatz Ist 2009:	456,0
Ansatz Soll 2010:	456,0
Ansatz Soll HHE 2011:	387,6
Ansatz Soll HHE 2012:	329,5

Frage/Sachverhalt:

Welche Institutionen fallen hier runter?

Antwort der Landesregierung:

Empfänger ist der Südschleswigsche Verein (Sydslesvigsk Forening) in Flensburg.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	134
Kapitel:	40
Titel:	684 20 (MG 07)
Zweckbestimmung:	Zuschuss an die dänische Zentralbibliothek

Ansatz Ist 2009:	92,0
Ansatz Soll 2010:	92,0
Ansatz Soll HHE 2011:	78,2
Ansatz Soll HHE 2012:	65,0

Frage/Sachverhalt:

Bekommt die dänische Zentralbibliothek eine finanzielle Unterstützung von der Kommune und Dänemark? Wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Ja

Zu Frage 2:
Die Dänische Zentralbibliothek kalkuliert 2010 (2009, gemäß vorläufigem Jahresabschluss) mit folgenden Zuschüssen:

- ⇨ Staat Dänemark 3.270,0 T EUR (3.515,0 T EUR)
- ⇨ Land Schleswig-Holstein 82,8 T EUR (92,0 T EUR)
- ⇨ Stadt Flensburg 115,0 T EUR (127,2 T EUR)
- ⇨ Kreise 70,0 T EUR (71,1 T EUR)

Städte und Gemeinden 60,0 T EUR (77,4 T EUR)

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	143
Kapitel:	40
Titel:	686 11 (MG 14)
Zweckbestimmung:	Förderung von Künstlerinnen und Künstlern

Ansatz Ist 2009:	141,0
Ansatz Soll 2010:	141,7
Ansatz Soll HHE 2011:	120,4
Ansatz Soll HHE 2012:	120,4

Frage/Sachverhalt:

Welche Auswirkungen werden die Mittelkürzungen haben?

Antwort der Landesregierung:

Betroffen sind Förderungen für Stipendiaten in den Künstlerhäusern und die Arbeits- und Reisestipendien für schleswig-holsteinische Künstlerinnen und Künstler. Die geplanten Kürzungen haben zur Folge, dass weniger Stipendien vergeben werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	134
Kapitel:	40
Titel:	684 22 (MG 07)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an den Verband landwirtschaftlicher Vereine in Südschleswig e.V. für kulturelle Zwecke

Ansatz Ist 2009:	30,0
Ansatz Soll 2010:	30,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Auswirkung hat die Kürzung für die Vereine? Welche kulturelle Arbeit wurde bislang unterstützt?

Antwort der Landesregierung:

Die Vereine werden vermutlich in ihren finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt.

Bisher wurden finanziell unterstützt:
Gruppenreisen nördlich und südlich der Grenze,
Veranstaltungen und Vorträge,
Betrieb des Christian Lassens Minde Museum,
Mitgliederzeitschrift,
landwirtschaftliche Beratung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	128
Kapitel:	40
Titel:	231 02
Zweckbestimmung:	Zuweisung des Bundes zur Förderung der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe

Ansatz Ist 2009:	310,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Das IST liegt 310 T über dem Soll. In den Erläuterungen wird von 250 T ausgegangen. Aus welchem Programm stammt das Geld? Ist sie ko-finanziert und warum gewährt der Bund 2011ff keine Zuschüsse?

Antwort der Landesregierung:

Bei den Einnahmen des Titels 0740 231 02 handelt es sich um Zuschüsse, die der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien zur Förderung der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe gewährt.

Der BKM-Zuschuss für 2009 betrug 310 T€. Für 2010 sind inzwischen 259 T€ bewilligt worden. Für 2011 sind Anträge über 300 T€ angekündigt worden, mit einer Bewilligung durch BKM in der Größenordnung von wiederum 250 T€ kann gerechnet werden. Die Bewilligungen durch den BKM sind von einer Ko-Finanzierung nicht abhängig.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	129
Kapitel:	40
Titel:	282 03
Zweckbestimmung:	Beiträge Dritter zur Förderung von Musikschulen in freier und kommunaler Trägerschaft

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Gab es in vorherigen Haushalten solche Beiträge? Wenn ja, wofür?

Antwort der Landesregierung:

Dieser Titel wurde eingerichtet, um den beim SHMF erhobenen Musikschultaler zu vereinnahmen. Der Musikschultaler wird seit 2008 direkt von der Stiftung SHMF an den Musikschulverband ausgezahlt. Der Titel wurde vorsorglich beibehalten

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	129
Kapitel:	40
Titel:	282 01
Zweckbestimmung:	Beiträge Dritter für Förderungsmaßnahmen der Kunst- und Kulturpflege

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Gab es in vorherigen Haushalten solche Beiträge? Wenn ja, wofür?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel ist als Leertitel eingerichtet, falls Beiträge Dritter eingehen werden. In den letzten Jahren sind keine Einnahmen zu verzeichnen gewesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	129
Kapitel:	40
Titel:	282 06
Zweckbestimmung:	Beiträge Dritter zu Projekten Ars Baltica

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Gab es in vorherigen Haushalten solche Beiträge? Wenn ja, wofür?

Antwort der Landesregierung:

Ja, es gab in den Jahren 2000, 2001 und 2004 Beiträge Dritter für Ars Baltica: in allen drei Jahren für JazzBaltica, 2000 auch für die 2. Fototriennale.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	141
Kapitel:	40
Titel:	681 01 (MG 12)
Zweckbestimmung:	Vergabe eines Filmpreises im Rahmen der Nordischen Filmtage

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	15,0
Ansatz Soll HHE 2012:	15,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Zielsetzung steckt hinter diesem Preis?

Antwort der Landesregierung:

Der Filmpreis des Landes soll herausragende Leistungen auszeichnen, die vor dem Hintergrund der schleswig-holsteinisch/skandinavischen Zusammenarbeit im filmischen Bereich von singulärer Qualität sind (z.B. Koproduktionen oder auch Einzelleistungen in diversen künstlerischen Sparten).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	141
Kapitel:	40
Titel:	684 47 (MG 12)
Zweckbestimmung:	Film- und Medienprojekte

Ansatz Ist 2009:	79,5
Ansatz Soll 2010:	120,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Medienprojekte wurden 2009 durch diesen Titel gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel wurden 2009 für den Norddeutschen Filmpreis 75 T€ verausgabt und das Filmprojekt „Eine Synagoge für Bad Segeberg“ (4.480 €) gefördert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	140
Kapitel:	40
Titel:	684 44 (MG 11)
Zweckbestimmung:	Projektförderung der Heimatpflege und der Landesgeschichte

Ansatz Ist 2009:	44,7
Ansatz Soll 2010:	60,2
Ansatz Soll HHE 2011:	51,2
Ansatz Soll HHE 2012:	43,5

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte werden mit diesem Titel gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Gefördert werden Seminare für Jugendliche und Erwachsene etwa zu den Themen Niederdeutsch, Natur und Umweltschutz, Landesgeschichte, Chronikarbeiten, Trachten- und Volkstanz, Volkskunde.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	128
Kapitel:	40
Titel:	119 99
Zweckbestimmung:	Vermischte Einnahmen

Ansatz Ist 2009:	445,4
Ansatz Soll 2010:	6,0
Ansatz Soll HHE 2011:	6,0
Ansatz Soll HHE 2012:	6,0

Frage/Sachverhalt:

In dem Posten ist ein Soll von 6,0 € ausgewiesen, IST 445,4 €. Aus welchen Posten speist sich diese Erstattung? Welche Gelder wurden zu viel bewilligt?

Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen in diesem Titel stammen aus Zahlungen zurückgeforderter Landeszuwendungen aus dem Kulturbereich. Die in den Vorjahren ausgezahlten Mittel wurden nicht dem Zweck entsprechend verwendet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	144
Kapitel:	40
Titel:	684 29 (MG15)
Zweckbestimmung:	Zuwendung für Schloss Glücksburg zur Erstellung und Umsetzung eines Museumskonzeptes

Ansatz Ist 2009:	90,8
Ansatz Soll 2010:	150,0
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Vorgaben wurden für die Konzepterstellung gemacht?
Beabsichtigt das Land Schleswig-Holstein auf Dauer die Betriebskosten zu finanzieren?

Antwort der Landesregierung:

Mit der Einrichtung des HH-Titels für 2009/10 wurde die Vorgabe zur Erstellung und Umsetzung eines Museumskonzepts gemacht. Das Land hat der Entwicklung eines Museumskonzepts durch Prof. Dr. Hubertus Gassner und Dipl. Volkswirt Roman Passarge (Direktor und Geschäftsführer der Hamburger Kunsthalle) zugestimmt.

Das Land beabsichtigt, auf dem Wege der Projektförderung in den Haushaltsjahren 2011/12 den Anschub für eine hauptberufliche Museumsleitung für Schloss Glücksburg zu unterstützen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	140
Kapitel:	40
Titel:	684 42 (MG11)
Zweckbestimmung:	Förderung und Pflege der niederdeutschen Sprache

Ansatz Ist 2009:	72,9
Ansatz Soll 2010:	70,0
Ansatz Soll HHE 2011:	67,0
Ansatz Soll HHE 2012:	64,5

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte werden mit diesem Titel gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden die Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Finanzierung des Instituts für Niederdeutsche Sprache erfüllt. Des Weiteren werden Sachmittel für die Niederdeutschen Zentren in Leck und Ratzeburg sowie für die Geschäftsführung des Plattdeutschen Rats gewährt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	138
Kapitel:	40
Titel:	684 33 (MG 09)
Zweckbestimmung:	Förderung von Projekten im Bereich der bildenden Kunst

Ansatz Ist 2009:	38,2
Ansatz Soll 2010:	25,0
Ansatz Soll HHE 2011:	31,0
Ansatz Soll HHE 2012:	26,3

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt der Etat an? Welche Projekte sollen gefördert werden?

Antwort der Landesregierung:

1. Der Etat steigt, weil der Titel 0740.09.68416 (Förderung der Overbeck-Gesellschaft) auf diesen Titel übertragen wurde.
2. Projektanträge aus diesem Bereich liegen noch nicht vor. Über die Förderung 2011 entscheidet die Kunstkommission voraussichtlich auf der Sitzung im Frühjahr 2011. Das gleiche gilt für 2012.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	132
Kapitel:	40
Titel:	686 41(MG 04)
Zweckbestimmung:	Landeskulturzentrum Salzau

Ansatz Ist 2009:	500,0
Ansatz Soll 2010:	485,0
Ansatz Soll HHE 2011:	412,3
Ansatz Soll HHE 2012:	350,4

Frage/Sachverhalt:

Wie errechnen sich die Betriebskosten für Salzau?
Wieso braucht das Landeszentrum für den Unterhalt bis zum Verkauf 412,3 € bzw. 350,4 €?
Ab wann rechnet die Landesregierung mit einem Verkauf?
Welches Personal arbeitet noch im Landeskulturzentrum Salzau?
Beinhaltet die Summe Investitionen? Welche?

Antwort der Landesregierung:

Bei den Betriebskosten handelt es sich um im Wirtschaftsplan der Salzau Betriebs-gGmbH dargestellte Personal- und Sachkosten, zu denen das Land jährlich einen fortlaufenden Zuschuss gewährt.
Die Summen von 412,3 T € und 350,4 T € errechnen sich zunächst durch die vorgegebene Kürzung um 15 % für die Jahre 2011 und 2012. Durch den Verkaufsbeschluss der Landesregierung werden in 2011 nur noch Mittel für die Liquidation der Betriebs-gGmbH benötigt.

Der Verkauf kann im Laufe des Jahres 2011 getätigt werden.

Die Geschäftsführerin (Vollzeit), der kaufmännische Geschäftsführer (nebenamtlich), 2 Hausmeister, eine Angestellte des Landes (abgeordnet), die Leiterin des Ars Baltica Sekretariats

Investitionen sind nicht enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	142
Kapitel:	40
Titel:	684 52 (MG 13)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen

Ansatz Ist 2009:	31,5
Ansatz Soll 2010:	31,5
Ansatz Soll HHE 2011:	9,8
Ansatz Soll HHE 2012:	8,3

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte wurden gefördert und welche werden weiterhin gefördert?
Wie verteilt sich der Haushalt ab 2011 auf welche Auslandsgesellschaften?

Antwort der Landesregierung:

Daraus wurden bislang gefördert

1. Kennedy-Informationszentrum Kiel,
2. Deutsch-Britische Gesellschaft,
3. Polonus e. V.,
4. Deutsch-Französischer Kulturrat,
5. Deutsche Auslandsgesellschaft,

Die Verteilung auf die Auslandsgesellschaften ist abhängig von der Antragslage.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	07
Seite:	140
Kapitel:	40
Titel:	684 43 (MG 11)
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an den Schlewig-Holsteinischen Heimatbund

Ansatz Ist 2009:	240,0
Ansatz Soll 2010:	240,0
Ansatz Soll HHE 2011:	216,0
Ansatz Soll HHE 2012:	216,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Aufgaben hat der Heimatbund? Wie hoch sind die Personalkosten?

Antwort der Landesregierung:

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) ist ein Zusammenschluss von etwa 54.000 Mitgliedern in nunmehr 220 Vereinigungen, weitere 119 Verbände und Einrichtungen sind dem SHHB kooperativ angeschlossen. Der SHHB nimmt neben der Kulturarbeit - hierunter fallen u. a. Bereiche wie Pflege des Volkstums, der Kultur und des Geisteslebens, Erhaltung der plattdeutschen und friesischen Sprache, Pflege des Heimat- und Geschichtsbewusstseins - auch Aufgaben aus den Bereichen Landeskunde und Ökologie auf landeskundlicher und wissenschaftlicher Basis wahr. Außerdem hat der SHHB die Geschäftsführung für den Plattdeutschen Rat.

Personalkosten betragen rd. 280.000 €
Weitere Personalkostenanteile sind ggfs. in Projektkalkulationen enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	00 („Übersichten, …“)
Seite:	133
Kapitel:	Allgemeine Bemerkungen, II.A Vermögen, III. Kapitalvermögen
Titel:	2. Rücklagen, 22
Zweckbestimmung:	Sonstige Rücklagen im Bereich des Ministeriums für Bildung und Frauen

Ansatz Ist 2009:	34.337.865,53
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Welchem Zweck dient diese Rücklage? Welche Entnahmen gab es 2009 und 2010 und zu welchem Zweck? Welche Entnahmen sind 2011 und 2012 zu welchem Zweck geplant?

Antwort der Landesregierung:

Die Rücklage wurde im Dezember 2009 gebildet. Sie setzt sich aus mehreren Einzelbeträgen für unterschiedliche Zwecke zusammen. Der Rücklage wurden folgende Beträge zugeführt:

- **0710-91601 Zuführung an die Rücklage für Ganztagsschulen und das ÖPP-Projekt „Berufliche Schulen in Kiel“ (RBZ): 11.394.917,17 Euro**
  Die Zuführung resultiert im einzelnen aus
  0710-88302 Zuweisung an die Landeshauptstadt Kiel für das ÖPP-Projekt „Berufliche Schulen in Kiel“ (RBZ): 1.500.000 Euro
  0710 MG 17 Ganztagsangebote an Ganztagsschulen sowie Betreuungsangebote: 600.000 Euro
  0710 TG 62 Aufbau und Weiterentwicklung von Ganztagsschulen: 9.294.917,17 Euro
- **0710-91907 MG 07 Zuführung an die Rücklage zur Privatschulfinanzierung: 3.174.000 Euro**
  Die Zuführung resultiert im einzelnen aus
  0710 MG 07 Zuschüsse an deutsche Privatschulen: 1.570.000 Euro
  0710 MG 09 Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit: 1.604.000 Euro, davon aus Titel 0710-89302 MG 09 Zuschüsse zum Bau von Schulen der dänischen Minderheit: 617.000 Euro

- **0710-91922 MG 22 Zuführung an die Rücklage „Investitionen im Schulbau“: 19.653.387 Euro**
  Die Zuführung resultiert im einzelnen aus

0710-88322 MG 22 Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen aus Bundes- und Landesmitteln für Investitionen im Schulbau im Rahmen der energetischen Sanierung für Gemeinden mit Finanzproblemen: 9.003.387 Euro
0710-88323 MG 22 Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen für Investitionen im Schulbau: 10.650.000 Euro

- **0710-91965 TG 65 Zuführung an die Rücklage für das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt (HSA): 54.388,67 Euro**
  Die Zuführung resultiert aus 0710 TG 65 Geld aus Stellen für das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt (HSA).
- **0716-91988 TG 88 Zuführung an die Rücklage „Geld statt Stellen“ für RBZ: 61.172,69 Euro**
  Die Zuführung resultiert aus 0716 TG 88 „Geld statt Stellen“ zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung.

Folgende Entnahmen aus der Rücklage gab es bisher im laufenden Haushaltsjahr 2010:

- **0710-35601 Entnahme aus der Rücklage für Ganztagsschulen und das ÖPP-Projekt „Berufliche Schulen in Kiel“ (RBZ): 9.294.917,17 Euro**
  Die Entnahme steht für Mehrausgaben bei 0710 TG 62 Aufbau und Weiterentwicklung von Ganztagsschulen zur Verfügung.
- **0710-35907 Entnahme aus der Rücklage zur Privatschulfinanzierung: 1.117.100 Euro**
  Die Entnahme steht für Mehrausgaben bei 0710 MG 07 Zuschüsse an deutsche Privatschulen sowie bei 0710 MG 09 Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit zur Verfügung, davon für Titel 0710-89302 MG 09 Zuschüsse zum Bau von Schulen der dänischen Minderheit: 617.000 Euro
- **0710-35922 Entnahme aus der Rücklage „Investitionen im Schulbau“: 19.653.387 Euro**
  Die Entnahme steht für Mehrausgaben bei 0710 MG 22 Investitionen im Schulbau zur Verfügung.

Ob und in welcher Höhe die allgemeine Rücklage in den Jahren 2011 und 2012 besteht und welche zweckgebundenen Entnahmen ggf. erfolgen sollen, ist derzeit noch nicht absehbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	37f
Kapitel:	02
Titel:	MG 68
Zweckbestimmung:	Gesundheitsberichterstattung

Ansatz Ist 2009:	139,6
Ansatz Soll 2010:	163,8
Ansatz Soll HHE 2011:	163,8
Ansatz Soll HHE 2012:	163,8

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in den Jahren 2009 und 2010 aus diesem Titel gefördert? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Welche Maßnahmen sollen in den Jahren 2011 und 2012 gefördert werden? Liegt ein Gesamtkonzept vor?

Antwort der Landesregierung:

1. In 2009 wurden folgende Maßnahmen (mit)finanziert:

Fortschreibung der Datenbank „Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein“	32.000,00 €
Modellprojekt zur Prävention koronarer Herzerkrankungen (2004-2013)	90.000,00 €
Auswertung der ärztlichen Bescheinigungen nach KiTa-VO S-H	1.134,84 €
Landesanteil „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten – Regionaler Knoten S-H“ (im Rahmen der gegenseit. Deck.fähigkeit mit TG 62)	8.250,00 €
Verbesserung der Datengrundlage für die Auswertung des Krebsregisterdaten-bestandes durch Abgleich der vorhandenen Daten mit Meldedaten	7.010,00 €
Länderanteil zur Konferenz „Gesundheitsziele erfolgreich umsetzen“ des Kooperations-Verbundes gesundheitsziele.de	1.085,87 €
Nutzungsentgelt zur Recherche in medizinischen Datenbanken beim DIMDI	119,00 €
Gesamt	**139.599,71 €**

2. **In 2010 werden folgende Maßnahmen finanziert:**

Fortschreibung der Datenbank „Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein“	32.000,00 €
Modellprojekt zur Prävention koronarer Herzerkrankungen (2004-2013)	90.000,00 €
Sachverständigenleistungen für seuchenhygienische o. infektionsepidemiologische Fragen im Rahmen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	7.100,00 €*
Kosten für externe Gutachten im Rahmen eines Einsatzes der epidemiologischen Task Force	4.700,00 €*
Vorbereitung Gesundheitsbericht „Gesundheitliche Lage von älteren Menschen in S-H“	
- Berechnung von Gesundheitsindikatoren (2010-2011)	11.000,00 €
- Befragung von älteren Einwohnerinnen und Einwohnern in S-H (2010-2012)	16.500,00

€
- Kosten der Ausschreibung über die GMSH 2.500,00
€
Gesamt **163.800,00**
€

3. Das IST für 2010 wird in Höhe von 163.800,00 € erwartet.

4. **In 2011 sollen folgende Maßnahmen (mit)finanziert werden**:

Fortschreibung der Datenbank „Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein“ 32.000,00 €
Modellprojekt zur Prävention koronarer Herzerkrankungen (2004-2013) 90.000,00 €
Sachverständigenleistungen für seuchenhygienische o. infektionsepidemiologische Fragen im Rahmen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten 7.100,00 €*
Kosten für externe Gutachten im Rahmen eines Einsatzes der epidemiologischen Task Force 4.700,00 €*
Vorbereitung Gesundheitsbericht „Gesundheitliche Lage von älteren Menschen in S-H“
- Berechnung von Gesundheitsindikatoren (2010-2011) 2.000,00 €
- Befragung von älteren Einwohnerinnen und Einwohnern in S-H (2010-2012) 28.000,00 €
Gesamt **163.800,00**
€

5. **In 2012 sollen folgende Maßnahmen (mit)finanziert werden:**

Fortschreibung der Datenbank „Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein“ 32.000,00 €
Modellprojekt zur Prävention koronarer Herzerkrankungen (2004-2013) 90.000,00 €
Sachverständigenleistungen für seuchenhygienische o. infektionsepidemiologische Fragen im Rahmen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten 7.100,00 €*
Kosten für externe Gutachten im Rahmen eines Einsatzes der epidemiologischen Task Force 4.700,00 €*
Vorbereitung Gesundheitsbericht „Gesundheitliche Lage von älteren Menschen in S-H“
- Befragung von älteren Einwohnerinnen und Einwohnern in S-H (2010-2012) 30.000,00 €
Gesamt **163.800,00**
€

* Es handelt sich um vorsorglich ausgebrachte Positionen, die nur im Fall des Eintretens entsprechender Ereignisse in Anspruch genommen werden.

6. Abgesehen von den vorsorglich ausgebrachten Positionen liegen den Maßnahmen 2011/2012 mittel- bis langfristige Planungen bzw. Verträge zu Grunde.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	2
Kapitel:	02
Titel:	535 02
Zweckbestimmung:	Gesundheitsinitiative SH

Ansatz Ist 2009:	774,5
Ansatz Soll 2010:	200,0
Ansatz Soll HHE 2011:	200,0
Ansatz Soll HHE 2012:	200,0

Frage/Sachverhalt:

Für welche Maßnahmen sind / werden die Mittel im Jahr 2009 und 2010 verausgabt (worden)? Für welche Maßnahmen sind die Mittel in den Jahren 2011 und 2012 eingeplant? Gibt es eine Konzept?

Antwort der Landesregierung:

1. Im Jahr 2009 sind die Mittel für folgende Maßnahmen verausgabt worden:

a) Gesundheitsportal
- dsn
- Flyer Gesundheitsportal

b) Leitprojekte
- Beilage SHZ Betrifft Brust
- Leitprojekt Urologie, Präsentation
- OP-Forum, Medica

c) Veranstaltungen
- Gesundheitsversorgung in der LV Berlin
- Gesundheitsmesse Neumünster
-

d) Publikationen
- Konzeption Qualitätsberichterstattung
- Druck Große Anfrage

2. Im Jahr 2010 sind/werden die Mittel für folgende Maßnahmen verausgabt (worden):

Gesundheitsportal

- Agentur

Projekte:
- Kampagne für Hausärzte in Schleswig-Holstein

Veranstaltungen
- Hauptstadtkongress Berlin
- Gesundheitskongress

Publikationen
- Jahrbuch

3. Für die Jahre 2011 und 2012 sind die Mittel für folgende Maßnahmen eingeplant:

- Hauptstadtkongress
- Kongress „Vernetzte Gesundheit“
- Jahrbuch
- Gesundheitsportal

4. Ein Konzept für die Jahre 2011 und 2012 wird unter Berücksichtigung der künftigen Ausrichtungen einer Initiative Gesundheitswirtschaft Schleswig-Holstein in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium erstellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	23
Kapitel:	02
Titel:	681 01
Zweckbestimmung:	Hebammenwesen

Ansatz Ist 2009:	4,9
Ansatz Soll 2010:	5,4
Ansatz Soll HHE 2011:	0
Ansatz Soll HHE 2012:	0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in den Jahren 2009 und 2010 gefördert? Welche konkreten Auswirkungen wird ein Wegfall der Landesförderung haben?

Antwort der Landesregierung:

Es werden Fortbildungsmaßnahmen gefördert, insbesondere die Landestagung des Hebammenverbandes Schleswig-Holstein.
Durch den Wegfall müssen die Hebammen etwas erhöhte Teilnehmerinnengebühren bezahlen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	24
Kapitel:	02
Titel:	684 04
Zweckbestimmung:	Sozialvertrag II (Sucht + Psychiatrie)

Ansatz Ist 2009:	2.517,5
Ansatz Soll 2010:	2.517,5
Ansatz Soll HHE 2011:	2.140,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.140,0

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Einrichtungen und Maßnahmen wurden / werden in den Jahren 2009 und 2010 aus diesem Titel in welcher Höhe gefördert? Wie war deren Zielereichung? Welche konkreten Auswirkungen wird eine Kürzung der Mittel im veranschlagten Ausmaß haben?

Antwort der Landesregierung:

Zuwendungen zur Förderung der offenen Hilfen im Bereich der dezentralen Psychiatrie 2009/2010

Verband	**Maßnahme/Ort**	**Träger**	**Kreis/ kreisfr. Stadt**	***Landesmittel***
AWO	Treff Niebüll/BaÜ	AWO S-H gGmbH	NF	**45.552,60**
AWO	Amb.D./BaÜ	AWO Unterelbe gGmbH	PI	**49.246,00**
AWO	Amb.D./BaÜ	AWO Mittelholstein gGmbH	PLÖ	**13.950,00**
AWO	Amb.D./BaÜ	AWO Sozialpsychiatr. Dienste gGmbH	Storm.	**58.684,00**
Summe				**167.432,60**
Caritas	Amb.D. Lübeck	Caritasverband Lübeck e.V.	HL	**4.514,40**
Summe				**4.514,40**
DPWV	Betr. a. Ü./Amb. D.	Brücke Dithm. e.V.	Dithm.	**48.416,40**
DPWV	Amb.D./Beratungsst. Heide, Frauen	Brücke Dithm. e.V.	Dithm.	**4.484,70**

DPWV	Amb.D. KiJu	Brücke Dithm. e.V.	Dithm.	**3.745,80**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Brücke FL gGmbH	FL	**25.443,00**
DPWV	Amb.D. Frauen	Brücke FL gGmbH	FL	**4.104,00**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Die Brücke gGmbH	HL	**63.362,70**
DPWV	Treff Frauen	Die Brücke gGmbH	HL	**4.104,00**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Anker e. V.	Hzgt. L.	**50.684,90**
DPWV	Amb. Zentrum/BaÜ	Kieler Fenster	KI	**85.612,50**
DPWV	Amb.D. Teestube	Kieler Verein f. psychische und soziale Selbsthilfe e.V.	KI	**2.691,00**
DPWV	Treffp./Beratung	IHRISS e.V.	KI	**49.255,20**
DPWV	Eß-o-Eß	Frauenberatungsstelle Kiel	KI	**35.811,00**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Die Brücke NMS gGmbH	NMS	**38.986,20**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Brücke OH gGmbH	OH	**31.148,10**
DPWV	Amb.D./Begegnungsstätte	Brücke Elmshorn e.V.	PI	**17.938,80**
DPWV	Amb.D./Begegnungstätte/BaÜ	Brücke S-H gGmbH	PLÖ	**30.922,20**
DPWV	Amb.D./BaÜ RD	Brücke RD-Eck e.V.	RD-Eck	**36.523,80**
DPWV	Amb.D. Eckernförde	Brücke RD-Eck e.V.	RD-Eck	**17.852,40**
DPWV	Amb.D./BaÜ	Brücke S-H gGmbH für die Brücke SL e.V.	SL-FL	**37.908,90**
DPWV	Offener Treff Kappeln	Brücke S-H gGmbH für die Brücke SL e.V.	SL-FL	**3.570,30**
DPWV	Betr.a.Ü.	Brücke S-H gGmbH	Steinb.	**7.797,60**
DPWV	Amb.D. Reinbek	Südstorm. Vereinigung für Sozialarbeit e.V.	Storm.	**8.208,00**
DPWV	Off. Treff Bad Oldesloe	Frauen helfen Frauen	Storm.	**4.104,00**
Summe				**612.675,50**
DRK	Sozialps.Dienst Kronshagen	DRK KV RD-Eck e.V.	RD-Eck	**21.941,00**
DRK	Amb.D. Henst.-Ulzburg	DRK KV Segeberg e.V.	SE	**9.859,50**
DRK	Amb.D. Glinde/Oststeinbek	DRK KV Stormarn e.V.	Storm.	**./.**
Summe				**31.800,50**
DW	Amb.D. Husum	DW Husum gGmbH	NF	**2.153,00**
DW	Treffpunkt Husumer Insel	Fachkrankenhaus NF gGmbH	NF	**23.439,00**
DW	Begegnungsstätten	Landesverein für Innere Mission in S-H	SE	**4.485,00**
Summe				**30.077,00**
Gesamtsumme Sozialvertrag II				**846.500,00**

	Sozialvertrag II - Bereich ambulante Suchtkrankenhilfe; Förderung 2009/2010		
Empfänger/Verband	**Maßnahme / Ort**	**Landesanteil 2009**	**Landesanteil 2010**

DW	Drogenhilfe Kiel	101.610,00 €	101.610,00 €
DW	Fachambulanz, Kiel	157.500,00 €	157.500,00 €
DW	Odyssee e.V., Geschäftsbedarf für "Cafe Claro", Kiel	196.560,00 €	196.560,00 €
DW	Kieler Stadtmission	54.000,00 €	54.000,00 €
DPWV	Frauentreff Eß-o-Eß, Kiel-Mettenhof	2.445,03 €	2.445,03 €
	Kiel gesamt	**512.115,03 €**	**512.115,03 €**
DW	Diakonische Suchthilfe HL	49.500,00 €	49.500,00 €
AWO	AWO Südholstein, Lübeck	102.915,00 €	102.915,00 €
	Lübeck gesamt	**152.415,00 €**	**152.415,00 €**
DW	Drogenhilfe Neumünster	19.350,00 €	19.350,00 €
AWO	AWO Mittelholstein, NMS	13.140,00 €	13.140,00 €
	Neumünster gesamt	**32.490,00 €**	**32.490,00 €**
DW	Diakonisches Suchthilfe-zentrum Flensburg für Beratung	135.000,00 €	135.000,00 €
	Flensburg gesamt	**135.000,00 €**	**135.000,00 €**
DW	Diakonisches Werk Dithmarschen für Meldorf und Heide	55.800,00 €	55.800,00 €
	Dithmarschen gesamt	**55.800,00 €**	**55.800,00 €**
DW	Alk. u. Drogenberatung Ratzeburg / Suchtberatung	55.800,00 €	55.800,00 €
	Hztm. Lauenburg gesamt	**55.800,00 €**	**55.800,00 €**

Empfänger/Verband	**Maßnahme / Ort**	**Landesanteil 2009**	**Landesanteil 2010**
DW	Kirchenkreis Südtondern für Niebüll und Leck	28.800,00 €	28.800,00 €
DW	Kirchenkreis Südtondern für Westerland	8.100,00 €	8.100,00 €
DW	Diakonisches Werk Husum	67.500,00 €	67.500,00 €
DPWV	Die Brücke Wyk / Föhr	9.055,49 €	9.055,49 €

	Nordfriesland gesamt	**113.455,49 €**	**113.455,49 €**
DW	Innere Mission (ATS) für Fehmarn	17.100,00 €	17.100,00 €
AWO	AWO Südholstein, Eutin	25.200,00 €	25.200,00 €
	Ostholstein gesamt	**42.300,00 €**	**42.300,00 €**
DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für Elmshorn	33.505,14 €	33.505,14 €
DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für PI	22.945,57 €	22.945,57 €
DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für Wedel	25.818,86 €	25.818,86 €
DW	Innere Mission (ATS) Pinneberg	13.975,00 €	13.975,00 €
DW	Kirchenkreis Rantzau, Elmshorn	2.700,00 €	2.700,00 €
AWO	AWO Unterelbe, Schenefeld	7.290,00 €	7.290,00 €
	Pinneberg gesamt	**106.234,57 €**	**106.234,57 €**
DW	Innere Mission (ATS) Plön	25.200,00 €	25.200,00 €
	Plön gesamt	**25.200,00 €**	**25.200,00 €**
DW	Diakonisches Werk der Kirchenkreise Rendsburg und Eckernförde gGmbH	96.300,00 €	96.300,00 €
DPWV	Die Brücke RD-Eck, Rendsburg	7.063,31 €	7.063,31 €
DPWV	Droge 70, Rendsburg	30.788,59 €	30.788,59 €
	Rendsburg-Eckernförde gesamt	**134.151,90 €**	**134.151,90 €**
Empfänger/Verband	**Maßnahme / Ort**	**Landesanteil 2009**	**Landesanteil 2010**
DW	Suchthilfezentrum Schleswig	72.000,00 €	72.000,00 €
	Schleswig-Flensburg gesamt	**72.000,00 €**	**72.000,00 €**
DW	Innere Mission (ATS) Segeberg	119.700,00 €	119.700,00 €
DPWV	Sozialwerk Norderstedt	10.413,76 €	10.413,76 €
	Segeberg gesamt	**130.113,76 €**	**130.113,76 €**
DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für Itzehoe	56.450,85 €	56.450,85 €
	Steinburg gesamt	**56.450,85 €**	**56.450,85 €**

DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für Ahrensburg, Bad Oldesloe, …	35.703,87 €	35.703,87 €
DPWV	Therapiehilfe HH (STZ) für Ahrensburg, Bad Oldesloe, …	11.319,33 €	11.319,33 €
	Stormarn gesamt	**47.023,20 €**	**47.023,20 €**
	Sozialvertrag II gesamt	**1.670.549,80 €**	**1.670.549,80 €**

Zielerreichung:

Ambulante Suchtkrankenhilfe

Im Rahmen der regionalen ambulanten Suchtkrankenhilfe werden die Aufgabenfelder Beratung (einschl. Prävention), Psychosoziale Begleitung Substituierter und Betreuung und spezifische Hilfen für Suchtmittelabhängige in Ballungszentren (einschließlich niedrigschwelliger Kontaktmöglichkeiten) gefördert.

- Ziele/Indikatoren:
  - a. Anzahl der namentlich erfassten Klienten und Angehörigen 15.000
  - b. Anzahl der klientenbezogenen Leistungen 120.000
  - c. Konsumstatus nach Beendigung der Betreuung:
    - i. Kein Problem seit Betreuungsbeginn 4%
    - ii. Abstinent 38%
    - iii. Gebessert 24%
    - iv. Unverändert 30%
    - v. Verschlechtert 4%
  - d. Leistungen der niedrigschwelligen Suchtkrankenhilfe
    - i. Erreichte Personen 24.000
    - ii. Abgegebene Spritzen 150.000
    - iii. Abgegebene Essen 8.000
  - e. Wohnsituation der Klienten
    - i. In eigener Wohnung/gemietet/Haus 69%
    - ii. In andere Wohnung/Haus 2%
    - iii. Bei den Eltern 13%
    - iv. Bei anderen Angehörigen 1%
    - v. Suchthilfeeinrichtung 1%
    - vi. Betreute Wohneinrichtung 4%
    - vii. Bei Freunden/Bekannten 1%
    - viii. Sonstige Wohnform 9%
  - f. Lebenssituation der Klienten
    - i. Alleinlebend 39%
    - ii. Mit Elternteil 13%
    - iii. Mit Partnerin 18%
    - iv. Mit Partnerin und mit Kindern 16%
    - v. Mit Freunden/Bekannten 2%
    - vi. Mit sonstigen Personen 6%
  - g. Einkommenssituation der Klientel
    - i. Erwerbstätigkeit 28%
    - ii. Arbeitslosengeld, -hilfe, Krankengeld 37%
    - iii. SGB XII 14%
    - iv. Angehörige 8%

v.	Rente	7%
vi.	Anderes	6%

Dezentrale Psychiatrie

Ziele:
Betroffene Menschen zu befähigen, krankheitsbedingte Benachteiligungen auszugleichen, Selbsthilfekräfte zu stärken und ihnen die Teilnahme am sozialen Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Dies soll durch Aufbau und Erhalt eines bedarfsgerechten, wirtschaftlichen und fachlichen Standards genügenden gemeindepsychiatrischen Versorgungssystems in den kreisfreien Städten und Kreisen erreicht werden. Dem im SGB XII verankerten Prinzip „ambulant vor stationär“ soll dabei in besonderer Weise entsprochen werden. Darüber hinaus soll den psychisch kranken und behinderten Menschen ein niedrigschwelliger und generationsübergreifender Zugang zum Hilfesystem ermöglicht werden und die soziale Infrastruktur für Ratsuchende und hilfebedürftige Menschen gesichert werden.

Kennzahlen:
Ambulante Dienste laut Sozialvertrag unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte,
ca. 3.700 Nutzerinnen und Nutzer der differenzierten Ambulanten Dienste

Auswirkungen der Kürzungen:

Die Landesregierung geht davon aus, dass trotz Kürzung der Landesmittel eine adäquate Betreuung Suchtkranker sowie psychisch kranker und behinderter Menschen gesichert werden kann. Die Einrichtungen finanzieren sich überwiegend durch kommunale Mittel, Eigenmittel und Spenden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	46
Kapitel:	03
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Aus- / Fortbildung

Ansatz Ist 2009:	80,6
Ansatz Soll 2010:	110,0
Ansatz Soll HHE 2011:	102,0
Ansatz Soll HHE 2012:	104,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind in 2009 in welcher Höhe finanziert worden? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet und wofür werden die Mittel jeweils ausgegeben? Welche Maßnahmen sind für die Jahre 2011 und 2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Zur Darstellung der im Jahre 2009 finanzierten Maßnahmen und die Höhe der dafür aufgewendeten Kosten ist eine Anlage beigefügt.

Die Höhe des IST in 2010 kann noch nicht konkret beziffert werden. Es laufen noch Maßnahmen bzw. sind geplant sind, deren Kosten aus den unterschiedlichsten Gründen (beispielsweise Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) nicht genau kalkulierbar sind.

Die Mittel werden zur Umsetzung der Regelungen aus § 22 Landesbeamtengesetz und § 9 der Allgemeinen Laufbahnverordnung sowie des Fortbildungskonzeptes (Vereinbarung nach § 59 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein) eingesetzt. Nach dem Fortbildungskonzept sollen 3% der Personalausgaben für Fortbildung ausgegeben werden.

Die Maßnahmen für die Jahre 2011 und 2012 werden sich an den in der Anlage dargestellten Maßnahmen orientieren. Konkret können diese Maßnahmen erst benannt werden, wenn entsprechende Seminarpläne / Seminarangebote vorliegen.

Anlage:

Seminarbezeichnung	vom - bis	Tage	Veranst.	Kosten	Ort	Ausrichter
Mit Menschenkenntnis zum Erfolg: Bausteine für kompetente Zusammenarbeit	08.-09.01.2009	2,0		956,00 €	Bad Segeberg	KOMMA
Erlebnis-Rhetorik- Basisseminar: Argumentieren, Präsentieren und Überzeugen durch Stimme, Sprache und Ausdruck	14.-16.01.2009	3,0	1,0	662,00 €	Bad Segeberg	KOMMA
Schweigen ist Silber - Reden ist Gold - Rhetorik für Frauen	15.-16.01.2009	2,0	1,0	478,00 €	Bad Segeberg	KOMMA
Selbstpräsentation - Die erfolgreiche Art, überzeugend aufzutreten	22.-23.01.2009	2,0	1,0	478,00 €	Bad Segeberg	KOMMA
Insolvenzverfahren	16.02.2009	1,0		500,00 €	Zentrale Neumünster	LAsD SH
Wo ist die Zeit geblieben ?	17.-18.02.2009	2,0	1,0	387,80 €	Bordesholm	KOMMA
Computerschreiben in 4 Stunden mit dem ats-System	28.02.2009	0,5	1,0	55,00 €	Flensburg	VHS
Qualifizierungslehrgang II - Block D - Qualifizierungslehrgang erfolgreich beendet	02.02.-13.03.2009	30,0	1,0	879,00 €	Altenholz	FHVD
Beamtinnen und Beamte auf der Verlierer- oder Gewinnerspur? Dienstrechtsreform und Entwicklung des Beamtenrechts in Bund und Ländern	24.03.2009	1,0		661,35 €	Berlin	ver.di b+b
Betriebswirtschaftliche Grundlagen I	30.-31.03.2009	2,0	1,0	343,00 €	Bad Segeberg	KOMMA
Krankheitsbedingte Fehlzeiten reduzieren - Rückkehrgespräche führen	30.03.2009	1,0		775,74 €	Aukrug	Bildungszentrum Tannenfelde
Vernehmungstechniken Teil 1: Grundlagen der Vernehmungstechniken im Rahmen der OEG-Sachbearbeitung	31.-01.04.2009	2,0		2.180,90 €	Zentrale Neumünster	LAsD SH
Rechtssprechung insbesondere nach dem SGB IX und Besonderer Kündigungsschutz nach dem SGB IX	07.04.2009	1,0			Kiel	Regionale AG der SchwbVertr in SH im Bereich Kiel und Kreis Plön
Methoden, Möglichkeiten und Grenzen der Glaubhaftigkeitsbegutachtung bei Anträgen nach dem OEG	15.04.2009	1,0	1,0		Hamburg	Versorgungsamt Hamburg
Beurteilerschulung	24.04.2009	0,5			Kiel	MSGF
Segelfluglehrerausbildungslehrgang	09.-11.01.2009, 16.-18.01.2009, 07.-08.02.2009, 04.-17.04.2009	10,0	1,0	BFQG	Oerlinghausen	Deutscher Aero-Club, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Wir werden älter und weniger: Herausforderungen für die Personalentwicklung in den Verwaltungen	22.-23.04.2009	2,0	1,0	408,35 €	Berlin	KBW e.V.
Begutachtung im Sozialen Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht aus ärztlicher, richterlicher und verwaltungsrechtlicher Sicht	22.-24.04.2009	3,0		148,80 €	Wasserburg am Inn	ZBFS

Seminarbezeichnung	vom - bis	Tage	Veranst.	Kosten	Ort	Ausrichter
Beurteilerschulung	24.04.2009	0,5	1,0		Kiel	MSGF
Beurteilerschulung	27.04.2009	0,5			Neumünster	LAsD SH
Methoden der Arbeitsplatzbewertung	27.-28.04.2009	2,0	1,0	215,20 €	Bordesholm	KOMMA
Seminarreihe: Kommunikation OZ: 668	27.-29.01.2009 04.-06.03.2009 28.-30.04.2009	9,0	1,0		Kiebitzhörn/b. Eutin	Polizeidirektion für Aus- u.Fortb.u.f.d.Bereitschaft spolizei SH
Vernehmungstechniken Teil 2: Besonderheiten bei sexuellem Missbrauch von Frauen und Kindern	28.-29.04.2009	2,0		2.157,70 €	Neumünster	LAsD SH
Kriegsopferfürsorge: Besonderheiten der Leistungsgestaltung für Berechtigte nach dem OEG - Fragen der Kausalität - Einkommens- und Vermögenseinsatz	04.-06.05.2009	3,0	1,0	400,00 €	Trier	BIH
Beurteilerschulung	07.05.2009	0,5			Neumünster	LAsD SH
Beurteilerschulung	11.05.2009	0,5			Neumünster	LAsD SH
Beurteilerschulung	11.05.2009	0,5	1,0		Neumünster	LAsD SH
Sicherheitsbeauftragte im öffentlichen Dienst	13.-14.05.2009	2,0	1,0		Neumünster	Unfallkasse Nord
Beurteilerschulung	14.05.2009	1,0			Kiel	MSGF
Neues Beamten- und Laufbahnrecht	14.05.2009	1,0		115,50 €	Altenholz	KOMMA
Neues Beamten- und Laufbahnrecht	14.05.2009	1,0	1,0	115,50 €	Altenholz	KOMMA
Fortbildung für Führungsnachwuchskräfte I - Grundlagen der Mitarbeiterführung -	18.-20.05.2009	3,0	1,0	693,80 €	Bildungszentrum Reinfeld	KOMMA
Erste-Hilfe-Training	19.05.2009	1,0			Lübeck	DRK
SAP R/3 PSM Mittelverteilung	28.-29.05.2009	2,0		720,00 €	Altenholz	Dataport
Qualifizierungslehrgang II - Block B -	20.04.-29.05.2009	30,0	1,0	1.172,00 €	Altenholz	FHVD
Einführung in das Reisekostenrecht	04.-05.06.2009	2,0	1,0	213,00 €	Bordesholm	KOMMA
10. eGovernment-Kongress Neue Verwaltung	05.-06.05.2009	2,0		1.410,00 €	Leipzig	dbb akademie
Qualitätssicherung im Ärztlichen Dienst des LAsD SH / 5. Treffen	10.06.2009	1,0			Neumünster	LAsD SH
50. Seminar für ärztliche Fort- und Weiterbildung	07.-12.06.2009	6,0	1,0	555,00 €	Westerland auf Sylt	Norddeutsche Gesellschaft für ärztliche Fortbildung e.V.
Seminar für Personalräte in der Landessozialverwaltung	14.-17.06.2009	4,0		600,00 €	Saalfeld	ver.di

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	52
Kapitel:	01
Titel:	811 01
Zweckbestimmung:	Dienstfahrzeug

Ansatz Ist 2009:	0,0,
Ansatz Soll 2010:	26,2
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	19,0

Frage/Sachverhalt:

Warum fallen alle zwei Jahre Kosten für Dienstfahrzeuge an? Wofür wurden / werden die Mittel 2010 und 2012 konkret verwendet?

Antwort der Landesregierung:

Das zweijährige Veranschlagungsintervall ergibt sich zufällig. Das LAsD verfügt derzeit über drei Dienst-Kfz, von denen im laufenden Haushaltsjahr ein Exemplar (VW Golf – Laufleistung rd. 140.000 km – Erstzulassung 04/2004) ersetzt werden sollte. Bedingt durch einen nicht wirtschaftlich zu reparierenden Motorschaden an einem weiteren KfZ (SEAT 2L-Diesel – Laufleistung rd. 214.000 km – Erstzulassung 07/2006) musste eine noch nicht geplante Neuanschaffung aus den für 2010 veranschlagten Mitteln vorgezogen werden. Die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehene Ersatzbeschaffung für den VW Golf wird jetzt für das Jahr 2012 veranschlagt.

Eine Neubeschaffung des dritten Dienst-Kfz ist nach dem Auslaufen seiner Nutzungszeit nicht vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	62
Kapitel:	04
Titel:	636 02
Zweckbestimmung:	Zuschüsse Berufsgenossenschaft Transport

Ansatz Ist 2009:	218,7
Ansatz Soll 2010:	460,0
Ansatz Soll HHE 2011:	360,0
Ansatz Soll HHE 2012:	360,0

Frage/Sachverhalt:

In welcher Höhe wird das IST 2010 erwartet? Worin begründen sich die Schwankungen zwischen dem IST 2009, dem SOLL 2010 und den Ansätzen für 2011 und 2012?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist-2010 wird bei 460,0 T€ erwartet.
Begründung für die Schwankungen:
Der Zuschuss des Landes richtet sich nach der Höhe des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes der in der Küstenfischerei tätigen Versicherten. Für die Unternehmen der Küstenfischerei haben gemäß § 163 SGB VII die Länder mit Küstenbezirken im Voraus bemessene Zuschüsse zu den Beiträgen zu leisten.
Die bereitzustellenden Haushaltsmittel können nur geschätzt werden. Die Ist-Zahlen der letzten Jahre weisen eine erhebliche Spreizung auf, wobei das Ist-2009 die bislang geringste Zahlung war.
Der Zuschuss wird gemäß § 163 SGB VII vom Bundesversicherungsamt festgesetzt. Die endgültige Festsetzung liegt noch nicht vor.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	62f
Kapitel:	04
Titel:	671 03
Zweckbestimmung:	Beitrag Unfallkasse Nord

Ansatz Ist 2009:	6.116,6
Ansatz Soll 2010:	6.450,0
Ansatz Soll HHE 2011:	6.600,0
Ansatz Soll HHE 2012:	6.750,0

Frage/Sachverhalt:

In welcher Höhe wird das IST 2010 erwartet? Worin begründen sich die Schwankungen zwischen dem IST 2009, dem SOLL 2010 und den Ansätzen für 2011 und 2012?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist-2010 wird bei 6.450,0 T€ erwartet, das aktuelle Ist-2010 liegt bei 4.046,5 T€.
Begründung für die Schwankungen:
Die Ist-Zahlen der letzten Jahre weisen eine Steigerung auf. Die Beiträge müssen den Bedarf des Geschäftsjahres der Unfallkasse Nord decken. Der Beitrag wird in monatlichen Raten gezahlt, der endgültige Bedarf der Unfallkasse steht erst am Jahresende fest.
Es wird damit gerechnet, dass die Beiträge an die Unfallkasse auch in den kommenden Jahren ansteigen. Eine konkrete Aussage für die Zukunft ist jedoch nicht möglich, da das Unfallgeschehen und die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nicht vorhersehbar sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	66f
Kapitel:	04
Titel:	MG 02
Zweckbestimmung:	Niedrigschwellige Betreuung

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	230,0
Ansatz Soll HHE 2012:	230,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit ist die vorgesehene Förderung von Unterstützungsangeboten für Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf nach dem Vorgaben des „Selbstbestimmungsstärkungsgesetz / Pflegegesetzbuch SH Teil II“ in ein Gesamtkonzept eingebunden und wie sieht dieses aus? Liegen der Landesregierung schon Interessenbekundungen oder Planungen für Maßnahmen ab dem Jahr 2011 oder später vor und welche sind dies?

Antwort der Landesregierung:

Die Förderung von niedrigschwelligen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen für Menschen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf (insbesondere Demenzkranke) dient dazu, die häusliche Pflege zu stärken und pflegende Angehörige zu entlasten. Entsprechende Angebote richten sich an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, die im häuslichen Umfeld leben und werden vom Selbstbestimmungsstärkungsgesetz nicht erfasst. Eine Einbindung in ein Gesamtkonzept nach den Vorgaben des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes ist daher nicht erforderlich. Vorgaben für niedrigschwellige Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen sind vielmehr im Pflege-Versicherungsgesetz sowie in der Landesverordnung zur Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen, ehrenamtlicher Strukturen und der Selbsthilfe (AFöVO) vom 15. Dezember 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 899) sowie in der dazu erlassenen Förderrichtlinie vom 22. Dezember 2009 (Amtsbl. Schl.-H., S. 41) enthalten.

Derzeit sind noch keine zuverlässigen Aussagen darüber möglich, welche Empfänger in 2011/2012 Zuwendungen im Rahmen der Förderung von niedrigschwelligen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen erhalten werden. Entsprechende Anträge für 2011 sind bis zum 30. November d. J., für 2012 bis zum 30. November 2011, zu stellen. Anträge für 2011

liegen erst vereinzelt vor, und zwar

- von der AWO Schleswig-Holstein gGmbH, Kieler Servicehäuser, für insgesamt 8 niedrigschwellige Betreuungsangebote in Kiel mit einer beantragten Förderung von insgesamt 24.000 € sowie von der
- Diakonischen Werk Altholstein GmbH für ein niedrigschwelliges Betreuungsangebot in Kiel mit einer beantragten Förderung von 750 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	74
Kapitel:	10 05
Titel:	53304
Zweckbestimmung:	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen für die Umsetzung des Gesamtkonzepts der Politik für Menschen mit Behinderung**

Ansatz Ist 2009:	964,7
Ansatz Soll 2010:	1100
Ansatz Soll HHE 2011:	700
Ansatz Soll HHE 2012:	600

Frage/Sachverhalt:

Wie soll die Umsetzung und Fortführung der Leitausrichtung „Inklusion“ angesichts der Kürzung im Haushalt bei gleichzeitiger Steigerung der Anforderungen aus der VN – Behindertenrechtskonvention sinnvoll weitergeführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Kürzungen haben für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes der Politik für Menschen mit Behinderung keine Konsequenzen. Ein Großteil der Modellprojekte konnte die Arbeit erfolgreich abschließen. Nach Abschluss dieser Projekte flossen die Ergebnisse und Erkenntnisse in die Regelaufgaben der Verbände ein. Von daher werden in Zukunft weniger Haushaltsmittel benötigt.

Die Diskussionsinhalte über die sich damals abzeichnende UN-Konvention wurden bereits beim ersten Entwurf des Gesamtkonzeptes der Politik für Menschen mit Behinderung berücksichtigt und sukzessive fortgeschrieben. Vor diesem Hintergrund ergibt sich durch die UN-Konvention kein zusätzlicher Umsetzungsbedarf.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	74
Kapitel:	05
Titel:	633 02
Zweckbestimmung:	Landesblindengeld

Ansatz Ist 2009:	16.360,0
Ansatz Soll 2010:	17.167,0
Ansatz Soll HHE 2011:	7.700,0
Ansatz Soll HHE 2012:	7.700,0

Frage/Sachverhalt:

Auf der Basis welcher Annahmen und Sachverhalte ist der HH-Ansatz für die Jahre 2011 und 2012 berechnet worden? Wie viele Personen werden durch die vorgesehene Kürzung des pauschalen Zahlbetrages ergänzenden Anspruch auf Bundesblindenhilfe habe? Wie viele werden diesen Anspruch nach den Berechnungen der Landesregierung realisieren? Welche Mehrkosten werden hierdurch in Schleswig-Holstein in Form von Bundesblindenhilfeleistungen entstehen und wie wird die Landesregierung diese bei den Ausgleichs- und Erstattungsbeträgen an die Kommunen für die Umsetzung / Abwicklung des SGB XII berücksichtigen?

Antwort der Landesregierung:

Seit 2001 ist die Zahl der Blindengeldempfängerinnen und -empfänger von 5.064 auf 4.459 Fälle (Stand 2009) gesunken. Auf der Basis dieser Fallzahl erfolgt die Kalkulation des HH-Ansatzes 2011/2012 unter Berücksichtigung der bislang aufgewendeten Fallkosten für die sich aus den Regelungen des Landesblindengeldgesetzes ergebenden Empfängergruppen. Auf das Landesblindengeld werden verschiedene andere Sozialleistungen angerechnet, insofern erfolgt keine einheitliche Leistungsgewährung.

Jeder Bürgerin und jeder Bürger, bei dem Blindheit vorliegt, ist berechtigt einen Antrag auf Blindenhilfe nach dem Regelwerk des SGB XII zu stellen.
Die Blindenhilfe wird den blinden Menschen dann gewährt, wenn deren Einkommen und Vermögen eine bestimmte Grenze nicht überschreitet.
Die Einkommensgrenze wird nach den Bestimmungen des § 85 Abs. 1 SGB XII wie folgt berechnet:

- ein Grundbetrag in Höhe des zweifachen Eckregelsatzes (718 Euro)
- ein Familienzuschlag in Höhe von 70 % des Eckregelsatzes für den Ehegatten und für jede weitere Person im Haushalt (252 Euro)
- die Kosten der Unterkunft, soweit die Aufwendungen hierfür den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang nicht übersteigen.

Liegt das anrechenbare Einkommen unter der Einkommensgrenze, besteht ein Anspruch auf

Blindenhilfe in voller Höhe. Ergibt die Berechnung, dass das Einkommen über der Einkommensgrenze liegt, kommt § 87 Abs. 1 SGB XII zum Tragen. Danach ist ein Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze in Höhe von weiteren mindestens 60 vom Hundert nicht zuzumuten. Bei der Prüfung des angemessenen Kosteneinsatzes berücksichtigt der zuständige Sozialhilfeträger Art des Bedarfs, Art und Schwere der Behinderung, Dauer und Höhe der infolge der Behinderung erforderlichen Mehraufwendungen oder besondere Leistungen.
Vermögensgrenzen:

- für den blinden Menschen ist ein Barvermögen in Höhe von 2.600 Euro geschützt
- für den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner erhöht sich der Betrag um 614 Euro
- für jede weitere Person, wenn diese vom Antragsteller überwiegend unterhalten wird, erhöht sich der Betrag um 256 Euro (z.B. Kinder).

Gemäß § 90 SGB XII gibt es über das bereits erläuterte Barvermögen weiteres Vermögen, welches bei der Berechnung im Rahmen der Gewährung von Blindenhilfe nicht berücksichtigt werden darf. Dazu zählt auch ein selbst bewohntes angemessenes Hausgrundstück.

Durch die beabsichtigte Kürzung des Landesblindengeldes wird voraussichtlich die Zahl der Menschen steigen, die die einkommens- und vermögensabhängige Blindenhilfe nach § 72 SGB XII in Anspruch nehmen können. Die Einkommens- und Vermögenslage der blinden Menschen in Schleswig-Holstein ist nicht erfasst. Insofern können sowohl Anzahl der zusätzlichen Empfängerinnen und Empfänger von Blindenhilfe nach dem SGB XII sowie die insgesamt bei den Kommunen auftretenden und vom Land zu erstattenden Mehrkosten der Blindenhilfe nur geschätzt werden. Kalkulatorisch wird dafür in Titel 1005 - 633 65 (TG 65) ein Mehrbedarf in Höhe von 4,7 Mio. € berücksichtigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	76
Kapitel:	05
Titel:	684 04
Zweckbestimmung:	Sozialvertrag I

Ansatz Ist 2009:	3.606,5
Ansatz Soll 2010:	3.606,5
Ansatz Soll HHE 2011:	2.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.000,0

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Einrichtungen und Maßnahmen wurden / werden in den Jahren 2009 und 20010 aus diesem Titel in welcher Höhe gefördert? Wie war deren Zielerreichung? Welche konkreten Auswirkungen wird eine Kürzung der Mittel im veranschlagten Ausmaß 2011 und 2012 haben?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2009 sind von allen am Sozialvertrag I beteiligten Verbänden insgesamt 361 verschiedene Projekte durchgeführt worden, die im einzelnen in den beigefügten Ablichtungen der listenförmig vorgelegten Verwendungsnachweise aufgeführt sind.

Eine Darstellung der im Haushaltsjahr 2010 geförderten/zu fördernden Projekte ist derzeit noch nicht möglich. Nach den Regelungen des Sozialvertrages sind die entsprechenden Unterlagen erst zum 30.6.2011 vorzulegen.

Die Laufzeit des Sozialvertrages wird mit Ablauf des 31.12.2010 enden. Seitens des MASG wird eine dem Regelwerk des bisherigen Vertrages entsprechende neue Vereinbarung angestrebt; der Entwurf des Haushaltsgesetzes sieht eine entsprechende Ermächtigung vor und es sind dafür vorgesehene Haushaltsmittel bei der o.a. Haushaltsstelle veranschlagt.

Die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen einer Ansatzkürzung ist deshalb derzeit noch nicht möglich. Ansonsten verweist die Landesregierung auf die Antwort auf die kleine Anfrage Drs. 17/808.

Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, dass es auch zukünftig ganz wesentlich von der Entscheidung des jeweiligen Wohlfahrtsverbandes abhängt, wie er die ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen wird. Nach dem derzeit gültigen Vertragswerk steuert dieser im

Rahmen seines mit den weiteren Vertragspartnern ausgehandelten Anteils am Gesamtkontingent und unter Beachtung der mit dem MASG geschlossenen Zielvereinbarung den konkreten Mitteleinsatz. Diese Wirkung ist vertraglich gewollt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	78f
Kapitel:	05
Titel:	MG 07
Zweckbestimmung:	Landesblindenfonds

Ansatz Ist 2009:	254,1
Ansatz Soll 2010:	400,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Maßnahmen und Projekte sind 2009 in welcher Höhe aus dem Blindenfonds des Landes finanziert worden? Welche Ausgaben werden im IST 2010 erwartet und für welche Maßnahmen werden sie in welcher Höhe verausgabt werden? Welche Auswirkungen wird eine vollständige Streichung der Zuschüsse ab dem Jahr 2011 für die blinden Menschen bzw. den Blindenverband in Schleswig-Holstein haben?

Antwort der Landesregierung:

Projekte	**Träger**	**2009**
Personalstelle**	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein	46.800,00
Guide Port System Einsätze	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein	11.961,45
Blindenschrift	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein	2.067,73
Hallig Hooge	Amt Pellworm	34.604,65
LIKE	FuE der Fachhochschule Kiel	49.430,45
Fußballturnier für Blinde	Lions Club	5.000,00
Schulung Ehrenamtlicher	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein	8.038,60
Stadtmodell Wedel	ASB	18.500,00
Museum Nordfriesland	Museumsverbund Nordfriesland	64.000,00
Hörzeitung Nms	Stadt Neumünster	1.946,37
Kieler Planetarium	Kieler Planetarium e.V.	7.417,89
Daisy-Maker	Andersicht e.V.	4.819,50
Summe		***254.586,64**

(* Die Ist-Zahl 2009 weicht aufgrund von Erstattungen etc. von der Bewilligungssumme ab)

Folgende Projekte sind im Haushaltsjahr 2010 bewilligt bzw. stehen zur Entscheidung an:

Personalstelle 46.800,00 Euro

Einsatz GuidePort Theater	2.554,12 Euro
Blindentischtennis	2.883,20 Euro
Messe Einblick/Ausblick	8.684,27 Euro
Hallig Hooge	10.000,00 Euro
Nordstrand	39.000,00 Euro
LIKE	20.000,00 Euro
Mobile Beratungsstelle	70.000,00 Euro
Bahnübergänge	10.000,00 Euro
Infosäule Lübeck	20.000,00 Euro
Marketingbuch	4.000,00 Euro
Naturgewalten	70.000,00 Euro
Verkehrshandbuch	15.000,00 Euro
Internetseite Hilfswerk blinder Handwerker	37.000,00 Euro

Es wird erwartet, dass noch weitere Anträge eingereicht werden.

Das Land hat in den Jahren 2006 bis 2010 für den Blindenfonds jährlich einen Sockelbetrag in Höhe von 400.000,-- Euro zur Verfügung gestellt. Eine Streichung der Ansätze ab 2011, wie aus der Fragestellung zu entnehmen ist, findet nicht statt. Der Blindenfonds war stets als befristetes Förderinstrument vorgesehen.
Die Herstellung von Barrierefreiheit ist auch nach Einstellung des o.a. speziellen Fonds eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen gehört ebenfalls zu diesem Aufgabenspektrum.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	79
Kapitel:	05
Titel:	MG 10
Zweckbestimmung:	Bericht soziale Lagen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	50,0
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0

Frage/Sachverhalt:

Warum wurden in 2009 Mittel aus diesen Titel abgerufen und für welchen Zweck? Welche Maßnahmen sind für 2010 und ggf. 2011 und 2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Für das Haushaltsjahr 2009 wurden keine Mittel aus der Maßnahmegruppe abgerufen; der Ist-Ansatz beträgt 0,0 T€.

Die mit der Mittelveranschlagung für die Haushaltsjahre 2009/2010 verbundene Vorstellung, einen Sachstandsbericht über die Zielgruppe der Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten i.S. des SGB XII zu erstellen, wird zugunsten eines umfassenderen Projektes nicht weiter verfolgt.

Die Landesregierung plant stattdessen die Zusammenführung eigener und externer Daten zu einer umfänglichen Darstellung der Beratungsangebote und Hilfsstrukturen in Schleswig-Holstein. Diese Strukturanalyse soll die regionale wie fachliche Verteilung der Angebote sowie die Formen der Finanzierung erfassen. Die Ergebnisse sollen sowohl der externen Information wie auch den internen Überlegungen zur Fortentwicklung der entsprechenden Infrastruktur im Sinne einer präventiven Sozialpolitik dienen. Die dafür notwendige Erhebung und Aufbereitung der Daten soll aus diesem Titel finanziert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	80
Kapitel:	05
Titel:	Maßnahmegruppe 62
Zweckbestimmung:	Besondere soziale Maßnahmen des Landes

Ansatz Ist 2009:	315,8
Ansatz Soll 2010:	312,7
Ansatz Soll HHE 2010:	0,0,
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen und Projekte wurden in welcher Höhe 2009 gefördert? In welcher Höhe ist das IST 2010 zu erwarten und für welche Zwecke werden die Mittel verausgabt werden? Welche der bisher geförderten Maßnahmen und Projekte werden auch über 2010 hinaus durch das Land gefördert, in welcher Höhe und über welchen HH-Titel? Welche Projekte und Maßnahmen erhalten zukünftig keine Landesförderung mehr und welche Auswirkungen wird dies haben?

Antwort der Landesregierung:

Die mit der Mittelveranschlagung für die Jahre 2009/2010 verbundenen Zielvorstellungen sind im gedruckten Haushaltsplan für diese Jahre in den Erläuterungen zur Haushaltsstelle 1005 Titelgruppe 62 wie folgt dargestellt worden:

Ziff.	Zweckbest.	Antrag 2009	Antrag 2010
1.2	Familienentlast. Dienst	190.900	190.900
2.	Schles.-Holst. Blindenverein	23.000	23.000
3.	Gehörlosenverb. Schl.-Holst.	90.000	90.000
4.	Vereine und Wohlfahrtseinr.	17.800	17.800
	Zusammen	**321.700**	**321.700**

Im Haushaltsjahr 2009 sind die Mittel auch veranschlagungsgerecht abgeflossen; Schwankungen haben sich lediglich im Ansatz zu Ziff. 4. ergeben, da die Mitgliedsbeiträge zu verschiedenen Organisation von schwankenden Faktoren abhängen und nicht

hundertprozentig genau kalkuliert werden können. In dieser Weise wird sich auch der Ausgabenverlauf 2010 vollziehen.

Die Veranschlagung für den Haushalt 2011/2012 führt zu keinen Kürzungen. Aus haushaltstechnischen Gründen ist lediglich die für die geringen noch veranschlagten Mittel zu umfangreiche Titelgruppe aufgelöst worden; die Mittel wurden bei den Einzeltiteln 1005 - 684 01 und 684 02 veranschlagt (vgl. Haushaltsvermerk zu Titel 1005 - 684 62 TG 62).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	111
Kapitel:	10
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2009:	259,4
Ansatz Soll 2010:	255,5
Ansatz Soll HHE 2011:	255,5
Ansatz Soll HHE 2012:	255,5

Frage/Sachverhalt:

Für welche konkreten Reisen, in welcher Höhe und zu welchem Zweck sind / werden die Mittel jeweils in den Jahren 2009 und 2010 verwendet worden / verwandt? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 erwartet?

Antwort der Landesregierung:

Der größte Anteil der Mittel dieses Titels wird für Reisekostenvergütungen und Kilometergeld für landesweit an die jeweiligen örtlichen Schulen tätigen Lehrkräfte des Landesförderzentrums (LFZ) Sehen verwendet.

Für das Jahr 2010 ist ein Betrag in Höhe von 252.000 € für diese 70 Lehrkräfte angesetzt (je ca. 12.000 km à 30 Cent). Die Lehrer sind im dienstlichen Auftrag in wohnortnahen Bildungseinrichtungen tätig. Für Auslandsdienstreisen sind 1.500 € angesetzt.

Für die LFZ in Wentorf und Damp sind jeweils 1.000 € für Dienstreisen veranschlagt.

Zur Höhe des konkreten IST-Ergebnisses für 2010 kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden. Derzeit beläuft sich der Ausgabenstand auf 172.829,60 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	113f
Kapitel:	10
Titel:	671 01
Zweckbestimmung:	Erstattung Schulträgerkosten

Ansatz Ist 2009:	835,5
Ansatz Soll 2010:	1.133,5
Ansatz Soll HHE 2011:	701,3
Ansatz Soll HHE 2012:	2.115,8

Frage/Sachverhalt:

Worin liegen die enormen Schwankungsbreiten zwischen den Ansätzen für das IST 2009, das SOLL 2010, das SOLL 2011 und SOLL 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten Mittel dieses Titels beinhalten die vom Land zu tragenden wesentlichen Kosten des Schulbetriebes (ohne Personalkosten für die Lehrer) für die Landesförderzentren (LFZ) Raisdorf und Damp; die dafür von den Kommunen zu erstattenden Schulkostenbeiträge sind bei Titel 1010 – 233 01 veranschlagt.

Die Schwankungen der Ansätze für die Jahre 2009 bis 2012 resultieren hauptsächlich aus den unterschiedlichen Beträgen für Investitions- und Instandhaltungskosten im LFZ Raisdorf, die sich wie folgt belaufen:

für 2009 250 Tsd €,
für 2010 610 Tsd €,
für 2011 125 Tsd € und
für 2012 1.400 Tsd €.

Diese Beträge fließen in die Schulkostenbeiträge der jeweiligen Folgejahre ein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	123
Kapitel:	12
Titel:	Sächliche Ausgaben Kinderschutz
Zweckbestimmung:	

Ansatz Ist 2009:	119,5
Ansatz Soll 2010:	120,0
Ansatz Soll HHE 2011:	59,5
Ansatz Soll HHE 2012:	49

Frage/Sachverhalt:

Für welche Veröffentlichungen und ggf. weitere Verwendungszwecke wurden / werden die Mittel in 2009 und 2010 verausgabt? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 erwartet? Durch wen und auf welchen Wegen wurden / werden die erstellten Veröffentlichungen verteilt? Welche Maßnahmen sind zukünftig vor dem Hintergrund einer Halbierung des HH-Ansatzes geplant?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel: 1012 – 534 01 (MG 02) "Sächliche Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Information für Eltern" wurden in 2009 jeweils monatlich bis zum 15.07.2010 Informationen für (junge) Eltern und Alleinerziehende in allen Geburtskliniken und bei rund 125 niedergelassenen Geburtshelfern fortlaufend monatlich verteilt. Dieses „Willkommenspaket“ bestand aus:

1. Anschreiben der Ministerin/des Ministers
2. Broschüre „Stark mit Kindern“ (Thema: Hinweise/ Tipps und Adressen zu Beratungsstellen, Ämtern, gesetzlichen Familienleistungen, etc.)
3. Broschüre „Stark von Anfang an - Kinderkost leicht und lecker“ (Thema: Ernährungsberater)
4. Broschüre „Eltern-ABC“ (Thema: Nachschlagewerk zu Gesundheitsfragen)
5. Gutschein der Familienbildungsstätten für die Teilnahme an einer „Schnupper-Stunde“ (Erläuterung: die Familienbildungsstätten bieten diverse Kurse/ Seminare u.a. auch zu den Themen Schwangerschaft, Geburtsvorbereitung, Mutter/Vater-Kind-Kurse, Babyschwimmen, etc. an. Der Gutschein berechtigte zur kostenfreien Teilnahme an einer Schnupperstunde)
6. Faltblatt „Wissenswertes zum Plötzlichen Säuglingstod (SIDS)“
7. Faltblatt „Vorsicht zerbrechlich“ (Thema: Gefährlichkeit des Schüttelns von Säuglingen und Kleinkindern)
8. Faltblatt „10 Chancen für Ihr Kind“ (Thema: Hinweise zu den Vorsorgeuntersuchungen)
9. Zahnärztlicher Kinderpass (Thema: Eine Beilage der Zahnärztekammer S-H zur Mund- und Zahnhygiene schon im Kleinkindalter)

10. Umverpackung (Erläuterung: In dieser Faltschachtel/Karton wurden die Broschüren/Flyer zusammengefasst)
11. grüne Tasche (Erläuterung: Die Druckerzeugnisse wurden in einer grünen Baumwolltragetasche überreicht).

Das jeweilige Projektjahr lief vom 15.06. - 15.07. d.J. Somit wurde der Gesamtansatz in 2009 für je zwei Projektjahreshälften verwendet.
Bis zum 15.07.2010 wurden für die zweite Hälfte des Projektjahres 2010 die gleichen Druckerzeugnisse wie in 2009 versendet. Zusätzlich sind für 2010 folgende Positionen vorgesehen oder schon realisiert worden:

1. Nachdruck 5.000 Stück zu o.a. Pos. 2.
2. Nachdruck 10.000 Stück zu o.a. Pos. 7.
3. Druck und Gestaltung 10.000 Stück einer Info-Postkarte zur Schwanger-schaftskonfliktberatung
4. Vorgesehen ist der Nachdruck 5.000 Stück zu o.a. Pos. 4.

Das konkrete IST wird für 2010 in einer Höhe von ca. 35,0 T € erwartet.

Die Verteilung der Druckerzeugnisse erfolgte bis zum 15.07.2010 durch die Firma Conrat, Kiel. Danach erfolgt die Belieferung der Anfragenden im Eigenversand.

Zukünftig vorgesehen sind weiterhin die Erstellung und der Versand von Informationsbroschüren für Eltern über das Zusammenleben mit (neugeborenen) Kindern zur Vermeidung oder Reduzierung von Gefahren für das Kindeswohl.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	123
Kapitel:	10 12
Titel:	535 02
Zweckbestimmung:	Kosten für interdisziplinäre Fortbildung und Qualifizierung

Ansatz Ist 2009:	63,4
Ansatz Soll 2010:	100,0
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0

Frage/Sachverhalt:

Hier sind Kürzungen von für 2010 noch **100 T** Euro auf ab 2011 nur noch **50 T** Euro vorgesehen.
Das Land, als überörtlicher Träger der Jugendhilfe hat sich gemäß § 6 KinderSchG und insbesondere bei der Umsetzung des § 8a SGB VIII verpflichtet Fachkräfte (z.B. Hebammen, Erzieherinnen/Erzieher, ASD etc.) sowie Einrichtungen und Dienste bei der Umsetzung des Schutzauftrages zu informieren und zur qualifizieren.
Mit welcher fachlichen Begründung ist diese Kürzung zu rechtfertigen? Wie will das Land seinem Schutzauftrag gerecht werden?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Umsetzung des § 6 des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein ist vorgesehen, Aufgaben des Landes zur Fortbildung und Qualifizierung im Kinderschutz auf die schon bisher für diesen Zweck geförderte landesweite Informations- und Fortbildungsstelle Kinderschutz beim Kinderschutz-Zentrum Kiel (Haushaltstitel 1012 - 684 16 (MG 03), 61,0 T€) zu übertragen und damit verbunden die Förderung um 45,0 T€ zu erhöhen.
Verbleiben sollen 50,0 T€ für landeseigene Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Kinderschutz

Real sollen 5,0 T€ eingespart werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	123
Kapitel:	12
Titel:	633 07
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Kreise Kinderschutz

Ansatz Ist 2009:	696,8
Ansatz Soll 2010:	750,0
Ansatz Soll HHE 2011:	600,0
Ansatz Soll HHE 2012:	450,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 jeweils in welcher Höhe gefördert? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Wird aus diesem HH-Ansatz auch anteilig Personal der Kreise und kreisfreien Städte für die Umsetzung der im Kinderschutzgesetz des Landes definierten Vernetzungs- und Informationsaufgaben finanziert? Welche Aufgaben und Maßnahmen können in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund eines reduzierten Förderansatzes nicht durchgeführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Frage 1
Die vorgesehenen Haushaltsmittel werden verwendet für Maßnahmen Früher Hilfen für Familien auf kommunaler Ebene. Konkret erhalten die Kommunen zurzeit je 50,0 T€ für die Durchführung des Landesprogramms Schutzengel – Umsetzung der §§ 7 und 8 Kinderschutzgesetz (Maßnahmen Früher Hilfen und Aufbau Lokaler Netzwerke Kinder- und Jugendschutz).

Frage 2
Es wird davon ausgegangen, dass die Mittel komplett verausgabt werden.

Frage 3
Das Landesprogramm Schutzengel läuft seit dem Jahre 2006 – anfangs gefördert mit 20 T€ pro Kreis/ kreisfreie Stadt. Im Jahr 2008 wurden die Mittel auf 50 T€ erhöht. Mit dieser Mittelerhöhung wurde den Kreisen angeboten, die Erhöhung in 2009 und 2010 auch für (anteilige) Personalkosten zum Aufbau der lokalen Netzwerke nach § 8 zu verwenden.

Frage 4

Auch in 2011 und 2012 dienen die Mittel den vorstehend dargestellten Maßnahmen.

Einige der seit 2006 im Rahmen des Modellprojekts geförderten Maßnahmen sind in die Regelleistungen der Kommunen übergegangen. Es wird davon ausgegangen, dass Kernmaßnahmen trotz der vorgesehenen Einsparungen erhalten bleiben.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	124
Kapitel:	12
Titel:	634 01
Zweckbestimmung:	Schleswig-Holstein Land für Kinder

Ansatz Ist 2009:	143,0
Ansatz Soll 2010:	143,0
Ansatz Soll HHE 2011:	80,0
Ansatz Soll HHE 2012:	80,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 jeweils in welcher Höhe gefördert? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Welche Maßnahmen werden in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund eines reduzierten Förderansatzes nicht mehr durchgeführt werden? Welche Auswirkungen wird dies auf die Umsetzung des § 47f Gemeindeordnung in den Kommunen haben?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Siehe beiliegende Übersicht

Gemeinschaftsaktion SH -Land für Kinder

Stand 13.09.2010

Haushaltsmittel 1012 03 64301:

- 143,0 T € in 2009 und 2010
- 80,0 T€ in 2011 und 2012

Mittel des Deutschen Kinderhilfswerks: 30,0 T€ jährlich

Maßnahmen	**2009**	**2010**	**Planung 2011**	**Planung 2012**
Projektförderung nach den Richtlinien Land für Kinder lt. anl. Auszug der Datenbank	68.636,89 €	64.045,80 €	40.000,00 €	40.000,00 €
Eigene Maßnahmen der Gemeinschaftsaktion				

ModeratorInnenfortbildungen ▪ Beteiligung 15./16.05.2009 ▪ für Kita und Beteiligung 16.-18.12.2010 ▪ jeweils 2011/2012	6.577,81 €	8.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €
ModeratorInnen-Ausbildungen/Exkursion ▪ 3. landesweite Ausbildung 2009/2010 ▪ ModeratorInnenausbildung in Koop.Kreis Herzogtum-Lauenburg 2010/2011	8.358,78 €	20.030,86 €	7.000,00 €	
landesweites Forum für Mitglieder **kommunaler Kinder- und Jugendvertretungen**	8.827,74 €	9.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
Handbuch für kommunale Kinder- und Jugendvertretungen	5.000,00 €	5.000,00 €		
Projekt zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in **lokalen Bildungslandschaften** in SH (VIII 321)			15.000,00 €	15.000,00 €
Broschüre **"Kinderrechte machen Schule"** in Kooperation mit dem MBK	6.753,89 €			
Abschlusstagung des Projektes **"mitWirkung SH"/**Kosten für Entwicklung und Herstellung CD Rom	21.243,35 €			
"Beteiligung in der Praxis der Erziehungshilfen" ▪ Fachtagung am 25.11.2010 ▪ Prasisentwicklungskonzept in vier Heimen/Dokumentation 2011 bis 2012		30.000,00 €	30.000,00 €	35.000,00 €
Kinderstube der Demokratie ▪ Abschlusspublikation/ Erstellung/Veröffentlichung ▪ DVD **Kinderstube der Demokratie** o **Englische/Dänische** Version der DVD o Druckkosten		20.889,11 €		
Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinschaftsaktion ▪ "mitWirkung(er)leben) 2010 ▪ "20 Jahre Land für Kinder" ▪ Neuauflage Broschüre "Meine Gemeinde-ich mach mit" 2010	2.159,67 €	10.136,14 €		
Kid's Festival 2010	4.728,51 €	5.151,82 €		
Gesamt	132.286,64 €	172.253,73€	110.000,00 €	108.000,00 €

zu Frage 2
Es wird davon ausgegangen, dass die Mittel komplett verausgabt werden.

Zu den Fragen 3 und 4

Die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein – Land für Kinder“ wurde 1989 gemeinsam vom Land Schleswig-Holstein und dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V. (DKHW) vertraglich begründet. Seitdem stellen beide Partner finanzielle Mittel für einen gemeinsamen Fonds zur Verfügung. Auch zukünftig werden die Schwerpunkte “Kinderpolitik” sowie „Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommune, Kita, Schule und Jugendhilfe“ als gestaltende Elemente der Kinder- und Jugendpolitik der Landesregierung beibehalten und weiterentwickeln. Das DKHW plant keine Kürzung der jährlichen Komplementärmittel i.H.v. 30 T €, so dass auch mit dem reduzierten Förderansatz des Landes modellhafte Projekte sowie kommunale und pädagogische Einzelmaßnahmen in erforderlichem Maße gefördert und unterstützt werden können.

Im Übrigen wird die Landesregierung über die Aktion „Schleswig-Holstein Land für Kinder“ auch in Zukunft kontinuierlich auf eine Verbesserung der Bedingungen für eine umfassende Kinder- und Jugendbeteiligung hinarbeiten. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den Landtagsbericht „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ – Drucksache 17/583- vom 01. Juni 2010 verwiesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	129/130
Kapitel:	12
Titel:	68412
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für Angebote zur Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien und anderen Lebensgemeinschaften

Ansatz Ist 2009:	1.097.100 Euro
Ansatz Soll 2010:	1.142.500 Euro
Ansatz Soll HHE 2011:	1.024.800 Euro
Ansatz Soll HHE 2012:	907.100 Euro

Frage/Sachverhalt:

Die geplanten Kürzungen sind überwiegend bei der Förderung der Familienbildungsstätten (2010: 747.300 Euro / 2011: 635.200 Euro /2012: 523.100 Euro) vorgesehen.
Welche familienpolitische Zielsetzung ist damit verbunden?

Antwort der Landesregierung:

Das Land Schleswig-Holstein gewährt den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Familienbildungsstätten und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (VV zu § 44 LHO) Zuwendungen zu den Personal- und Sachkosten der ihnen angeschlossenen Familienbildungsstätten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Es ist dabei das unveränderte familienpolitische Ziel der Landesregierung, die Familienbildungsstätten auch zukünftig in ihrem Auftrag zu unterstützen. Familienbildungsstätten erbringen einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stärkung des gesellschaftlichen Leistungspotentials der Familien für ein solidarisches Zusammenleben der Menschen und zur Entwicklung der aktiven Bürgergesellschaft. Die Landesregierung ist daher weiterhin bemüht, die bestehenden Angebote und Maßnahmen im Bereich der pluralen Bildung, Beratung und Informationen für Familien und andere Lebensgemeinschaften mit Landesmitteln als freiwillige Leistung zu fördern. Im Rahmen der Einsparvorgaben zur Haushaltskonsolidierung ist es in den Jahren 2011 und 2012 jedoch erforderlich, zwei der insgesamt fünf Teilansätze jeweils um 15 % pro Jahr zu reduzieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	124
Kapitel:	12
Titel:	684 04
Zweckbestimmung:	Zuschüsse Kinderschutzgesetz

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	54,0
Ansatz Soll HHE 2011:	120,0
Ansatz Soll HHE 2012:	120,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 jeweils in welcher Höhe gefördert? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Welche Aufgaben und Maßnahmen werden in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund eines deutlich erhöhten Förderansatzes durch die neuen ehrenamtlichen Personen umgesetzt? Welche Aufwandsentschädigung erhalten die Ehrenamtlichen?

Antwort der Landesregierung:

Frage 1
Keine Förderung in 2009 und bisher in 2010.

Frage 2
Ein konkretes IST steht, da die Förderziele noch abzustimmen sind, nicht fest.

Frage 3 und 4
Eine direkte Förderung ehrenamtlicher Personen ist mit diesen Mitteln nicht beabsichtigt. Ein Rahmenkonzept zur Unterstützung von Informations- und Vermittlungsarbeit eines Patenschaftssystems über Zeit-, Geld- und Sachspenden für Kinder und Jugendliche in sozial schwierigen Lebenssituationen soll mit den Jugendämtern der Kreise und Kreisfreien Städte bis Ende 2010 abgestimmt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	122
Kapitel:	12
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Betreuungsvereine

Ansatz Ist 2009:	582,5
Ansatz Soll 2010:	595,5
Ansatz Soll HHE 2011:	506,2
Ansatz Soll HHE 2012:	506,2

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind / werden in 2009 und 2010 in welcher Höhe gefördert (worden)? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Welche Konsequenzen werden die vorgesehenen Kürzungen in 2011 und 2012 haben?

Antwort der Landesregierung:

Gefördert wurden in den HH-Jahren 2009 und 2010 anteilig die Personal- und Sachkosten der 20 in Schleswig-Holstein bestehenden Betreuungsvereine. Dabei beträgt die Höchstförderhöhe pro Betreuungsverein 28.325 € und somit 40% der insgesamt anerkannten Personal- und Sachkosten. Über die genaue Höhe der Förderung wird jeweils nach Prüfung des Förderantrags entschieden. Des Weiteren erhält der Großteil der Betreuungsvereine nach Antragstellung Projektfördermittel zur Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung und Information ehrenamtlicher Betreuer/-innen.

Das konkrete IST für das Haushaltsjahr 2010 wird mit dem vollen Titelansatz (595,5 T€) erwartet.

Die Kürzung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird zu einer Absenkung der pro Betreuungsverein angesetzten Höchstförderhöhe führen. Da auch die Betreuungsbehörden der Kreise ihre Förderung ansprechend anpassen werden, werden die Betreuungsvereine gefordert sein, einen höheren Anteil der pro Jahr anfallenden Kosten selber zu erwirtschaften.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	127
Kapitel:	12
Titel:	684 08
Zweckbestimmung:	Zuschüsse f. Projekte der Jugendarbeit

Ansatz Ist 2009:	45,2
Ansatz Soll 2010:	100,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Für welche Maßnahmen und Projekte wurden / werden die Mittel in 2009 und 2010 verausgabt? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 erwartet? Im Rahmen welcher HH-Titel sind zukünftig Mittel für Projekte im Rahmen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit oder dem Jugendschutz abrufbar?

Antwort der Landesregierung:

Die geförderten Maßnahmen für 2009 und 2010 sind den beiden Anlagen zu entnehmen. Dabei bildet die beigefügte Liste für 2010 den aktuellen Bewilligungsstand ab. Das konkrete IST 2010 wird in Höhe von bis zu 60 T€ erwartet. Mittel für Projekte können künftig bei den Kreisen und kreisfreien Städten beantragt werden, die weiterhin eine Zuweisung aus Titel 1012-633 02 (MG 06) erhalten. Daneben können institutionell geförderte Träger Projekte im Rahmen ihrer Haushalts- und Wirtschaftspläne durchführen (s. Titel 1012-684 09 MG 03, 1012-684 10 MG 03 sowie 1012-684 16 MG 03).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	127
Kapitel:	12
Titel:	Institutionelle Förderung der Jugendverbände
Zweckbestimmung:	

Ansatz Ist 2009:	1.069,4
Ansatz Soll 2010:	1.069,8
Ansatz Soll HHE 2011:	1.033,4
Ansatz Soll HHE 2012:	813,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Verbände, Maßnahmen und Bildungsreferenten sind / werden in 2009 und 2010 jeweils in welcher Höhe gefördert? In welcher Höhe ist das konkrete IST 2010 zu erwarten? In welchem Fördersegment (Bildungsreferenten, Bildungsangebote, Qualifizierungsmaßnahmen) sollen die geplanten Kürzungen 2011 und 2012 jeweils umgesetzt werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Förderung der Jugendverbände in den Jahren 2009 und 2010 ist der Anlage zu entnehmen. Für das Haushaltsjahr 2010 können sich noch geringe Verschiebungen bis zum Jahresabschluss ergeben. Es wird erwartet, dass der Haushaltsansatz 2010 von 1.069,8 T€ ausgeschöpft wird.

Die Förderung setzt sich zusammen aus dem Grundzuschuss (gestaffelt nach Größe/Mitgliedszahlen), Personalkostenzuschuss für Stellen der Bildungsreferentinnen und -referenten (für Verbände ab 3.000 Mitglieder) sowie dem so genannten „Aufstockungszuschuss“ für jährlich variierende Aktivitäten (Aus- und Fortbildung, Bildungsveranstaltungen, Freizeiten). Die geplanten Kürzungen für 2011 sollen nach Abstimmung mit den Trägern originär beim Aufstockungszuschuss erbracht werden bzw. ggf. beim Grundzuschuss.

Nach Abschluss der Beratungen und ausführlichen Gesprächen mit den Verbänden wird ein Fördervorschlag für 2012 entwickelt.

Anlage
Titel 1012 - 684 09 -
MG 03

Jugendverbände	Mit-glieder	Höchstbetrag lt. Schlüssel	Grund-zuschuss	Zusatz-förderung	Aufstockungs-zuschuss für Maßn	Bild.Ref.	Förderung 2009	Förderung 2010 Stand: 08/2010
Jugendverbände mit mehr als 300.000 Mitgliedern								
Sportjugend Schleswig-Holstein im LSV S.-H. e.V.	386.344	130.000,00 €	115.000,00 €		138.560,00	47.570,00 €	301.130,00 €	301.130,00 €
Jugendverbände mit mehr als 50.000 Mitgliedern								
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in S.-H.	98.094	60.000,00 €	53.150,00 €		61.090,00	47.570,00 €	161.810,00 €	161.810,00 €
Jugendverbände mit mehr als 30.000 Mitgliedern - Kein Verband								
Jugendverbände mit mehr als 20.000 Mitgliedern								
DLRG-Jugend Schleswig-Holstein	21.019	15.000,00 €	13.300,00 €		7.754,00	24.580,00 €	45.634,00 €	44.990,00 €
Jugendverbände mit mehr als 10.000 Mitgliedern								
Schlesw.-Holst. Jugendfeuerwehr im Feuerwehrverband S.-H.	13.310	10.000,00 €	8.900,00 €		4.240,00	24.580,00 €	37.720,00 €	36.620,00 €
DGB-Jugend Bezirk Nord	11.395	10.000,00 €	8.900,00 €		3.880,00	24.580,00 €	37.360,00 €	36.260,00 €
Jugendverbände mit mehr als 3.000 Mitgliedern								
Sydslesvigs danske Undomforeninger	7.400	8.000,00 €	7.100,00 €		2.900,00	24.580,00 €	34.580,00 €	34.580,00 €
Arbeiter-Samariter-Jugend LV Schleswig-Holstein	5.074	8.000,00 €	7.100,00 €		1.410,00	24.580,00 €	33.090,00 €	33.090,00 €
Bund der Deutschen Katholischen Jugend	6.500	8.000,00 €	7.100,00 €		3.190,00	24.580,00 €	34.870,00 €	34.870,00 €
Landjugendverband Schleswig-Holstein	5.662	8.000,00 €	7.100,00 €		3.860,00	24.580,00 €	35.540,00 €	35.540,00 €
Deutsches Rotes Kreuz LV S.-H. - Jugendrotkreuz	3.938	8.000,00 €	7.100,00 €		3.670,00	24.580,00 €	35.350,00 €	35.350,00 €
Jugendverband im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund	3.638	8.000,00 €	7.100,00 €		11.360,00	24.580,00 €	43.040,00 €	43.040,00 €
Naturschutzjugend NAJU Schleswig-Holstein	3.621	8.000,00 €	7.100,00 €		0,00	0,00 €	6.214,76 €	6.506,32 €
Landesmusikjugend im Musikerverband Schleswig-Holstein e.V.	3.200	8.000,00 €	7.100,00 €		1.000,00	0,00 €	8.100,00 €	7.661,41 €
Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt S.-H.	3.370	8.000,00 €	7.100,00 €		19.180,00	24.580,00 €	50.860,00 €	50.860,00 €
SJD-Die Falken LV Schleswig-Holstein	3.197	8.000,00 €	7.100,00 €	2.200,00 €	9.930,00	24.580,00 €	43.810,00 €	43.810,00 €
Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder LV S.-H./Hamburg	3.416	8.000,00 €	7.100,00 €	2.200,00 €	10.840,00	24.580,00 €	44.720,00 €	44.720,00 €
Deutsche Beamtenbund-Jugend Schleswig-Holstein	3.174	8.000,00 €	7.100,00 €		1.500,00	24.580,00 €	33.180,00 €	33.180,00 €
DJO-Deutsche Jugend in Europa LV Schleswig-Holstein e.V.	3.094	8.000,00 €	7.100,00 €	2.200,00 €	4.530,00	24.580,00 €	38.410,00 €	36.359,84 €
Jugendverbände mit mehr als 800 Mitgliedern								
Johanniter-Jugend in der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	1.273	5.000,00 €	4.450,00 €		0,00	0,00 €	4.450,00 €	4.450,00 €

Jugendgruppe der Kleintierfreunde im LV Schl.-Holst. Rassegeflügelzüchter	1.255	5.000,00 €	1.951,00 €		960,00	0,00 €	2.911,00 €	2.911,00 €
Jugend -PRONATUR im Landesjagdverband e.V.	1.615	5.000,00 €	4.450,00 €		4.800,00	0,00 €	7.346,00 €	6.500,00 €
Landesjugendwerk des BFP in Schleswig-Holstein	956	5.000,00 €	4.450,00 €		630,00	0,00 €	5.080,00 €	4.120,28 €
BUND-Jugend Schleswig-Holstein	915	5.000,00 €	4.450,00 €		0,00	0,00 €	4.450,00 €	4.450,00 €
THW-Jugend Schleswig-Holstein e.V.	912	5.000,00 €	2.700,00 €	2.200,00 €	0,00	0,00 €	4.900,00 €	4.900,00 €
Jugendverbände mit mehr als 500 Mitgliedern								
Deutsche Waldjugend LV Nord e.V.	505	3.000,00 €	2.700,00 €		2.450,00		5.150,00 €	5.150,00 €
Jugendverbände mit mehr als 100 Mitgliedern								
Landesring S.-H. e.V. der Deutschen Philatelistenjugend	491	2.500,00 €	2.250,00 €		450,00	0,00 €	2.700,00 €	2.700,00 €
INTEG-Jugend im Sozialverband Deutschland SvD	478	2.500,00 €	2.250,00 €	2.200,00 €	0,00	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Naturfreundejugend Deutschland Touristenverein "Die Naturfreunde"	200	2.500,00 €	2.250,00 €		0,00	0,00 €	1.920,00 €	1.920,00 €
Ring schleswig-holsteinischer Jugendbünde	458	2.500,00 €	2.250,00 €	2.200,00 €	600,00	0,00 €	5.050,00 €	5.050,00 €
Gesamt	594.504	372.000 €	325.701 €	13.200 €	298.784 €	439.260 €	1.069.375,76 €	1.062.528,85 €
	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	129f
Kapitel:	12
Titel:	684 12
Zweckbestimmung:	Zuschüsse Familienbildung

Ansatz Ist 2009:	1.097,1
Ansatz Soll 2010:	1.142,5
Ansatz Soll HHE 2011:	1.024,8
Ansatz Soll HHE 2012:	907,1

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen und Projekte welcher Träger wurden / werden in den einzelnen Familienbildungsstätten (Ziffer 1 der Erläuterung) 2009 und 2010 in welcher Höhe gefördert? Wie viele Familie Familien haben diese Angebote genutzt? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 erwartet? Welche Angebote können in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen nicht weiter geführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Frage 1
Das Land Schleswig-Holstein gewährt den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Familienbildungsstätten und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (VV zu § 44 LHO) Zuwendungen zu den Personal- und Sachkosten der ihnen angeschlossenen Familienbildungsstätten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Einzelmaßnahmen werden mit diesen Mitteln nicht spezifisch gefördert. Ziel der Förderung ist die generelle Stärkung der Erziehungskraft der Familie und die Entwicklung und Förderung der Familienfähigkeit. Bildungsmaßnahmen, Beratung und Betreuung sollen Wissen und Fähigkeiten für die Aufgaben in Familie und Gesellschaft vermitteln.

Gefördert werden die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die die Mittel an die ihnen angeschlossenen Familienbildungsstättenträger weiterleiten.

Frage 2
Die Förderung und die dazugehörige Erhebung von statistischen Werten stützt sich auf die erbrachten Teilnehmerstunden der Familienbildungsstätten. Diese wurden für den Zeitraum von 2006 - 2008 durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und den ihnen angeschlossenen Familienbildungsstätten mit insgesamt durchschnittlich 2.246.219 Stunden ausgewiesen. Eine Auswertung für die Folgejahre erfolgt in den kommenden Förderjahren.

Frage 3
Das konkrete IST für 2010 wird in einer Höhe von 747.300,- € erwartet.

Frage 4
Aufgrund der Förderung der Personal- und Sachausgaben können keine Aussagen über Einzelprojekte und Einzelmaßnahmen der Familienbildungsstätten getroffen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	128f
Kapitel:	12
Titel:	684 16
Zweckbestimmung:	Institutionelle Förderung freier Träger

Ansatz Ist 2009:	640,0
Ansatz Soll 2010:	647,5
Ansatz Soll HHE 2011:	532.6
Ansatz Soll HHE 2012:	475,4

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte und Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 in welcher Höhe gefördert (Bitte getrennt für die LKJ, die Mädchenarbeit und den Kinder- / Jugendschutz ausweisen.)? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 für die einzelnen Förderbereiche erwartet? Wie kann die freie und selbst organisierte Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des „Gender Mainstreaming Konzeptes“ der Landesregierung zukünftig erhalten bleiben, wenn die Landesförderung ab 2011 eingestellt wird?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel werden Zuschüsse zur institutionellen Förderung (keine Maßnahmen und Projekte) von den unten dargestellten überregionalen freien Trägern gefördert.

Teilansatz 1:

Für die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) sowie die 9 Landesarbeitsgemeinschaften (LAG’en) der kulturellen Kinder- und Jugendbildung standen/stehen im Titel 1012-684 16 (MG 03) 242.500 € wie folgt zur Verfügung:

	2009	**2010**
LKJ	48.500	48.500
LAG Tanz	37.150	37.150
LAG Jugend-Musik	36.450	36.450
LAG Spiel	37.150	37.150
LAG Kunst	30.500	30.500
LAG Jugend und Film	34.370	34.370
LAG Spieliotheken/Ludotheken	4.680	4.680
Landesverb. Rhythmische Erziehung	5.050	5.050
LAG Spielmobile	1.050	1.050
AG Zirkuspädagogik Nord	7.500	7.500

Gesamt	242.500	242.500

Das IST 2009 betrug 235.000 €, weil die AG Zirkuspädagogik Nord keinen Antrag gestellt hat; auch für 2010 wird kein Antrag von dort erwartet. Deshalb wird auch für 2010 ein IST in Höhe von 235.000 € erwartet.

Teilansatz 2 Mädchenarbeit:

Es wurden 2009 und 2010 vier Mädchentreffpunkte im ländlichen Raum wie folgt pro Jahr gefördert:

- Mädchentreff Husum, pro familia LV Schleswig-Holstein mit 41.518 €
- Mädchentreff Trine, Catharina Faustes e. V., Preetz mit 31.617 €
- Mädchenverein Zimtzicke e. V., Schleswig mit 36.792 €
- Mädchentreff Ostenfeld, „Die flotten Lotten“ mit 34.561 €

144.488 €

Da mit den Mitteln Personalstellen gefördert werden, wird davon ausgegangen, dass auch 2010 diese voll ausgeschöpft werden.

Die Förderung der vier Mädchentreffpunkte ist eine kommunale Aufgabe. Daher zieht sich das Land aus der institutionellen Förderung der Mädchentreffpunkte zurück.

Die Mädchenarbeit im Land wird auch weiterhin durch die Landesregierung unterstützt, sei es im Kontext der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe, sei es durch die Förderung der Mädchenmesse, die Förderung von Fortbildungen und Fachtagungen. Mädchenarbeit ist auch weiter ein fester Bestandteil der Jugendarbeit.

Teilansatz 3 Kinder- und Jugendschutz:

Träger	Zuwendungen 2009 in T €	Zuwendungen 2010 in T €
Aktion Kinder- und Jugendschutz	151,5	151,5
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (DKSB LV SH e.V.)	48,0	48,0
Landesweite Informations- und Fortbildungsstelle (Träger Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Kiel e.V.)	61,0	61,0

Das konkrete Ist wird in der Höhe des Solls erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	122
Kapitel:	12
Titel:	684 24
Zweckbestimmung:	Kein Kind ohne Mahlzeit

Ansatz Ist 2009:	600,0
Ansatz Soll 2010:	600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Kinder wurden / werden in 2009 und 2010 durch „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gefördert? Gab es Anträge auf Bezuschussung, die nicht befriedigt werden konnten? Wie soll in den Jahren 2011 und 2012 sicher gestellt werden, dass die bedürftigen Kinder / Familien eine warme Mittagmahlzeit in der Kindertagesstätte zu einem verbilligten Preis erhalten?

Antwort der Landesregierung:

Fragen 1 und 2
Die statistische Erfassung bezieht sich auf ein Kindertagesstättenjahr (01.08.09 - 31.07.10). In dem genannten Förderungszeitraum wurden 5.992 Anträge gestellt und 5.910 Anträge bewilligt. Für den Förderungszeitraum 01.08. - 31.12.10 liegen noch keine aussagekräftigen Daten vor.

82 Anträge, die die Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllten bzw. eine wirtschaftliche Not nicht ausreichend begründeten, wurden abgelehnt.

Frage 3
Das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wurde seinerzeit gestartet, um Kindern in Notlagen schnelle Hilfen zu ermöglichen. Damit sollte die Zeit überbrückt werden, bis das Ziel der Landesregierung, grundsätzliche Regelungen zur Sicherstellung der Versorgung der Kinder zu schaffen, auf Bundesebene erreicht ist. Seit Februar d. J. liegt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Bemessung der Regelleistungen vor mit der Verpflichtung für den Bund, eine Neuregelung zum 1. Januar 2011 zu gestalten.
Die Anerkennung eines Mehrbedarfes für die Mittagsverpflegung in Schule und Kindertagesstätte soll als fester Bestandteil eines sogenannten „Bildungspaketes“ als Anspruch im SGB II und SGB XII gesetzlich normiert werden
(vgl. http://www.bmas.de/portal/47406/2010__08__18__praesentation__bildungspaket.html).

Die genaue Umsetzung bleibt der konkreten Fassung des Referentenentwurfes des Bundessozialministeriums und seiner Verabschiedung durch das Bundeskabinett vorbehalten. Das Bundesverfassungsgericht lässt hier dem Gesetzgeber im Prinzip jedoch keinen zeitlichen Spielraum, so dass mit einer Neuregelung auch im Bereich der Mittagsverpflegung bereits ab 01.01.2011 gerechnet werden kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	136
Kapitel:	12
Titel:	MG 12
Zweckbestimmung:	Freiwilliges Soziales Jahr

Ansatz Ist 2009:	947,8
Ansatz Soll 2010:	950,4
Ansatz Soll HHE 2011:	850,0
Ansatz Soll HHE 2012:	850,0

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Plätze bei welchen Trägern für die Umsetzung welcher Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 gefördert? In welcher Höhe ist das konkrete IST 2010 zu erwarten? Wie sollen die Kürzungen 2011 und 2012 umgesetzt werden? Warum ist eine Umlenkung in Richtung auf private Träger geplant, wie soll diese gesteuert werden und welche Auswirkungen wird dies auf die öffentlichen und sozialen Träger haben? Ist eine Reduzierung der Zuschusshöhe pro Platz oder eine Verringerung der geförderten Plätze geplant?

Antwort der Landesregierung:

Anzahl der geförderten Plätzen in den FSJ-Jahren 2008/2009 und 2009/2010:*

Träger	**Platzzahl FSJ-Jahr 2008/2009**	**Platzzahl FSJ-Jahr 2009/2010**
DRK	95	88
AWO	80	73
Caritas	35	28
Diakonie	210	210
Paritätischer	60	56
Diakonissenanstalt	50	46
AMEOS Heiligenhafen	10	9
Binus	35	33
AMEOS Neustadt	20	16
BPA	36	33
Pädiko	6	8
Schlei-Klinikum Schleswig	25	21

Jesus-Initiative, Neumünster	12	11
Schüler helfen Leben	3	3
Sportjugend	20	20
Sana-Kliniken Ostholstein	9	9
Stadtschule Bad Oldesloe	12	11
LKJ	18	18
Johanniter Unfall-Hilfe	5	-
IJGD	10	10

*) Da eine Bewilligung für den ersten Teil des FSJ-Jahres 2010/2011 noch nicht erfolgt ist, ist eine Auskunft zur genau geförderten Platzzahl zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

Das IST im HH-Jahr 2010 wird sich voraussichtlich zwischen 900 und 920T€ bewegen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für FSJ-Träger haben sich derartig verschlechtert, dass auch aus dem Kreise derjenigen Träger, die bislang ohne Landesförderung auskommen konnten, berechtigte Förderwünsche angemeldet werden, denen aus Gründen der Gleichbehandlung nachgekommen werden muss. Diese Träger kommen hauptsächlich aus dem privaten Bereich. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wurde der Ansatz im Titel 683 01 erhöht. Eine konkrete Entscheidung über die Anzahl der geförderten Plätze und die Einbeziehung bisher nicht geförderter Träger ist bisher noch nicht gefallen, weshalb zu diesem Zeitpunkt noch keine Auskunft über die Auswirkungen erfolgen kann.

Die Umsetzung der Kürzung geschieht durch Absenkung der Förderung pro FSJ-Platz pro Jahr von 1.300 auf 1.200 €. Eine Reduzierung der geförderten Platzzahl ist nicht geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	129
Kapitel:	12
Titel:	685 01
Zweckbestimmung:	Ferienwerk

Ansatz Ist 2009:	370,1
Ansatz Soll 2010:	370,0
Ansatz Soll HHE 2011:	250,0
Ansatz Soll HHE 2012:	250,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden / werden in 2009 und 2010 jeweils in welcher Höhe gefördert? In welcher Höhe wird das konkrete IST für 2010 erwartet? Welche Maßnahmen werden in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund eines reduzierten Förderansatzes nicht mehr durchgeführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Entsprechend der Ferienwerksrichtlinie werden die Mittel nach dem darin festgelegten Verteilerschlüssel an die Kreise und kreisfreien Städte ausgezahlt, die damit

- individuelle Ferien- und Freizeitmaßnahmen mit der Familie (ehem. Familienferienerholung) und
- Ferien- und Freizeitmaßnahmen von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe (ehem. Jugendferienwerk)

fördern, an denen Kinder und Jugendliche aus finanziell leistungsschwachen Familien teilnehmen.
Die Mittel wurden bereits in voller Höhe von 370 T€ an die Kreise und kreisfreien Städte ausgezahlt.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 werden nur noch Ferien- und Freizeitmaßnahmen von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, an denen Kinder und Jugendliche aus finanziell leistungsschwachen Familien teilnehmen, gefördert. Mittel zur Förderung von Ferien- und Freizeitmaßnahmen mit der Familie stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	10
Seite:	137f
Kapitel:	12
Titel:	MG 14
Zweckbestimmung:	Landesinitiative Bürgergesellschaft

Ansatz Ist 2009:	148,2
Ansatz Soll 2010:	150,0
Ansatz Soll HHE 2011:	132,1
Ansatz Soll HHE 2012:	132,1

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen und Projekte welcher Träger wurden / werden im Rahmen der Initiative Bürgergesellschaft 2009 und 2010 in welcher Höhe gefördert? Wie viele Personen haben diese Angebote jeweils genutzt? In welcher Höhe wird das konkrete IST 2010 erwartet? Welche Angebote können in den Jahren 2011 und 2012 vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen nicht weiter geführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Die tabellarische Aufstellung erfolgt anhand der Ausgaben der 6er-Titel der Jahre 2009 und 2010 (Stand 13.9.2010). Die Personenzahlen wurden geschätzt.

Zuwendungsempfänger	Projekt	Zuschuss 2009	Personen
Stadt Flensburg	Kompetenztraining für Frauen	1.641,98 €	12
Stadt Geesthacht	Aufbau einer Freiwilligenagentur	5.000,00 €	25
Fundraising Manufaktur	landesweite Einführung Ehrenamtskarte	13.620,00 €	1302
Suchthilfe Pinneberg	"Selbsthilfe hilft": Freiwilligendienste aller Generationen	5.000,00 €	6
LV Volkshochschulen	Betrieb und Weiterentwicklung "www.ehrenamt-sh.de"	9.400,00 €	200
Mittenmang	Personal- und Mietausgaben	30.000,00 €	25
Bürgerstiftung Ahrensburg	Ehrenamtmessen 2010	20.000,00 €	30000
Kinderschutzbund Schl.-Fl.	Gemeinwesenmediation	1.500,00 €	10
DRK Kreisverband Kiel	Take a Card	866,08 €	1000
LV Volkshochschulen	Betrieb und Weiterentwicklung "www.ehrenamt-sh.de"	4.000,00 €	200
VHS Bad Segeberg	Postkartenaktion	150,00 €	200
Volker König	Koordinierung eigener	3.000,00 €	1

	ehrenamtlicher Tätigkeiten		
Brigitte Klose	Hausaufgabenhilfe Gaarden	1.990,00 €	30
Stadt Schleswig	Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche	1.920,00 €	15
FreiwilligenForum Schenefeld	Koordinierung Ehrenamtlicher	2.640,00 €	20
WABE	Anschubfinanzierung Öffentlichkeitsarbeit	3.700,00 €	1000
SeniorenNet Kiel	Öffentlichkeitsarbeit	1.000,00 €	500
Kommunalpol.Frauennetz Plön	Qualifizierung Kommunalpolitikerinnen und Interessierte	2.470,00 €	20
Kopf hoch Kreis Steinburg e.V.	Selbsthilfe Öffentlichkeitsarbeit	136,60 €	500
Förderverein für therap. Reiten Plön	Flyer	189,45 €	500
Über Brücken 2009	Fachtagung Selbsthilfe	2.000,00 €	100
Landesverband Adoptiveltern	Koordinierung der Ehrenamtlichen	1.500,00 €	25
VHS Kreis Stormarn	Zusatzqzalifikation bürgerschaftliches Engagement	1.972,60 €	25
Brigitte Klose	Hausaufgabenhilfe Gaarden	440,00 €	30
VHS Schleswig	Kompetenztraining für Frauen	2.200,00 €	20
Seniorpartner in School Flensburg	Weiterbildung Schulmediator	3.000,00 €	20
Suchthilfe Pinneberg	Selbsthilfe hilft	3.868,00 €	6
Volker König	Ehrenamtliche Beratung u.a. von Kommunen bei der Durchführung verschiedener sozialer Maßnahmen, u.a. im Bereich der Inklusion und PC-Ausstattung f. Ehrenamt	2.188,50 €	1
Mittenmang	Öffentlichkeitsarbeit	583,49 €	500
Reinhold Pevestorf	Flyer Tafelstiftung	529,15 €	1000
Stadt Wedel	Aufbau und Betrieb Ehrenamtsbörse	2.200,00 €	30
Seniorpartner in School Flensburg	Mobbing Fortbildung	600,00 €	20
		129.305,85 €	37343

Zuwendungsempfänger	**Projekt**	**Zuschuss 2010**	**Personen**
Stadt Geesthacht	Aufbau einer Freiwilligenagentur	3.144,00 €	25
Stadt Lauenburg	Veranstaltung Bürgerbeteiligung kommunaler Haushalt	600,00 €	100
Suchthilfe Pinneberg	"Selbsthilfe hilft": Freiwilligendienste aller Generationen	5.000,00 €	6
Fundraising Manufaktur	Betrieb und Verbreitung der Ehrenamtskarte	17.480,00 €	1200
Norderstedt Marketing e.V.	Veranstaltung nach der Marktplatzmethode/Berthelsmann	2.500,00 €	50
Caritas Schl.-Holst.	Sozialsprechstunde: Freiwilligendienste aller Generationen	6.000,00 €	5
Mittenmang e.V.	Personalkostenzuschuss Inklusionsprokekt	15.000,00 €	25
DRK KV Kiel	Freiwilligendienste aller Generationen - Öffentlichkeitsarbeit	1.000,00 €	1000
LV Volkshochschulen	Betrieb und Weiterentwicklung "www.ehrenamt-sh.de"	3.040,00 €	200
LV Volkshochschulen	zusätzliche öffentl. Datenbank ehrenamt-sh.de	583,10 €	50

Brigitte Klose	Hausaufgabenhilfe Gaarden	2.300,00 €	30
Stadt Wedel	Ehrenamtsbörse	5.455,00 €	30
Landesverband Adoptiveltern	Koordinierung der Ehrenamtlichen	3.000,00 €	25
Volker König	Ehrenamtliche Beratung u.a. von Kommunen bei der Durchführung verschiedener sozialer Maßnahmen, u.a. im Bereich der Inklusion	3.000,00 €	1
Freiwilligenforum Schenefeld	Qualifizierung Ehrenamtlicher + Öffentlichkeitsarbeit	2.864,00 €	12
Kommunalpol. Frauennetz Plön	Qualifizierung Kommunalpolitikerinnen und Interessierte	2.550,00 €	50
Kreis Schleswig-Flensburg	Qualifizierung Ehrenamtlicher	1.532,00 €	15
Pflegeelternverein Kreis RD	Qualifizierung Ehrenamtlicher	900,00 €	20
Petra Frauendorf	Qualifizierung in der Hospizarbeit	241,00 €	1
Gemeinde Kropp	Qualifizierung ehrenamtlicher Senioren	1.300,00 €	10
	Stand: 13.9.2010	**77.489,10 €**	2855

Das IST 2010 kann nicht abgeschätzt werden, da noch bis Jahresende Förderanträge eingehen können.
Da es sich um Projektförderungen handelt, sind die Maßnahmen nach Beendigung des Bewilligungszeitraumes grundsätzlich abgeschlossen. Einzelne „Fortsetzungsprojekte“, wie das Internetportal www.ehrenamt-sh.de und die Ehrenamtskarte, können auf Antrag auch 2011 und 2012 weiter geführt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	24
Kapitel:	03
Titel:	525 37
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Ansatz Ist 2009:	871,4
Ansatz Soll 2010:	1.600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.600,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.600,0

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.00.52537 beträgt 255.754,44 €.

Zu Frage 2:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.00.52537 ein Ausgabestand von rd. 500.000 € erwartet. Nicht verbrauchte Ansatzmittel werden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zum Ausgleich von Mehrausgaben an anderer Stelle im Kapitel 1103 verwendet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	24
Kapitel:	03
Titel:	527 06
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2009:	195,7
Ansatz Soll 2010:	310,0
Ansatz Soll HHE 2011:	310,0
Ansatz Soll HHE 2012:	310,0

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.00.52706 beträgt 55.748,33 €.

Zu Frage 2:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.00.52706 ein Ausgabestand von rd. 100.000,0 € erwartet. Nicht verbrauchte Ansatzmittel werden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zum Ausgleich von Mehrausgaben an anderer Stelle im Kapitel 1103 verwendet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	25
Kapitel:	03
Titel:	535 03
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet? Welche Veranstaltungen sind für 2011 und 2012 geplant (Teilnahme/Durchführung)? Bitte auflisten.

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.00.53503 beträgt 54.207,70 €.

Zu Frage 2:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.00.53503 ein Ausgabestand rd. 85.000 € erwartet.

Zu Frage 3:
Es gibt keinen festen Veranstaltungskalender. Die Mittel sind vorgeplant für verwaltungsebenen- und länderübergreifenden Informationsveranstaltungen und Gesprächsrunden der Ressorts in den Bereichen „Neue Steuerungsinstrumente“ und „standardisierte Infrastrukturen für E-Government“.

Nicht verbrauchte Ansatzmittel werden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zum Ausgleich von Mehrausgaben an anderer Stelle im Kapitel 1103 verwendet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	25
Kapitel:	03
Titel:	631 02
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an den Bund

Ansatz Ist 2009:	-0,8
Ansatz Soll 2010:	20,0
Ansatz Soll HHE 2011:	186,0
Ansatz Soll HHE 2012:	186,0

Frage/Sachverhalt:

Bitte erläutern, für was die Zuweisungen an den Bund erfolgen sollen.

Antwort der Landesregierung:

Mit In-Kraft-Treten des Staatsvertrags zur Ausführung von Artikel 91c Grundgesetz (IT-Staatsvertrag) zum 1. April 2010 haben die darin vereinbarten Abstimmungsmechanismen die bisherigen Gremien - den „Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern" (St-Runde Deutschland Online) und den „Kooperationsausschuss von Bund und Ländern automatisierte Datenverarbeitung" (KoopA ADV) sowie deren Untergremien - abgelöst und sind in deren Rechtsnachfolge eingetreten.

Die Gremien unterhielten Projektbüros, deren Kosten auf die Länder umgelegt wurden. Der IT-Planungsrat beim Bund zentralisiert nunmehr alle Leistungen und verteilt seinerseits die Kosten des neuen Projektbüros auf die Länder.

Bislang sind entsprechende Ausgaben bei Titel 1103.01.53701 veranschlagt. Im Doppelhaushalt 2011 / 2012 werden die Ausgaben für den IT-Planungsrat beim Bund aufgrund der neuen Zweckbestimmung in den Titel 1103.00.63102 übertragen.

Hinweis: Weitere Informationen zum IT-Planungsrates werden auf den Webseiten Deutschland Online sowie auf www.cio.bund.de angeboten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	25
Kapitel:	03
Titel:	632 06
Zweckbestimmung:	Sonstige Zuweisungen an Länder

Ansatz Ist 2009:	1.910,0
Ansatz Soll 2010:	2.000,0
Ansatz Soll HHE 2011:	2.631,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.629,0

Frage/Sachverhalt:

Bitte erläutern, für was die Zuweisungen an welches Land erfolgen sollen. Wodurch ergibt sich der erhöhte Bedarf für 2011 und 2012? Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Bei diesen Ausgaben der IT handelt es sich um anteilige Kosten des Landes SH für Kooperationsmaßnahmen im Bereich der IT mit anderen Bundesländern. Das federführende Bundesland entwickelt oder betreibt standardisierte IT-Verfahren für die Nutzerländer und legt die Ausgaben auf die Kooperationsmitglieder um.

Zu Frage 2:
Die wesentlichen Steigerungen liegen in den Bereichen Finanz- und Steuerwesen (KONSENS) sowie den Fachinformationssystemen der Polizei bei Bund und den Ländern.

Zu Frage 3:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.00.63206 beträgt 111.646,11 €.

Zu Frage 4:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.00.63206 ein Ausgabestand von rd. 2.000.000,00 € erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	26
Kapitel:	03
Titel:	533 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an Dataport

Ansatz Ist 2009:	2.963,4
Ansatz Soll 2010:	3.337,0
Ansatz Soll HHE 2011:	7.795,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8.495,0

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet?
Womit erklären sich die erheblichen Steigerungen der Ansätze für 2011 und 2012?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.03.53303 beträgt 2.935.540,37 €.

Zu Frage 2:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.00.53303 ein Ausgabestand von rd. 3.400.000,00 € erwartet.

Zu Frage 3:
Der Datenverkehr im Landesnetz nimmt weiter zu. Aufgrund der steigenden Anforderungen sind die Bandbreiten deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen hinsichtlich der Verfügbarkeit des Netzes. Daher ist das Ausfallrisiko zu minimieren. Die entsprechenden Dienstleistungsverträge mit Dataport begründen den Anstieg der Ansätze ab 2011.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	26
Kapitel:	03
Titel:	533 04 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an die TELEKOM

Ansatz Ist 2009:	7.096,5
Ansatz Soll 2010:	11.101,0
Ansatz Soll HHE 2011:	11.831,0
Ansatz Soll HHE 2012:	11.831,0

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der aktuelle Ausgabenstand 2010? Welches Ist wird für 2010 erwartet?
Womit erklären sich die erhöhten Ansätze gegenüber 2009?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:
Der Ausgabestand bei Titel 1103.03.53304 beträgt 7.838.871,15 €.

Zu Frage 2:
Bis zum 31.12.2010 wird bei Titel 1103.03.53304 ein Ausgabestand von rd. 12.000.000,00 € erwartet.

Zu Frage 3:
Der Datenverkehr im Landesnetz nimmt weiter zu. Aufgrund der steigenden Anforderungen sind die Bandbreiten deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen hinsichtlich der Verfügbarkeit des Netzes. Daher ist das Ausfallrisiko zu minimieren. Die entsprechenden Grundversorgungsverträge mit der TELEKOM begründen den Anstieg der Ansätze ab 2010.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	33
Kapitel:	05
Titel:	232 01
Zweckbestimmung:	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch die Länder

Ansatz Ist 2009:	981,5
Ansatz Soll 2010:	698,1
Ansatz Soll HHE 2011:	17.425,0
Ansatz Soll HHE 2012:	17.425,0

Frage/Sachverhalt:

In den Erläuterungen wird auf den Versorgungsstaatsvertrag verwiesen. Wann wurde dieser Vertrag von wem geschlossen? Was sind die wesentlichen Vertragsinhalte?

Antwort der Landesregierung:

Vertragspartner des Staatsvertrages über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln **(Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag)** sind der Bund und die Bundesländer. Die Unterzeichnung durch die Länder erfolgte am 16. Dezember 2009 und durch den Bund am 26 1. 2010. Das korrespondierende Landesgesetz (Versorgungslastenteilungsgesetz) wurde entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 1. April 2010 (vgl. Drucksachen 17/345 und 17/461) vom Landtag in seiner 19. Sitzung am 21. Mai 2010 verabschiedet. Das Gesetz ist mit Datum vom 3. Juni 2010 im GVOBl. Schl.- H. auf S. 493 verkündet. Der Staatsvertrag tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft.

Der Staatsvertrag regelt die Verteilung der Versorgungslast zwischen Dienstherren, sofern Beamtinnen oder Beamte im Laufe des beruflichen Werdeganges ihren Dienstherren wechseln. Er ersetzt die bisherige Regelung in § 107 b Beamtenversorgungsgesetz. Damit erfolgt eine Umstellung der bisher über den gesamten Zeitraum des Versorgungsbezugs erfolgenden anteiligen Erstattung der Versorgungsausgaben an den zur Zahlung der Versorgungsbezüge verpflichteten Dienstherren auf eine einmalige Abfindungszahlung zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels. Nach dem Landesgesetz findet die Regelung auch auf Dienstherrenwechsel innerhalb des Landes Schleswig-Holstein Anwendung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	46f.
Kapitel:	11
Titel:	122 09
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Lotterie Bingo

Ansatz Ist 2009:	2.129,7
Ansatz Soll 2010:	2.500,0
Ansatz Soll HHE 2011:	2.750,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2.750,0

Frage/Sachverhalt:

Frage: Wie entwickelt sich das IST 2010?

Hintergrund: Die Ausgaben der Titel 671 04 und 685 25 in EP 13 01 werden aus diesem Titel gespeist. Ist die Annahme von Einnahmen in dieser Höhe realistisch?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 entwickelt sich planmäßig, wie auch im Ansatz vorgesehen. Es ist sogar damit zu rechnen, dass sich die erwarteten Einnahmen i. H. v. 2,5 Mio. € leicht erhöhen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	59
Kapitel:	11
Titel:	913 01 (MG 10)
Zweckbestimmung:	Rücklage

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	117.747,4
Ansatz Soll HHE 2012:	35.934,7

Frage/Sachverhalt:

1.) Warum wird diese Rücklage gebildet, wenn aufgrund einer konjunkturell bedingten Nettokreditaufnahme gleichzeitig mehr Schulden aufgenommen werden als der Konsolidierungspfad eigentlich vorgibt?

2.) Wird diese Rücklage durch weitere Kredite finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.)
Die Nettokreditaufnahme liegt in den Jahren 2011 und 2012 jeweils unterhalb des zulässigen Gesamtdefizits. Eine strukturelle Betrachtung des Haushalts verlangt, dass Ansprüche auf der Ausgabeseite periodengerecht abgebildet werden.
Da der Kommunale Finanzausgleich derzeit noch nicht auf Basis der Einnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt verstetigt ist, wird Vorsorge getroffen, um dies ggfls. im Haushaltsvollzug nachvollziehen zu können.

Zu 2.)
Mit der Rücklagenbildung ist zunächst keine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt verbunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	11
Seite:	62
Kapitel:	16
Titel:	325 04 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Konjunkturell bedingte Nettokreditaufnahme

Ansatz Ist 2009:	349.448,1
Ansatz Soll 2010:	979.008,0
Ansatz Soll HHE 2011:	551.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	379.000,0

Frage/Sachverhalt:

1.) Wie wurden die Ansätze für 2011 und 2012 ermittelt?
Die gesamte Nettokreditaufnahme setzt sich aus diesem Titel und der Nettokreditaufnahme aus 1116 – 325 01 (MG 01) zusammen.

2.) Wie hoch wäre die erlaubte Nettoneuverschuldung des Doppelhaushalts nach dem Investitionsbegriff der alten Landesfassung?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.)
Die Ansätze entsprechen der Differenz zwischen den Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) sowie der Kfz-Steuer-Kompensation entsprechend dem langfristigem Durchschnitt und den laut Steuerschätzung prognostizierten Einnahmen aus Steuern, LFA, BEZ und Kfz-Kompensation. Der Sachverhalt ist ausführlich dargestellt auf den Seiten 31 und 44 der Finanzplanung. Die Zahlen wurden dem Finanzausschuss mit Umdruck 17 / 808 im Mai 2010 mitgeteilt.

Zu 2.)
Unter der Voraussetzung, dass in den Jahren 2011 und 2012 wieder ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht wird, läge die Kreditaufnahmegrenze für 2011 bei 541,0 Mio. € und für 2012 bei 535,0 Mio. €.
Tatsächlich wurde seit dem Jahr 1996 lediglich in den Jahren 2007 und 2008 die Investitionsgrenze unterschritten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	12
Kapitel:	01
Titel:	531 04
Zweckbestimmung:	Symposien und Fachtagungen

Ansatz Ist 2009:	98,7
Ansatz Soll 2010:	172,1
Ansatz Soll HHE 2011:	118,4
Ansatz Soll HHE 2012:	95,7

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich bei dem Titel das IST 2010?
Welche Veranstaltungen wurden im laufenden Haushaltsjahr durchgeführt? Welche sind noch geplant? Bitte einzeln auflisten, mit Angabe der Kosten.
Welche Veranstaltungen sind für 2011/2012 geplant? Bitte einzeln auflisten, wenn bereits bekannt.

Antwort der Landesregierung:

Vorauss. Ist 2010
Veranstaltungen MLUR: 91,8 T €
Veranstaltungen LLUR: 14,9 T €

<u>Durchgeführte Veranstaltungen 2010 des MLUR:</u>
Vertretung auf der Messe „new energy 2010“: 4.880,58 €.
Auftritt des Messestandes „Pferde- und Reiterland“ beim „Schleswig-Holstein Tag 2010“ und bei der „Internationalen Grünen Woche 2010“: 12.495,00 €.
Ausrichtung der „Trilateralen Wattenmeerkonferenz 2010“: 3.312,00 €.
Vertretung auf der Messe „NORLA 2010“: 3.388,25 €
Auf- und Abbau „Nordbau 2010“: 500,00 €
Messebegleitende Werbemittel: 7.161,86 €

<u>Geplante Veranstaltungen 2010 des MLUR:</u>
Klimaschutzkonferenzen 2010: 30.000,00 €.
Veranstaltungsreihe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2010: 4.500,00 €.
Veranstaltung der norddeutschen Länder zum Küsten- und Hochwasserschutz 2010;
Hier Kostenanteil: 2.600,00 €.
Veranstaltung Landeserntedankfest 2010: 2.500,00 €.
Veranstaltungsreihe „Genusspartie“ in 2010: 1.000,00 €.
Veranstaltung „Schleswig-Holstein is(s)t lecker“ in 2010: 5.000 €.
Veranstaltung „Pferde- und Reiterland“ in 2010: 12.500 €.

Veranstaltung „Tag des Exportes“ in 2010: 2.000 €.

Das Haushaltssoll wird in 2010 nicht erreicht, da zwei Veranstaltungen aufgrund von Terminengpässen ins nächste Jahr verschoben werden müssen.

Durchgeführte Veranstaltungen 2010 des LLUR:
NORLA (2.200,00 €); Schleswig-Holstein-Tag (100,00 €);
Ausstellungsmaterial für verschiedene Veranstaltungen (1.900,00 €) sowie verschiedene kleinere Veranstaltungen wie z.B. Norddeutsches Abwassersymposium; New Energy Messestand; Landespflanzenbörse; Regionaltag; Partner Meeting CLIWAT; Sieker Woche; Open Ship/Kieler Woche; Nordbau (Kosten jeweils < 100 €)

Geplante Veranstaltungen in 2010 des LLUR:
Abfalltagung (3.500 €); Tag des Geotops 2010, Naturschutztag (zusammen ca. 1.500 €)

Geplante Veranstaltungen 2011 des MLUR:
„Internationale Grüne Woche 2011“: 2.500,00 €.
Veranstaltung zum „Weltnaturerbe Wattenmeer “ in der Landesvertretung Berlin: 10.000,00 €.
Messe „new energy 2011“: 5.000,00 €.
Veranstaltung zum „Weltnaturerbe Wattenmeer“ im Hanse Office Brüssel: 15.000,00 €.
Messe „Nordbau 2011“: 500,00 €.
Messe „Norla 2011“: 3.000,00 €.
Veranstaltungsreihe „Genusspartie“ in 2011: 4.000,00 €.
Veranstaltung „Landeserntedankfest“ in 2011: 2.500,00 €.
Klimaschutzkonferenzen 2011: 20.000,00 €
Veranstaltungsreihe „Regionale Produkte“ in 2011: 10.000 €.
Veranstaltung „Equitana – Weltmesse des Pferdesports“: 10.000 €.
Messebegleitende Werbemittel (Nachbestellung): 2.500 €.

Geplante Veranstaltungen in 2011 des LLUR:

- Biologische Vielfalt, Artenschutz und Forstwirtschaft – Praxis der Forstbetriebe im Lande
- Fahrradexkursion durch die Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge
- Im Einklang Meer! – Naturerleben mit Zeit
- Kritische Sippen der Wasserpflanzen sicher ansprechen
- Praxisprobleme in Weidelandschaften
- Zeitreise durch die historische Kulturlandschaft Lütjenburgs und der Kossaumündung
- Geotope in Schleswig-Holstein

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	13
Kapitel:	01
Titel:	681 01
Zweckbestimmung:	Agrar- und Nachhaltigkeitspreise

Ansatz Ist 2009:	16,0
Ansatz Soll 2010:	7,3
Ansatz Soll HHE 2011:	15.5
Ansatz Soll HHE 2012:	4,4

Frage/Sachverhalt:

Sachverhalt: Veranschlagt sind 10.000 € für Nachhaltigkeitspreis in 2011 (2-jähriger Turnus) sowie 5.500 € in 2011 und 4.400 € in 2012 für „Tierzucht- und Garenbaupreise“. Darin enthalten ist der Landeswettbewerb „tiergerechte Haltung“.
Frage: Welche Preise wurden/werden im Einzelnen vergeben? Bitte aufschlüsseln. Werden in den Jahren 2011/2012 gegenüber den Vorjahren Preise wegfallen? Wenn ja, welche? Werden bei einzelnen Preisen die Preisgelder gekürzt? Wenn ja, bei welchen?

Antwort der Landesregierung:

Zum Nachhaltigkeitspreis
Bei der erstmaligen Vergabe 2009 wurde der Nachhaltigkeitspreis wie folgt verliehen:
1. Preis (5.000 €): Feinheimisch – Genuss aus Schl.-Holst. e.V.,
2. Preis (5.000 €). Weltladen TOP 21 e.V., Elmshorn.
Sonderpreis „Unternehmen“ (undot.): coop eG (sky-Verbrauchermarkt Meldorf),
Sonderpreis „Kommunen“ (undot.): Stadt Norderstedt.
Die Wertigkeit der Preise variiert. Eine Kürzung der Preisgelder ist nicht vorgesehen.

Tierzuchtpreise
Im Jahr 2009 wurden insgesamt 108 Staatsehrenpreise unterschiedlicher Wertigkeit im Tierzuchtbereich für herausragende züchterische Leistungen auf 31 Veranstaltungen vergeben.
Ein Wegfall von Ehrenpreisen in den Jahren 2011/2012 gegenüber den Vorjahren ist nicht vorgesehen. Die Entwicklung hin zu grundsätzlich kostengünstigeren Preisen wird fortgesetzt.

Gartenbaupreise

Für erfolgreiche Züchtungen und Präsentationen schleswig-holsteinischer Gartenbaubetriebe auf der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin wurden zwei Ehrenpreise zur Verfügung gestellt.

Wettbewerb „Tiergerechte Haltung“
Der Preis für den Wettbewerb „Tiergerechte Haltung“ wurde zuletzt im Jahr 2008 vergeben. Der Wettbewerb wurde für das Jahr 2010 ausgesetzt.
Eine Kürzung der Preisgelder beim Wettbewerb „Tiergerechte Haltung“ ist nicht vorgesehen.

Weggefallen ist der Ehrenpreis im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesforstverwaltung zur Ausgestaltung des Schulwaldwettbewerbs. Dieser wird von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ausgerichtet und finanziert.

Titel:	1301.00.68101
Zweckbestimmung	Ehrenpreise

Position/ Ausgabe	Ist 2009	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
2. Tierzucht und Gartenbaupreise	6.046	6.100	5.500	4.400

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	18
Kapitel:	01
Titel:	Summe MG 06
Zweckbestimmung:	LLUR

Ansatz Ist 2009:	1.303,8
Ansatz Soll 2010:	0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.828,9
Ansatz Soll HHE 2012:	1.216,4

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Hat es durch die Gründung des LLUR und Wegfall des LANU, der ÄlR und der StUÄ insgesamt, bei Berücksichtigung aller Kosten (Personalausgaben und sächliche Verwaltungsausgaben), bereits eine Einsparung im laufenden Haushaltsjahr im Vergleich zu 2009 gegeben? Wird dies in 2011 der Fall sein?

Antwort der Landesregierung:

Voraussichtliches IST 2010: 1,3 Mio. €
Das LLUR befindet sich gegenwärtig in einem noch andauernden Umstrukturierungs- und räumlichen Konzentrationsprozess, was z. B. in Hinblick auf die notwendigen Umzugskosten in 2011 sogar zu einem höheren Ansatz führt.
Bereits erfolgte Einsparungen im Personalbereich sind in dieser Maßnahmegruppe nicht erkennbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	525 06
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2009:	88,0
Ansatz Soll 2010:	0
Ansatz Soll HHE 2011:	75,2
Ansatz Soll HHE 2012:	70,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wird insgesamt bei den Aus- und Fortbildungskosten einschl. Reisekosten im Geschäftsbereich des MLUR und nachgeordneten Dienststellen eine Einsparung erzielt?
Anmerkung: Es handelt sich bei diesem Titel um Ausgaben in der MG 06 (LLUR). Im Haushalt 2009/2010 gab es diesen Titel noch nicht. Die Ansätze sind daher zu vergleichen mit den Titeln 525 14, 525 13 und 525 15 in den MG 11, 13 und 15 (LANU, ÄlR, StUÄ). Die Summe für 2010 (SOLL) betrug 148,5. In MG 10 (MLUR) sind ebenfalls Aus- und Fortbildungskosten einschl. Reisekosten veranschlagt, in Höhe von jeweils 180,0 T€ für 2011/2012.

Antwort der Landesregierung:

IST 2010 LLUR voraussichtlich 83,0 T. €

Das IST im LLUR betrug in 2009 88,0 T € und lag damit 22% unter dem Gesamt-IST der ÄLR, der StUÄ und des LANU aus 2008 (ges. 112,50 T€). Für 2011 und 2012 werden im Zuge der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung weitere Einsparungen von 12,8 T € für 2011 und 18,0 T € für 2012 gegenüber dem IST 2009 erbracht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	811 06
Zweckbestimmung:	Erwerb von Dienstfahrzeugen

Ansatz Ist 2009:	90,0
Ansatz Soll 2010:	0
Ansatz Soll HHE 2011:	402,6
Ansatz Soll HHE 2012:	97,6

Frage/Sachverhalt:

Der hohe Ansatz in 2011 resultiert in erster Linie aus der Ersatzbeschaffung eines Arbeitsbootes für die Muschelwirtschaft. Warum ist dies erforderlich?
Anmerkung: Die Summe der Ansätze in 2010 für den Erwerb von Dienstfahrzeugen in den MG 11, 13 und 15 betrug 113,4 T€.

Antwort der Landesregierung:

Das Boot wird regelmäßig im Rahmen des Programms zur Bewirtschaftung des mit der Muschelwirtschaft vereinbarten Muschelmanagements sowie zur Überprüfung von Sachverhalten, die bei der Überwachung der Muschelfischerei durch das Blackbox-Verfahren aufgefallen sind, eingesetzt. Hierbei wird das Boot regelmäßig an 35 bis 45 Tagen im Jahr eingesetzt.

Eine Anmietung ist nicht möglich, da das Boot in Flachwasserbereichen eingesetzt wird, mit einem Jet-Antrieb ausgestattet sein muss und mit einem Ausleger/Kran auszustatten ist, über den ein kleines Schleppnetz (Dregde) bzw. eine Unterwasser-Videoanlage eingesetzt werden kann. Die beim LKN verfügbaren Schiffe sind wegen des größeren Tiefgangs für diesen Zweck nicht einsetzbar.

Der notwendigen Investition stehen Einnahmen aus der Erteilung von Erlaubnissen zur Ausübung der Muschelfischerei gegenüber, für die im HH-Jahr 2011 ein Betrag von 134.400 € und im HH-Jahr 2012 ein Betrag von 153.600 € bei Titel 1317 124 10 veranschlagt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	18
Kapitel:	01
Titel:	518 10
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2009:	62,9
Ansatz Soll 2010:	128,0
Ansatz Soll HHE 2011:	94,7
Ansatz Soll HHE 2012:	75,7

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der im Vergleich zum IST 2009 hohe Ansatz in 2011 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 entwickelt sich ähnlich dem IST 2009.

In 2010 sind für die kommenden Jahre neue Verträge für die Kopiermaschinen des Ministeriums notwendig geworden.
Die endgültigen Kosten waren zur Haushaltsaufstellung noch nicht absehbar.

Seit 16.09. liegen die Konditionen der neuen Verträge vor.

Auf dieser Grundlage ergeben sich Kosten von voraussichtlich rd. 75 T€ in Abhängigkeit von der Nutzung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	18
Kapitel:	01
Titel:	525 10
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2009:	99,2
Ansatz Soll 2010:	111,5
Ansatz Soll HHE 2011:	180,0
Ansatz Soll HHE 2012:	180,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der im Vergleich zu den Vorjahren stark erhöhte Ansatz begründet?
Anmerkung: Es handelt sich um Aus- und Fortbildung in der Maßnahmengruppe 10 (MLUR). In der Maßnahmengruppe 06 (LLUR), Titel 525 06, sind ebenfalls Aus- und Fortbildungskosten einschl. Reisekosten veranschlagt, in Höhe von 75,2 T€ und 70,0 T€ für 2011/2012. Vgl. dazu gesonderte Frage.

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2010 sind bisher rund 80.000 € abgeflossen.

Der erhöhte Ansatz ergibt sich auf Grund der Änderung des Beamtenrechts (§ 22 LBG i.V.m. § 22 Abs. 3 – 5 ALVO).

Des Weiteren fallen Mehrkosten für vier Aufstiegsbeamte aufgrund der Änderung des Beamtenrechts an (vorgeschrieben sind jeweils 360 Std. an Fortbildungen je Aufstiegsbeamten).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	26
Kapitel:	12
Titel:	111 04
Zweckbestimmung:	Gebühren und vom Antragsteller zu erstattende Auslagen für die Erteilung des „Gute Laborpraxis“-Zertifikats

Ansatz Ist 2009:	19,5
Ansatz Soll 2010:	1,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der im Vergleich zum IST 2009 niedrige Ansatz in 2011 und 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 werden voraussichtlich rund 4.000 Euro eingenommen werden. Die Einnahmen schwanken jährlich und sind nicht genau planbar, da sie zum einen von der Durchführung von GLP-Inspektionen in schleswig-holsteinischen Prüfeinrichtungen und zum anderen von der Beteiligung der schleswig-holsteinischen GLP-Inspektoren bei GLP-Inspektionen in anderen Bundesländern oder ggfs. im Ausland abhängen. In 2009 wurden Mittel vereinnahmt, die sowohl aus GLP-Inspektionen vom Jahresende 2008 als auch aus Inspektionen im Laufe des Jahres 2009 stammten (daher sind die Einnahmen vergleichsweise sehr hoch).

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben im Titel 1312.00.53306 „Maßnahmen und Aufträge im Rahmen der Überprüfung des „Gute-Laborpraxis“-Zertifikats“ zur Verfügung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	26
Kapitel:	12
Titel:	111 05
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen bei immissionsschutzrechtlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren

Ansatz Ist 2009:	2.524,5
Ansatz Soll 2010:	1.600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.600,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.600,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der im Vergleich zum IST 2009 niedrige Ansatz in 2011 und 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 wird voraussichtlich zwischen 1,7 und 1,8 Mio. € betragen. Die Höhe der Gebühreneinnahmen ist abhängig von der Anzahl und von der jeweiligen Investitionssumme der Genehmigungsverfahren. Große Verfahren mit einer hohen Investitionssumme und einer entsprechend hohen Genehmigungsgebühr können in einzelnen Jahren (wie z.B. 2009) zu höheren Ergebnissen führen; in den Folgejahren werden die Ansätze wie auch in 2011 und 2012 dann wieder üblicher Erwartung angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	26
Kapitel:	12
Titel:	111 07
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen im Rahmen von Überprüfungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz

Ansatz Ist 2009:	11,3
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Warum werden für 2011 und 2012 keine Einnahmen in Ansatz gebracht?

Antwort der Landesregierung:

IST 2010 ca. 3,0 T. €

Die Höhe der Einnahmen ist in den einzelnen Haushaltsjahren starken Schwankungen unterworfen, da nicht in jedem Jahr annähernd gleich viele Verfahren zu bearbeiten sind. Zudem sind der Bearbeitungsumfang und damit die Höhe der zu erstattenden Auslagen nur sehr schwer schätzbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	31
Kapitel:	12
Titel:	533 61
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder andere(n) Auftragsformen für Untersuchungen, Messungen und Gutachten

Ansatz Ist 2009:	13,4
Ansatz Soll 2010:	73,8
Ansatz Soll HHE 2011:	5,0
33,0	5,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der gegenüber dem IST 2009 stark und gegenüber dem SOLL 2010 sehr stark verminderte Ansatz für 2011/2012 begrünet?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 wird voraussichtlich den Stand des Vorjahres erreichen (13,4 T. €).

Der Mittelbedarf in der TG 61 ist abhängig von Anzahl und Art der zu bearbeitenden Genehmigungsverfahren. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Haushalte 2009/2010 war aufgrund des Vorjahresergebnisses 2007 (58,2 Tsd. €) und wegen der erwarteten Großverfahren noch von einem Mehrbedarf bei den Ausgaben für Werkverträge und Gutachterleistungen auszugehen. Die Ansätze wurden daher gegenüber dem IST 2007 erhöht. Die Mittel fließen jedoch nicht immer im jeweiligen Haushaltsjahr ab, da je nach Bearbeitungsstand der Genehmigungsverfahren Gutachterleistungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten benötigt werden. Zudem werden Kosten von den Antragstellern direkt übernommen, die sonst zunächst aus der TG 61 finanziert werden müßten.

Aufgrund der Ergebnisse der Vorjahre und im Hinblick auf die zu erwartenden Verfahren wurden die Ansätze 2011 und 2012 verringert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	31
Kapitel:	12
Titel:	533 62
Zweckbestimmung:	Untersuchungen im Rahmen der Durchführung der EU-Richtlinien zur Luftqualität und Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Ansatz Ist 2009:	44,0
Ansatz Soll 2010:	60,0
Ansatz Soll HHE 2011:	35,0
33,0	35,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der gegenüber dem SOLL 2010 stark verminderte Ansatz für 2011/2012 begrünet?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2010 sind bisher 15.043 € verausgabt bzw. gebunden.
Der Mittelabfluss ist deutlich geringer als veranschlagt, da Messungen durch externe Messinstitute im Jahr 2010 in geringerem Umfang durchgeführt wurden.
Die bereits gewonnenen Erkenntnisse über die Luftbelastung rechtfertigen die Reduktion des Ermittlungsaufwandes in diesem und den folgenden Jahren.
Außerdem konnten die Kosten dadurch reduziert werden, dass der Betrieb der (externen) Messstellen in den üblichen Rahmen des Betriebs des Luftmessnetzes des Landes Schleswig-Holstein eingebunden wurde und so lediglich Kosten für die Laboranalysen entstanden.

Die für die Jahre 2011/2012 veranschlagten Mittel reichen weiterhin aus, um die Aktivitäten des Landes durch spezielle Ermittlungsaufgaben wie z.B. die Fortsetzung der orientierenden Messungen von Schwefeldioxid und Ammoniak oder die Durchführung von Berechnungen durch Externe sowie Qualitätssichernde Maßnahmen im Rahmen der Akkreditierung zu ergänzen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	34
Kapitel:	13
Titel:	099 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen Abwasserabgabe

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	1.480,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Warum entfallen diese Einnahmen künftig?

Antwort der Landesregierung:

Ab 2011 ff wird die Finanzierung von Vertragsnaturschutz aus 1313 MG 20 nur noch aus Mitteln der Grundwasserentnahmeabgabe erfolgen. Daher werden im Kapitel 1313 keine Einnahmen aus der Abwasserabgabe mehr zum Ansatz gestellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	36
Kapitel:	13
Titel:	533 03
Zweckbestimmung:	Erhebungen für Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen

Ansatz Ist 2009:	100,0
Ansatz Soll 2010:	150,0
Ansatz Soll HHE 2011:	80,1
Ansatz Soll HHE 2012:	64,1

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Maßnahmen wurden konkret gefördert?
Welche Maßnahmen werden nach Kürzung der Mittel künftig wegfallen?

Antwort der Landesregierung:

Bisher sind 76,5 T€ gebunden und noch in 2010 fällig (Stand 09/2010). Weitere Verträge sind in Vorbereitung. Insgesamt wurden bisher in 2010 sechs Werkverträge für Erhebungen für Schutz-; Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Schutzgebieten beauftragt.
Bei diesem Titel handelt es sich nicht um Fördermittel, sondern um einen Auftragstitel, der im Wesentlichen durch die Abteilung Naturschutz im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume bewirtschaftet wird.
Derzeit kann nicht beantwortet werden, welche Verträge ab 2011 konkret nicht beauftragt werden können.

Zusätzliche Erläuterung zu den Fragen die Maßnahmengruppe 01 Kapitel 1313 betreffend

Über die MG 01 werden im Wesentlichen finanziert:

Biotop gestaltende Maßnahmen, Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen in Schutzgebieten sowie Grunderwerb zur Umsetzung von Natura 2000 einschließlich Umsetzung der Managementpläne und Lokale Aktionen, u.a. Erstellung und Umsetzung von 66 Managementplänen sowie Förderung von 10 Lokalen Aktionen - (Stand 08/2010)
Mitteleinsatz rd. 3.950.000,00 €

Monitoring Natura 2000 / EU-Vogelschutz Richtlinie (Erfüllung von EU-Berichtspflichten)
Mitteleinsatz rd. 650.000,00 €

Umsetzung des Artenhilfsprogramms (Umsetzung EU-rechtlicher Verpflichtungen), dadurch Förderung von 83 Artenschutzprojekten (Stand 08/2010)
Mitteleinsatz rd. 1.100.000,00 €

Gebietsbetreuung (s. auch Frage b))
Mitteleinsatz rd. 850.000,00 €

Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen u.a. i.R. von Flurneuordnungsverfahren (primär Umsetzung Natura 2000 und Moorschutz)
Mitteleinsatz rd. 1.150.000,00 €

Sontiges Mitteleinsatz rd. 300.000,00 €

Insgesamt ist die MG 01 in den Haushaltsansätzen 2011/2012 gegenüber 2010 um 300,0 T€ abgesenkt worden.

Die Bedeutung begründet sich wie folgt. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist für die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstandes (z.B. Tourismus, Genreservoir Landwirtschaft), der Lebensqualität und die Bewahrung der Schöpfung für die nachkommende Generation (ethische Begründung) unabdingbar. Internationale Abkommen wie u.a. die FFH- und Vogelschutzrichtlinie der EU sowie die Biodiversitätsstrategien der EU und des Bundes verpflichten die Mitgliedstaaten zum aktiven Handeln.

Der Gesamtansatz der Maßnahmengruppe 01 ist wie ein Gesamtbudget anzusehen und im Rahmen der jeweiligen Deckungsfähigkeiten der einzelnen Titel innerhalb der Maßnahmengruppe wird im laufenden Haushaltsjahr so gewirtschaftet. Die Ansätze der einzelnen Titel sind Handlungsrichtschnur, die dennoch aber den Spielraum für weitere Maßnahmen auch anderer Titel zulassen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	43
Kapitel:	13
Titel:	686 04 (MG 01)
Zweckbestimmung:	An Vereine, Verbände …

Ansatz Ist 2009:	536,5
Ansatz Soll 2010:	250,0
Ansatz Soll HHE 2011:	353,0
Ansatz Soll HHE 2012:	353,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Maßnahmen wurden konkret gefördert?
Welche Maßnahmen werden nach Kürzung der Mittel künftig wegfallen?
Welche Gebiete sind von den Kürzungen konkret betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Bei diesem Titel wurde keine Kürzung vorgenommen, sondern es besteht eine Differenz vom Ansatz 2011/2012 gegenüber dem Ist 2009, weil bei Haushaltsaufstellung nicht abzusehen ist, wie viele Kooperationen, Lokale Aktionen und Projekte im Rahmen der Umsetzung von Natura 2000 finanzrelevant werden können. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmengruppe 01 kann der tatsächliche Mittelbedarf finanziert werden.
Nach derzeitigem Kenntnisstand ist daher von einer signifikanten Reduzierung von Fördermaßnahmen von Vereinen, Verbänden und Sonstigen nicht auszugehen.

Aktuell werden aus diesem Titel insgesamt 30 Kooperationen, Lokale Aktionen und Projekte im Rahmen der Umsetzung von Natura 2000 finanziert, die einen derzeit festgelegten überjährigen Mittelbedarf von rd. 790,0 T€ haben.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	43
Kapitel:	13
Titel:	752 01 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Anlage, Regeneration und Verbund….

Ansatz Ist 2009:	307,4
Ansatz Soll 2010:	50,0
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Maßnahmen wurden konkret gefördert?
Welche Maßnahmen werden nach Kürzung der Mittel künftig wegfallen?
Welche Gebiete sind von den Kürzungen konkret betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Bei diesem Titel wurde keine Kürzung vorgenommen, sondern es besteht eine Differenz vom Ansatz 2011/2012 gegenüber dem Ist 2009, weil bei Haushaltsaufstellung nicht abzusehen ist, wie viele Maßnahmen bei Anlage, Regeneration und Verbund von Biotopen im jeweils laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden können.
Im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmengruppe 01 kann der tatsächliche Mittelbedarf finanziert werden. Eine konkrete Gebiets- und Projektbenennung für 2011/20121 ist derzeit nicht möglich.

In 2010 (Stand 09/2010) sind bei diesem Titel rd. 350,0 T€ gebunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	44
Kapitel:	13
Titel:	883 01 (MG 01)
Zweckbestimmung:	An Kreise und Gemeinden….

Ansatz Ist 2009:	1.711,9
Ansatz Soll 2010:	1.350,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.350,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.350,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Maßnahmen wurden konkret gefördert?
Welche Maßnahmen werden nach Kürzung der Mittel künftig wegfallen?
Welche Gebiete sind von den Kürzungen konkret betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Bei diesem Titel wurde keine Kürzung vorgenommen, sondern es besteht eine Differenz vom Ansatz 2011/2012 gegenüber dem Ist 2009.
Mit diesem HH-Titel werden die notwendigen Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten und Natura 2000-Gebieten, die über die unteren Naturschutzbehörden umzusetzen sind, finanziert. Die im HH-Entwurf 2011/2012 ausgewiesenen Mittel decken im Mittel die in den vergangenen Jahren für diese Maßnahmen notwendigen Aufwendungen. In 2009 wurden zwei Großmaßnahmen in bestehenden NSG und Natura 2000-Gebieten durchgeführt, die über den üblichen Finanzierungsrahmen hinaus gingen, aber zur Abarbeitung rechtlicher Verpflichtungen notwendig sind.
Es wird davon ausgegangen, dass die Schutzgebietsmaßnahmen nur noch mit 1. Priorität finanziert werden können. Maßnahmen der 2. Priorität, die bis 2009 finanziert wurden, werden nicht oder nur noch in geringem Umfang finanziert werden können..
Aktuell sind bei diesem Titel rd. 1.200,0 T€ gebunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	46
Kapitel:	13
Titel:	893 01 (MG 01)
Zweckbestimmung:	An Stiftungen und Sonstige…

Ansatz Ist 2009:	3.288,2
Ansatz Soll 2010:	700,0
Ansatz Soll HHE 2011:	700,0
Ansatz Soll HHE 2012:	700,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Wie soll der notwendige Flächenerwerb zukünftig gewährleistet werden?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell sind bei diesem Titel 1.166,0 T€ gebunden. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmengruppe 01 kann derzeit der tatsächliche Mittelbedarf finanziert werden.

Aus heutiger Sicht ist auch für die Jahre 2011 / 2012 der notwendige Flächenerwerb im Rahmen von Natura 2000 aus diesem Titel gewährleistet, weil der Fokus der Flächenentwicklung zukünftig auf den biotopgestaltenden Maßnahmen liegen wird und die Flächenverfügbarkeit für Ankaufszwecke stark rückläufig ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	47
Kapitel:	13
Titel:	893 02 (MG 01)
Zweckbestimmung:	An Stiftungen und Sonstige…

Ansatz Ist 2009:	1.321,7
Ansatz Soll 2010:	830,0
Ansatz Soll HHE 2011:	830,0
Ansatz Soll HHE 2012:	830,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell sind bei diesem Titel 912,0 T€ gebunden. Sollte es weitere Projekte zur Umsetzung von Natura 2000 geben, ist beabsichtigt, diese im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen der Deckungsfähigkeit in der Maßnahmegruppe 01 zu finanzieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	49
Kapitel:	13
Titel:	681 03 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Entschädigungen…

Ansatz Ist 2009:	1.985,4
Ansatz Soll 2010:	1.260,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.260,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.260,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Gebiete sind von der Herabsetzung der Mittel betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell werden in 2010 bei diesem Titel rd. 1.050,0 T€ Landesmittel benötigt. Das Antragsverfahren für die „Natura 2000 Prämie“ ist noch nicht abgeschlossen.

Bei diesem Titel wurde keine Kürzung / Herabsetzung der Mittel vorgenommen, sondern es besteht eine Differenz vom Ansatz 2011/2012 gegenüber dem Ist 2009, weil bei der Haushaltsaufstellung nicht abzusehen ist, wie viele Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen für das Programm Natura 2000 zu leisten sind. Daher werden bisher alle Gebiete bedient, die sich in der Natura 2000-Gebietskulisse befinden und einen Antrag auf die Prämie gestellt haben. Ob das in 2011 ff auch so sein wird, wird erst nach dem Antragsverfahren 2011 ff zu beantworten sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	49
Kapitel:	13
Titel:	894 03 (MG 02)
Zweckbestimmung:	An Stiftungen und Sonstige…

Ansatz Ist 2009:	1.346,5
Ansatz Soll 2010:	700,0
Ansatz Soll HHE 2011:	700,0
Ansatz Soll HHE 2012:	700,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?

Antwort der Landesregierung:

Dieser Ausgabe-Titel ist einnahmeabhängig (zweckgebunden) vom Titel 1313.00.11998 (S. 34).
Sofern dort Einnahmen (eingenommene Ersatzgelder gem. § 15 BNatSchG i.V.m. § 9 LNatSchG durch die oberste Naturschutzbehörde) erzielt werden, können entsprechend geeignete Maßnahmen zur Umsetzung des Moorschutzprogramms im laufenden Haushaltsjahr bis zur Höhe der zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden.

Aktuell sind bei diesem Titel keine Mittel gebunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	49
Kapitel:	13
Titel:	685 04 und 685 05 (MG 04)
Zweckbestimmung:	Institutionelle Förderung gr. Naturschutzverb. und LNV

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Warum wird die Förderung gr. Naturschutzverb. komplett gestrichen?
Wie begründet die LR. Die Kürzungen der Zuwendungen an den LNV?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der erheblichen Einsparzwänge insbesondere im nicht investiven Bereich, wurden die Fördermittel für die sog. großen Naturschutzvereine und -verbände (bisherige Begünstigte: NABU, BUND und Verein Jordsand) gestrichen. Im Gegenzug wurde der Ansatz im HH-Titel 68505 erhöht, damit der NABU, der BUND und der Verein Jordsand ihren Mitwirkungsrechten nach § 63 BNatSchG (sog. AG 29) nachkommen können. Diese Wahrnehmung der Mitwirkungsrechte würde unter dem Dach der AG 29 erfolgen, die durch den LNV koordiniert und gebündelt wird. Sollte die in Rede stehenden Verbände der AG 29 wieder beitreten, so können sie von den umfinanzierten Mitteln in Höhe von 107,1 T€ in 2011 und 85,7 T€ in 2012 für die AG 29 an Mitteln zur Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte partizipieren.
Wie vorstehend bereits dargestellt, war es unumgänglich auch eine Kürzung der institutionellen Förderung des LNV vorzunehmen, daher ab 2011 ff eine Förderung in Höhe von 117,0 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	49
Kapitel:	13
Titel:	685 09 (MG 04)
Zweckbestimmung:	An Vereine und Verbände….

Ansatz Ist 2009:	136,5
Ansatz Soll 2010:	120,5
Ansatz Soll HHE 2011:	108,5
Ansatz Soll HHE 2012:	86,8

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010?
Welche Projekte wurden bislang gefördert, welche fallen zukünftig weg?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell sind bei diesem Titel rd. 118,0 T€ gebunden.

Es wurden bisher im laufenden Haushaltsjahr 20 Anträge zur Förderung von verschiedenen Artenschutzprojekten gestellt, von denen bis heute 19 Anträge bewilligt werden konnten. Welche Artenschutzprojekte künftig möglicherweise nicht mehr gefördert werden können, kann aus heutiger Sicht nicht beantwortet werden, da die Förderungen antragsabhängig sind und die Anträge im jeweiligen Förderjahr im Laufe der ersten Jahreshälfte gestellt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	52
Kapitel:	13
Titel:	681 21 (MG20)
Zweckbestimmung:	Entschädigungen … Vertragsnaturschutz.

Ansatz Ist 2009:	151,1
Ansatz Soll 2010:	228,5
Ansatz Soll HHE 2011:	768,8
Ansatz Soll HHE 2012:	755,3

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte wurden bislang gefördert, welche fallen zukünftig weg?
Welche Gebiete sind davon betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Es werden in diesem Bereich über den hier angebotenen Vertragsnaturschutz insbesondere die Zielsetzungen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie (Natura 2000 und EU-Artenschutzanforderungen) umgesetzt und Ziele des Gewässerschutzes (Umsetzung WRRL) unterstützt.
Die Veränderung der Ansätze in der MG 20 erklären sich mit der Umfinanzierung des abgabefinanzierten Vertragsnaturschutzes (bis 2010 noch aus der Grundwasserentnahmeabgabe und aus der Abwasserabgabe), der nun ab 2011 nur noch aus der Grundwasserentnahmeabgabe finanziert wird und Teile des ehemals abwasserabgabe-finanzierten Vertragsnaturschutzes ersetzt. Insgesamt wurden die Ansätze den zu erwartenden Einnahmen aus der Grundwasserentnahmeabgabe angeglichen.
Aus heutiger Sicht werden mit den derzeitigen Haushaltsansätzen keine bisher geförderten Gebiete finanziell negativ betroffen sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	53
Kapitel:	13
Titel:	681 22 (MG2 0)
Zweckbestimmung:	Entschädigungen … Natura 2000

Ansatz Ist 2009:	937,4
Ansatz Soll 2010:	800,0
Ansatz Soll HHE 2011:	650,0
Ansatz Soll HHE 2012:	638,5

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte wurden bislang gefördert, welche fallen zukünftig weg?
Welche Gebiete sind davon betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Es werden in diesem Bereich über den hier angebotenen Vertragsnaturschutz insbesondere die Zielsetzungen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie (Natura 2000 und EU-Artenschutzanforderungen) umgesetzt und Ziele des Gewässerschutzes (Umsetzung WRRL) unterstützt.
Die Veränderung der Ansätze in der MG 20 erklären sich mit der Umfinanzierung des abgabefinanzierten Vertragsnaturschutzes (bis 2010 noch aus der Grundwasserentnahmeabgabe und aus der Abwasserabgabe), der nun ab 2011 nur noch aus der Grundwasserentnahmeabgabe finanziert wird und Teile des ehemals abwasserabgabe-finanzierten Vertragsnaturschutzes ersetzt. Insgesamt wurden die Ansätze den zu erwartenden Einnahmen aus der Grundwasserentnahmeabgabe angeglichen.
Aus heutiger Sicht werden mit den derzeitigen Haushaltsansätzen keine bisher geförderten Gebiete finanziell negativ betroffen sein.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	54
Kapitel:	13
Titel:	671 23 (MG 23)
Zweckbestimmung:	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (LGSH), Kiel, für die Durchführung des Vertragsnaturschutzes und des Dauergrünlandprogramms

Ansatz Ist 2009:	461,7
Ansatz Soll 2010:	600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	800,0
Ansatz Soll HHE 2012:	800,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Entwicklung des IST 2010? Wie wird der im Vergleich zum IST 2009 und zum SOLL 2010 erhöhte Ansatz für 2011/2012 begründet? Wie hoch ist das Fördervolumen, das durch die Landgesellschaft beim Vertragsnaturschutz und Dauergrünlandprogramm verwaltet wird? Welche Alternativen gegenüber der Verwaltung durch die LGSH gibt es bezüglich der genannten Programme?

Antwort der Landesregierung:

Die Höhe der Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die LGSH richtet sich nach dem Fördervolumen der laufenden Verträge und nach dem Fördervolumen der Neuabschlüsse im jeweiligen Kalender-/Haushaltsjahr. Derzeit wird im Vertragsnaturschutz (MG 23) insgesamt ein Fördervolumen von rd. 2.115,0 T € (nur Landesanteil) verwaltet. An diesem verwalteten Fördervolumen, lassen sich die Höhe der vertraglich vereinbarten Erstattungsbeträge an die LGSH festmachen und sind an diese jährlich zu zahlen.
Grund für den erhöhten Ansatz sind zwei neue Vertragsmuster „Dauerweide und Ackerlebensräume“, mit denen das Angebot des Vertragsnaturschutzes seit 2010 ausgeweitet wurde und die in 2011/2012 ff verstärkt kassenwirksam werden.

Derzeit gibt es keine wirtschaftlichen Alternativen zur Verwaltung des Vertragsnaturschutzes durch die LGSH.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	57
Kapitel:	13
Titel:	MG 72
Zweckbestimmung:	Integrierte Stationen

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Wie findet sich die geplante ISG Mölln im Haushalt wieder?

Antwort der Landesregierung:

Die geplante IS Mölln wurde bei der Aufstellung der Beiträge zu den HH-Plänen 2011/2012 nicht berücksichtigt. Die Anmeldungen beinhalten Haushaltsmittel für die bereits bestehenden vier Integrierten Stationen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	59
Kapitel:	14
Titel:	099 04
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Jagdabgabe

Ansatz Ist 2009:	552,5
Ansatz Soll 2010:	650,0
Ansatz Soll HHE 2011:	530,0
Ansatz Soll HHE 2012:	500,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklären sich die sinkenden Einnahmen aus der Jagdabgabe?

Antwort der Landesregierung:

Nach § 16 Landesjagdgesetz und nach der Landesverordnung über die Jagdabgabe können Jagdscheine gelöst werden, die für 3 Jahre gültig sind, so dass die Einnahmen nach Einführung dieser Regelung zyklisch schwanken. In 2013 werden die Einnahmen vermutlich wieder ansteigen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	61
Kapitel:	14
Titel:	685 02
Zweckbestimmung:	Zuweisung an die Landesforsten

Ansatz Ist 2009:	4.140,0
Ansatz Soll 2010:	4.170,0
Ansatz Soll HHE 2011:	3.510,5
Ansatz Soll HHE 2012:	3.482,5

Frage/Sachverhalt:

Welche Gemeinwohlleistungen sollen nach Mittelkürzung nicht mehr oder eingeschränkt erbracht werden?

Antwort der Landesregierung:

Entsprechend der Zielvereinbarung über die Erbringung besonderer Gemeinwohlleistungen für die Jahre 2011 bis 2014 wird insbesondere im Bereich des Flächenankaufs und der Neuwaldbildung gekürzt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	76/90/168
Kapitel:	15/15/20
Titel:	632 02/32 20/671 01
Zweckbestimmung:	Förderung des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden

Ansatz Ist 2009:	16,4 (9,6) (13,0) Summe: 39,0
Ansatz Soll 2010:	16,7 (9,6) (13,0) Summe: 39,3
Ansatz Soll HHE 2011:	25,3 (14,5) (13,0) Summe: 52,8
Ansatz Soll HHE 2012:	25,3 (14,5) (13,0) Summe: 52,8

Frage/Sachverhalt:

Alle drei Titel dienen der Förderung des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden“. Finanzierung aus der Abwasserabgabe, der Grundwasserabgabe und der GAK. Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Projekte werden im Einzelnen gefördert? Wie wird der Mehrbedarf begründet?

Antwort der Landesregierung:

Zur Vereinheitlichung des wasserrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Vollzuges führen die Bundesländer gemeinsam das Länderfinanzierungsprogramm Wasser, Boden und Abfall durch. Aus dem Länderfinanzierungsprogramm werden sowohl Forschungs- und Entwicklungsvorhaben als auch Regelwerksarbeit und die Erstellung von Normen gefördert, die für den wasser- und bodenschutzrechtlichen Vollzug erforderlich sind.

Gefördert werden z.B. Maßnahmen/Projekte zu den Themen Normenüberarbeitung, Wasseranalytik und Abwassertechnik sowie Bewertungs- und Untersuchungsmethoden. Die Maßnahmen werden in den Jahresprogrammen der Bund-Länderarbeitsgemeinschaften festgelegt.l

Das umzusetzende Programm wird jährlich beschlossen, die finanzielle Beteiligung der Länder richtet sich nach dem Königsteiner Schlüssel.
Aus heutiger Sicht werden die 39 T€ zur Förderung des Länderfinanzierungsprogramms „Wasser und Boden komplett verausgabt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	100
Kapitel:	15
Titel:	Summe MG 33
Zweckbestimmung:	Flächenhafter Schutz oberirdischer Gewässer (Oberflächenwasserabgabe)

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	638,7
Ansatz Soll HHE 2011:	186,8
Ansatz Soll HHE 2012:	197,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010 für diese Maßnahmengruppe ?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bisher rd. 40 T€ durch Zuwendungen an Wasser- und Bodenverbände verplant. Diese Mittel kommen aller Voraussicht nach bis Ende des Haushaltsjahres in gleicher Höhe zur Auszahlung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	73
Kapitel:	15
Titel:	686 01
Zweckbestimmung:	Zuwendung an die NationalparkServicegGmbH

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	727,0
Ansatz Soll HHE 2012:	727,0

Frage/Sachverhalt:

Diesen Titel gab es im Haushalt 2009/2010 nicht. Hat die NationalparkServicegGmbH bisher keine Zuwendungen erhalten? Wenn doch, aus welchem Titel?

Antwort der Landesregierung:

Die Zuwendung an die NationalparkServicegGmbH erfolgte im Haushalt 2009/2010 in gleicher Höhe über den Titel 1315 – 685 02.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	78
Kapitel:	15
Titel:	681 03
Zweckbestimmung:	An Grundstückseigentümer für Nutzungsbeschränkungen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	5,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5,0
Ansatz Soll HHE 2012:	5,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie hoch waren die Ausgaben in den Jahren 2007 und 2008?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bisher keine Ausgaben getätigt worden.

In 2007 und 2008 wurden keine Ausgaben getätigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	79
Kapitel:	15
Titel:	887 03
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände

Ansatz Ist 2009:	1.025,3
Ansatz Soll 2010:	983,4
Ansatz Soll HHE 2011:	500,0
Ansatz Soll HHE 2012:	500,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie werden die gegenüber dem IST 2009 und dem SOLL 2010 stark verminderten Ansätze für 2011/2012 begründet? Welche der in den Erläuterungen genannten Maßnahmen sind in erster Linie von diesen Kürzungen betroffen?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 werden vermutlich 550,0 T€ verausgabt werden.

Aufgrund der Anhebung der Fördersätze auf 90 % der förderfähigen Kosten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) verändern sich die Bedarfe bei der GAK. In der Folge werden weniger Mittel bei 1315 – 887 03 eingesetzt.
Durch die verbesserten Zuwendungsbedingungen bei der GAK können die Ansätze 2011/12 bei 1315 – 887 03 ohne nachteilige Auswirkungen auf den Umfang der geförderten Gewässerentwicklungsmaßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in etwa halbiert werden gegenüber dem Ist 2009.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	72/73
Kapitel:	15
Titel:	685 02, 685 06, 894 01
Zweckbestimmung:	Betriebszuschuss (Sachkosten), Personalkostenzuschuss und Investitionszuschuss für LKN-SH

Ansatz Ist 2009:	30.804,9
Ansatz Soll 2010:	28,034,6
Ansatz Soll HHE 2011:	31.414,9
Ansatz Soll HHE 2012:	32.110,6

Frage/Sachverhalt:

Die drei Titel sind untereinander deckungsfähig. Gegenüber dem Haushalt 2009/2010 ist es zu großen Verschiebungen (Übertragungen) gekommen. Welchen Hintergrund haben diese Übertragungen? Wie ist der stetige Anstieg der Kosten zu erklären? Wie entwickeln sich die Sachkosten, die Personalkosten und die Investitionskosten für den Landesbetrieb (LKN-SH) insgesamt? Bitte um Aufstellung der o.g. Titel sowie Titel 685 03, 685 04, 685 05, 686 01, 894 04, 894 05, 894 06.

Antwort der Landesregierung:

Im Titel 685 06 werden ausschließlich die erforderlichen Personalkosten als Zuweisung des Landes für den laufenden Betrieb des Landesbetriebes veranschlagt.

Die differenzierte Ausweisung der Sach- und Personalkosten in verschiedenen Zuschusstiteln diente der Klarstellung im Doppelhaushalt 2011/2012. Der Anstieg bei den Personalkosten ist durch die Tarif- und Besoldungserhöhung in den Jahren 2008, 2009 und 2010 zu erklären.

Beim Investitionszuschuss (Titel 894 01) sind die Ansatzsteigerungen aufgrund des bestehenden, nicht aufschiebbaren Investitionsstaus aufgenommen.

Die Aufstellung zu den einzelnen Titeln ist der nächsten Seite zu entnehmen.

Aufstellung zu den gewünschten Titeln, angaben in T€.

Titel	Ist 2009	Soll 2010	Soll HHE 2011	Soll HHE 2012
685 02	27.763,8	25.136,6	4.303,2	4.103,8
685 03	793,0	1.377,8	1.150,5	1.291,5
685 04	582,5	458,9	642,0	652,0
685 05	209,5	564,1	484,8	493,8
685 06	0,0	0,0	22.150,0	22.050,0
686 01	0,0	0,0	727,0	727,0
894 01	3.041,1	2898,0	4961,7	5.956,8
894 04	137,7	320,0	165,0	505,0
894 05	130,0	180,0	192,0	103,0
894 06	310,0	10,0	420,0	440,0

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	68
Kapitel:	15
Titel:	099 05
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe

Ansatz Ist 2009:	10.667,1
Ansatz Soll 2010:	5.968,0
Ansatz Soll HHE 2011:	11.665,0
Ansatz Soll HHE 2012:	26.800,0

Frage/Sachverhalt:

Wie wird der hohe Ansatz für 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Es wurde von einem laufenden Betrieb des KKW Brokdorf und der Wiederinbetriebnahme des KKW Krümmel spätestens Anfang 2011 ausgegangen. Der Ansatz für 2012 begründet sich über die damit verbundenen höheren Entnahmemengen aus Oberflächengewässern.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	70
Kapitel:	15
Titel:	371 01
Zweckbestimmung:	Globale Mehreinnahme

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	4.000,0

Frage/Sachverhalt:

Es handelt sich vermutlich um die geplante Küstenschutzabgabe? Auf welcher Grundlage soll diese erhoben, wie umgesetzt werden? Entstehen durch die Umsetzung Verwaltungskosten? Wenn ja, in welchem Ausgabentitel sind diese zu finden?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine geplante, ab Jahr 2012 zu erhebende Abgabe. Grundlage ist der § 63 des Landeswassergesetzes, der für die Einführung der Küstenschutzabgabe weiterzuentwickeln ist.

Verwaltungskosten fallen für die Zusammenstellung der für die Erhebung der Abgabe benötigten Daten und für den laufenden Vollzug an.

Der Ausgabetitel bzw. notwendige Haushaltsvermerke werden noch über die Nachschiebeliste in den Haushaltsplan eingebracht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	77
Kapitel:	15
Titel:	883 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte

Ansatz Ist 2009:	1.395,8
Ansatz Soll 2010:	175,2
Ansatz Soll HHE 2011:	295,3
Ansatz Soll HHE 2012:	170,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010?

Antwort der Landesregierung:

Der HH-Ansatz 2010 wird komplett verausgabt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	82
Kapitel:	15
Titel:	634 04
Zweckbestimmung:	An das WSA Cuxhaven für gemeinsame Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen des Bundes und der Küstenländer

Ansatz Ist 2009:	1.497,9
Ansatz Soll 2010:	130
Ansatz Soll HHE 2011:	150
Ansatz Soll HHE 2012:	150

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie hoch waren die Ausgaben in den Jahren 2007 und 2008?

Antwort der Landesregierung:

Die Ist-Ausgabe 2010 liegt derzeit bei rd. 708 T€. Darin enthalten ist jedoch die Kostenerstattung an die Küstenländer auf der Grundlage der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos im Rahmen einer komplexen Schadenslage, der eine entsprechende Einnahme gegenübersteht.
Die gemeinsamen Übungen des Bundes und der Küstenländer werden voraussichtlich wie geplant durchgeführt werden, so dass der dafür vorgesehene Haushaltsansatz in voller Höhe abfließen wird.
Ausgaben 2007: 49,3 T€
Ausgaben 2008: 1.187,9 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	85
Kapitel:	15
Titel:	547 05
Zweckbestimmung:	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	25,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5,0
Ansatz Soll HHE 2012:	5,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie hoch waren die Ausgaben in den Jahren 2007 und 2008?

Antwort der Landesregierung:

Die Haushaltsmittel werden in 2010 – soweit kein unabweisbarer Bedarf entsteht – aufgrund der Mindereinnahmen bei der Abwasserabgabe nicht verausgabt.
Ausgaben in 2007: 58,3 T€
Ausgaben in 2008: 6,7 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	90
Kapitel:	15
Titel:	527 20
Zweckbestimmung:	Dienstreisen (MG 20)

Ansatz Ist 2009:	4,9
Ansatz Soll 2010:	21,0
Ansatz Soll HHE 2011:	15,0
Ansatz Soll HHE 2012:	15,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie hoch waren die Ausgaben in 2008 und 2007?

Antwort der Landesregierung:

Es ist für 2010 von einem Mittelabfluss von etwa 9 T€ auszugehen.

IST 2008: 3.457,44 €
IST 2007: 4.471,51 €

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	91
Kapitel:	15
533 26	533 26
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderer Auftragsformen

Ansatz Ist 2009:	21,6
Ansatz Soll 2010:	150,0
Ansatz Soll HHE 2011:	30,0
Ansatz Soll HHE 2012:	30,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie werden die gegenüber dem IST 2009 verminderten Ansätze für 2011/2012 begründet? Welche Erhebungen werden in laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel finanziert? Welche Erhebungen sind für 2011/2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Der angeführte „Ansatz Soll 2010“ von 150,0 setzt sich sowohl aus Mitteln für das LLUR als auch aus Mitteln für den LKN-SH zusammen. Von dem Soll 2010 sind 40,0 an das LLUR, weitere Mittel sind dem LKN-SH bei 1315 – 685 04 zugewiesen worden.
Es wird davon ausgegangen, dass die Mittel komplett verausgabt werden.

Die Ansätze 2011/2012 enthalten nur den Bedarf des LLUR. Der Höhe nach ist der Bedarf unmittelbar von den Ergebnissen vorangehender Untersuchungen abhängig und wird für den Ansatz 2011/2012 aufgrund von Erfahrungswerten als durchschnittlicher Bedarf kalkuliert.

Im laufenden Jahr dienen die Mittel des LKN-SH der Errichtung von Grundwassermessstellen, die Mittel im LLUR werden für hydrochemische Grundwasseruntersuchungen, für die Erarbeitung agrarstruktureller Fachbeiträge, für die Einholung von Katasterdaten und für Vermessungsleistungen im Zuge der Erhebung der Gefährdungssituation in Grundwassereinzugsgebieten benötigt.

Der Bedarf 2011/2012 ist abhängig von den Ergebnissen vorhergehender Untersuchungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	83/85
Kapitel:	15
Titel:	511 05 / 812 05
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation, Geräte…./Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2009:	37,9 / 0,0
Ansatz Soll 2010:	42,3 / 0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	38,8 / 22,0
Ansatz Soll HHE 2012:	68,8 / 75,0

Frage/Sachverhalt:

Wie wird der erhöhte Ansatz in 2012 für den Titel 511 05 begründet? Darin enthalten sind Ausgaben für Geräte und Geschäftsbedarf für das Schifflabor MS „Haithabu“, sie steigen von 26,8 T€ in 2011 auf 47,5 T€ in 2012, sowie Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände für das Biolabor, sie steigen von 12,0 auf 20,5 T€.). Der Titel 812 05 sieht zusätzlich Ausgaben für Ausrüstung für das Schiffslabor MS „Haithabu“ vor.

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der geringeren Einnahmeerwartung bei der Abwasserabgabe mussten für in 2010 und 2011 beabsichtigte Maßnahmen in das Haushaltsjahr 2012 verschoben werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	86
Kapitel:	15
Titel:	533 11, 547 07, 883 07, 887 07, 892 07, 893 07
Zweckbestimmung:	Wiedervernässung von Mooren

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Warum sind hier die Ansätze auf Null? Sind keine Maßnahmen geplant? Ausgaben können bis zur Höhe der für diesen Zweck bei 099 01 aufkommenden Einnahmen (Einnahmen aus der Abwasserabgabe) getätigt werden. Wie unterscheidet sich die MG 07 von der MG 03 (Maßnahmen zur Gewässerentwicklung, Wiedervernässung von Niedermooren und zur Verminderung von Stoffeinträgen)? Beim Titel 887 07 waren im Haushaltsplan 2009/2010 50 T€ für 2010 eingeplant. Das findet sich im aktuellen Plan nicht wieder, warum nicht?

Antwort der Landesregierung:

Die Titel 883 07 und 887 07 der MG 07 wurden nach 883 03 bzw. nach 887 03 der MG 03 übertragen. Bei den übrigen o. a. Titeln der MG 07 sind in den zurückliegenden Jahren keine größeren Ausgaben mehr angefallen, die einen Ansatz rechtfertigen würden.

Maßnahmen zur Vernässung von Niedermooren werden mit den Maßnahmen zur Gewässerentwicklung (MG 03) gebündelt und im Rahmen des Maßnahmenprogramms nach Art. 11 Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt.

Unterschieden wurde aufgrund der älteren Landes – und Förderprogramme zum integrierten Fließgewässerschutz (IGS) und dem Niedermoorprogramm. Fachlich gesehen ergänzten sich die Ziele dieser Programme schon in de 90-iger Jahren d. v. J, da sowohl für die Gewässerentwicklung (Schwerpunkt: Verbesserung der Gewässerstrukturen) als auch Vernässung von Niedermooren (Schwerpunkt: Stoffrückhalt) die Reaktivierung von ehemaligen Niederungs-, Niedermoor oder Schöpfwerksgebieten erforderlich war. In der Bewirtschaftungsplanung (Maßnahmenprogramm nach Art. 11 WRRL) werden die fachlichen Anforderungen beider Programme berücksichtigt und gebündelt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	92
Kapitel:	15
533 26	533 29
Zweckbestimmung:	Landwirtschaftliche Grundwasserschutzberatung

Ansatz Ist 2009:	197,3
Ansatz Soll 2010:	606,7
Ansatz Soll HHE 2011:	265,2
Ansatz Soll HHE 2012:	355,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie werden die gegenüber dem SOLL 2010 verminderten Ansätze für 2011/2012 begründet? Wie verhält sich dieser Titel zu Titel 13 15 533-34?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel werden voraussichtlich rd. 172 T€ in 2010 verausgabt werden. Diese Differenz zum SOLL 2010 ist darin begründet, dass die ursprünglich für noch 10 weitere auszuweisende Wasserschutzgebieten (WSG) vorgesehene Grundwasserschutzberatung in 2010 noch nicht beauftragt wurde, da diese WSG z. Zt. noch nicht ausgewiesen sind. Die Mittelansätze hierfür sind jetzt für 2011 und 2012 bereits berücksichtigt.

Die landwirtschaftliche Grundwasserschutzberatung in WSG wird nur für die ersten fünf Jahre vom Land bzw. MLUR direkt beauftragt und finanziert. Wenn danach die Beratung in den WSG weitergeführt werden soll, übernimmt die Beauftragung der Beratung das jeweils begünstigte Wasserversorgungsunternehmen. Da in 2010/ 2011 bei insgesamt 8 WSG die erste fünfjährige vom MLUR finanzierte Phase der Beratung ausläuft, entfällt hier auch die Mitteleinplanung und -bereitstellung.

Bei Titel 533 29 handelt es sich ausschließlich um die Mittel, die für die Grundwasserschutz-Beratung in festgesetzten Wasserschutzgebieten eingesetzt werden.
Bei dem Titel 533 34 sind die Sach- und Investitionsausgaben zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie für den Bereich Grundwasser veranschlagt. Diese HH-Mittel werden für die gezielte Gewässerschutzberatung für die Landwirtschaft innerhalb der Kulisse der Grundwasserkörper im chemisch schlechten Zustand eingesetzt (gesamte Geest/ Mittelrücken in SH) und stehen daher in keinem direktem Zusammenhang mit Titel 533 29.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	93
Kapitel:	15
Titel:	891 22
Zweckbestimmung:	An Wasserversorgungsunternehmen für Grundstücksankäufe

Ansatz Ist 2009:	355,2
Ansatz Soll 2010:	15,7
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der gegenüber dem SOLL 2010 stark erhöhte bzw. gegenüber dem IST 2009 stark verminderte Ansatz für 2011/2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell sind noch keine Mittel abgeflossen, es bestehen aber Festlegungen über insgesamt 178,3 T€. Ob der geplante Flächenerwerb tatsächlich noch in 2010 abgewickelt wird, kann noch nicht beurteilt werden.

Gefördert wird der Flächenerwerb im Nahbereich der Wasserwerke. Der Mittelbedarf ist abhängig von den durch die Wasserversorger gestellten Anträgen. Die Nachfrage variiert sehr stark von Jahr zu Jahr. Für die Jahre 2011/2012 wurde eine der Haushaltslage angepasste Annahme getroffen. Der konkrete Bedarf ist jährlich zu ermitteln.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	96
Kapitel:	15
Titel:	533 31
Zweckbestimmung:	Erstellen von Programmen Konzepten, Broschüren und Ähnlichem

Ansatz Ist 2009:	48,9
Ansatz Soll 2010:	80,0
Ansatz Soll HHE 2011:	80,0
Ansatz Soll HHE 2012:	90,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010 ? Welche Programme, Konzepten, Broschüren und Ähnliches wurden im Einzelnen im laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Entsprechend der EG-WRRL 2000/60/EG soll auch bei Umsetzung der EG-HWRL 2007/60/EG die frühzeitige Information und Konsultation der Öffentlichkeit erfolgen. In Schleswig-Holstein wurde hierzu das Beteiligungsmodell mit den Bearbeitungsgebietsverbänden und deren Arbeitsgruppen entwickelt und bisher erfolgreich umgesetzt. Für die Vergabe von Werkverträgen zur Erstellung von Broschüren, Flyern usw. und zur Durchführung von Veranstaltungen zur kontinuierlichen Information und rechtzeitigen fachlichen Beteiligung der Wasser- und Bodenverbände und deren Arbeitsgruppen werden die veranschlagten HH-Mittel dringend benötigt.
Ein Werkvertrag zur Erstellung von Broschüren usw. und zur Durchführung von Veranstaltungen befindet sich in der Ausschreibung. Es ist mit einer vollständigen Ausschöpfung der HH-Mittel zu rechnen.
Bislang wurden 7.000,- Euro für ein Schulprojekt verausgabt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	97
Kapitel:	15
Titel:	533 32
Zweckbestimmung:	Werkverträge und andere Auftragsformen

Ansatz Ist 2009:	63,6
Ansatz Soll 2010:	6,5
Ansatz Soll HHE 2011:	323,2
Ansatz Soll HHE 2012:	408,2

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind im Bereich Binnenhochwasserschutz im Einzelnen vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen von Werkverträgen werden Grundlagen erarbeitet, die zur Erfüllung der Anforderungen der EG-Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken 2007/60/EG (HWRL) benötigt werden. Im Einzelnen sind zur Erfüllung der Berichtspflichten gegenüber EU-KOM landesweit HW-Risikogebiete zu ermitteln und für diese Gebiete Hochwassergefahren- und -risikokarten zu erstellen.
Gewässerkundliche Daten und deren Auswertung sind zur Umsetzung der EG-Hochwasserrichtlinie eine entscheidende Grundlage.
Erkenntnisse zur Entstehung eines Binnenhochwassers u. a. im Zusammenwirken erhöhter Tidewasserstände (sowohl einzelne Sturmfluten wie auch Kettentiden über mehrere Tage) sind einschließlich der Veränderungen durch den Klimawandel erforderlich.
Zur Information der Bevölkerung über die Hochwasser- und Sturmflutsituation wurde die Internetseite hsi.schleswig-holstein.de (Hochwasser-Sturmflut-Information) eingerichtet und laufend aktualisiert. Darüber hinaus sind für die großen Gewässersysteme des Landes Hochwasseralarmpläne geplant, die mit dem Ziel der Schadensminderung der Erfüllung der Verpflichtungen aus der EU-Hochwasserrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes dienen. Letztlich sind in Hochwasserrisikomanagementplänen die zur Beherrschung der Risiken erforderlichen und zweckdienlichen Maßnahmen darzulegen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	97
Kapitel:	15
Titel:	533 33
Zweckbestimmung:	Fachinformationssystem K3 – Umwelt/WaFIS

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	360
Ansatz Soll HHE 2012:	230

Frage/Sachverhalt:

Die Summe der Neuverpflichtungen beträgt nach der Aufstellung S. 98 560 T€. Die Ansätze für 2011/2012 ergeben in der Summe 580.

Antwort der Landesregierung:

Es wurden Kassenmittel in 2011 von 360,0 T€ und in 2012 von 230,0 T€ - insgesamt also 590,0 T€ (Seite 97 unten) veranschlagt.

Zusätzlich wurden Verpflichtungsermächtigungen (VE) für 2012 in der Summe von 280 T€ veranschlagt (Neuverpflichtungen siehe Aufstellung S. 98) Diese werden in den Jahren 2013 und 2014 mit jeweils 140 T€ kassenwirksam.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	100
Kapitel:	15
Titel:	681 33
Zweckbestimmung:	An Grundstückseigentümer für Nutzungseinschränkungen im Rahmen des Fließgewässerschutzes

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	38,7
Ansatz Soll HHE 2011:	25,0
Ansatz Soll HHE 2012:	25,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Für welche Art der Nutzungseinschränkungen wurden im laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel Zahlungen an Flächeneigentümer geleistet?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bisher keine Mittel gebunden oder verausgabt worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	100
Kapitel:	15
Titel:	887 33
Zweckbestimmung:	An Wasser- und Bodenverbände zum Ankauf von Grundstücken an oberirdischen Gewässern

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	161,8
Ansatz Soll HHE 2012:	172,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der gegenüber dem SOLL 2010 stark verminderte Ansatz für 2011/2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bisher rd. 31.600 € durch Zuwendungen an Wasser- und Bodenverbände verplant. Die Mittel kommen aller Voraussicht nach bis Ende des Haushaltsjahres in gleicher Höhe zur Auszahlung.

Der Flächenerwerb oder die Flächenbereitstellung ist wegen abnehmender Bereitschaft in der Landwirtschaft Nutzflächen abzugeben, zurückgegangen. Die Ansätze für 2011/12 sind deshalb ausreichend.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	100
Kapitel:	15
Titel:	633 34
Zweckbestimmung:	Erstattung an Wasser- und Bodenverbände für die Durchführung der Unterhaltung von Gewässern 1. Ordnung

Ansatz Ist 2009:	996,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.050,8
Ansatz Soll HHE 2012:	1.050,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010 ? Dieser Titel findet sich nicht im Haushalt 2009/2010. Warum nicht?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel 633 32 (MG 32) wurde nach 633 34 (MG 34) übertragen.

In 2010 sind bisher rd. 688 T€ verausgabt worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	114
Kapitel:	16
Titel:	TG 64, Titel 428 64 (Entgelte der ArbeitnehmerInnen) und 547 64 (Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben)
Zweckbestimmung:	Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO2-Speichern in Salinen Formationen

Ansatz Ist 2009:	157,3 /0,8
Ansatz Soll 2010:	149,1 / 4,8
Ansatz Soll HHE 2011:	77,8 /1,8
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0 / 0,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit handelt es sich bei den für 2011 eingestellten Beträgen um Mittel zur Deckung bereits eingegangener Verpflichtungen?

Antwort der Landesregierung:

Veranschlagt sind Personal- und Reisekosten im Rahmen des o. a. Projekts für drei zeitlich befristet eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weitere Veranschlagungen für bereits eingegangene Verpflichtungen bestehen nicht.
Das Projekt endet voraussichtlich zum 30.06.2011, die Maßnahme wird zu 100% aus Fremdmitteln finanziert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	121
Kapitel:	17
Titel:	534 05
Zweckbestimmung:	Beteiligung an der Bund-Länder-Gemeinschaftsschau Leben auf dem Lande

Ansatz Ist 2009:	31,0
Ansatz Soll 2010:	31,0
Ansatz Soll HHE 2011:	31,0
Ansatz Soll HHE 2012:	31,0

Frage/Sachverhalt:

Werden Möglichkeiten gesehen für alternative Finanzierungsmöglichkeiten (ohne Landesmittel bzw. mit geringerem Ansatz) für den Schleswig-Holsteinischen Beitrag der Bund-Länderschau?

Antwort der Landesregierung:

Die Beteiligung an der Bund- Länder-Gemeinschaftsschau erfolgt seit einigen Jahren bereits in gemeinsamer Trägerschaft mit einzelnen AktivRegionen.
Wesentliche Kosten entstehen durch die Miete des ca. 120 qm großen Ausstellungsstandes in der Halle 21b (31 T€), die Realisierung einer Ausstellung und das Bestreiten des Ländertages Schleswig-Holstein.
Die Entwicklung und Umsetzung der Ausstellung wird in Trägerschaft der jeweiligen AktivRegion entwickelt und umgesetzt; die Vorbereitung des Ländertages erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem MLUR und der AktivRegion, jedoch überwiegend in Trägerschaft der AktivRegion.
Vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt ein Großteil der Aufgaben – die sämtlich auch im Landesinteresse sind - von der AktivRegion übernommen wird und diese z.T durch GAK-Mittel gefördert und von Sponsoren (sh:z, Itzehoer Versicherung, Unternehmen aus der AktivRegion) mitfinanziert werden, würde eine Reduzierung des Ansatzes zulasten der Gemeinden in der AktivRegion gehen. Aufgrund der aktuellen Diskussion mit den Gemeinden in der für 2011 vorgesehenen AktivRegion Mittelholstein (im Krs. RD südlich des NOK, von Hanerau-Hademarschen bis Molfsee) ist eine Übernahme der Landesmittel als ausgeschlossen anzusehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	122
Kapitel:	17
Titel:	535 02
Zweckbestimmung:	Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

Ansatz Ist 2009:	13,6
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	31,0

Frage/Sachverhalt:

Der Landeswettbewerb findet in dreijährigem Turnus statt, zuletzt 2009. Wie wird der gegenüber dem IST 2009 stark erhöhte Ansatz für 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

In 2009 wurde sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung auf die Förderung von Beteiligungen der Bevölkerung und auf Öffentlichkeitsarbeit verzichtet. Hierdurch bedingt haben sich in einigen Kreisen keine Gemeinden gemeldet, in anderen Kreisen ist die Zahl der teilnehmenden Gemeinden stark gesunken. In 2012 sollen wieder aktivierende Beteiligungsmethoden eingesetzt werden und die Öffentlichkeitsarbeit soll verbessert werden, um das Ziel des Wettbewerbs, die Eigeninitiative zu würdigen, transparent zu machen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	125
Kapitel:	17
Titel:	893 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen des ländlichen Tourismus

Ansatz Ist 2009:	619,9
Ansatz Soll 2010:	127,8
Ansatz Soll HHE 2011:	127,8
Ansatz Soll HHE 2012:	127,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich dafür das IST 2010? Wie verteilen sich die Mittel auf die in den Erläuterungen genannten Maßnahmen 1-4
a) In 2009? b) in 2010?
Falls möglich, bitte auch für 2011/2012 (Planung) aufschlüsseln.

Antwort der Landesregierung:

In 2009 entfielen rd. 5% auf Ziff. 2 (Touristisches Marketing) und rd. 95% auf Ziff. 4 (Kleinere Erschließungsmaßnahmen).

In 2010 werden voraussichtlich insgesamt rd. 1 Mio. € verausgabt, davon rd. 7% für Touristisches Marketing und rd. 93 % für kleinere Erschließungsmaßnahmen. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch im Folgejahr noch verausgabt werden können.

Eine Prognose für die Jahre 2011 und 2012 ist noch nicht möglich, da die Projektauswahl der AktivRegionen noch nicht erfolgt ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	126, 127
Kapitel:	17
Titel:	685 10, 686 10, 882 10
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an öffentliche Träger /an private Träger von EFF-Maßnahmen / Zuschüsse für Investitionen in Fischereihäfen des Landes

Ansatz Ist 2009:	0,0 / 0,0 / 0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0 / 0,0 / 0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	50,0 / 50,0 / 700,0
Ansatz Soll HHE 2012:	50,0 / 50,0 / 700,0

Frage/Sachverhalt:

Diese Titel gab es im Haushaltsplan 2009/2010 noch nicht. Was ist der Hintergrund für die Einrichtung dieser Titel? Welche Investitionen in welchen Häfen sind bei Titel 882 10 für 2011/2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Das Maßnahmespektrum des EEF hat sich gegenüber dem Vorgängerfonds FIAF vergrößert. Aus Gründen der Haushaltssystematik schlägt sich dieses in den neuen Titeln nieder.

Die Mittel des Titels 882 10 sind für die anteilige Finanzierung von Ausbaumaßnahmen des Fischereihafens Büsum geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	127
Kapitel:	17
Titel:	883 10, 892 10
Zweckbestimmung:	Zuwendungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände / Zuwendungen für Investitionen an private Unternehmen

Ansatz Ist 2009:	36,9 / 8,4
Ansatz Soll 2010:	570,0 / 1.687,2
Ansatz Soll HHE 2011:	500,0 / 949,0
Ansatz Soll HHE 2012:	500,0 / 949,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen werden im laufenden Haushaltsjahr im Einzelnen gefördert? Welche Art von Investitionen sind für 2011/2012 geplant?

Antwort der Landesregierung:

zu Titel 883 10:

Frage 1: Es werden im HHJ 2010 77,4 T€ ausgegeben werden.

Frage 2: Projekt Netzwerk Ostseefischerei
Projekt Netzwerk Nordseefischerei

Frage 3: Hafen Maasholm, Hafen Eckernförde, Kutterbrücke Heiligenhafen

zu Titel 892 10:

Frage 1: 924,6 T€

Frage 2:
Hallenbau für Krebszucht, 2 Kutter-Modernisierungen, Rapsprotein-Projekt, Grüne Woche Berlin, Fischmarktstatistik, Aalbesatz, Fabrikbau eines Fischverarbeitungsbetriebs, Kapazitätserweiterung eines Fischverarbeitungsbetriebs, Tiefkühlhaus eines Fischverarbeitungsbetriebs, MSC-Zertifizierung Dorsch, Ankauf eins Kutters , Sanierung der Kahnstellen Maasholm, Bürgerinformationsystem Friedrichskoog, Energieeffizienz zur Produktion und Lagerung von Eis einer Fischereigenossenschaft, Kapazitäts- u. Produktivitätserweiterung eines Fischverarbeitungsbetriebs, Erweiterung und Modernisierung von zwei Binnenfischereibetrieben

Frage 3:
Rapsprotein-Projekt, Grüne Woche Berlin, Fischmarktstatistik, Aalbesatz, Managementkosten für Fischwirtschaftsgebiet in 4 AktivRegionen, wissenschaftliche Untersuchungen zu Edelkrebsen ,Fabrikbau eines Fischverarbeitungsbetriebs, Großmaränen-Aquakultur, MSC-Zertifizierung , Sanierung der Kahnstellen Maasholm, Studie Erlebnisräucherei Eckernförde, Kapazitäts- u. Produktivitätserweiterung eines Fischverarbeitungsbetriebs, Erweiterung und Modernisierung von zwei Binnenfischereibetrieben

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	128
Kapitel:	17
Titel:	893 11
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Vereine und Verbände für investive Maßnahmen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	8,0
Ansatz Soll HHE 2011:	8,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen werden im laufenden Haushaltsjahr im Einzelnen gefördert? Wie hoch ist in 2010 die Anzahl der Zuwendungsempfänger? Welche Art von Investitionen sind für 2011/2012 geplant? Warum gab es in 2009 keine Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Frage 1: Bislang sind keine Mittel abgeflossen.

Frage 2: keine

Frage 3: keine

Frage 4:
Es ist vorgesehen, den Fischereiverbänden oder -vereinen Zuschüsse für investive Maßnahmen, z. B. von Bruteinrichtungen, Beschaffung von Fanggeräten für Laichfischfang zu gewähren. Veranschlagt werden z. B. für die Beschaffung von Fanggeräten 8.000 €.

Frage 5:

Es wurden keine Zuschüsse von den Fischereiverbänden oder –vereinen nachgefragt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	129
Kapitel:	17
Titel:	534 12
Zweckbestimmung:	Untersuchungen für Zwecke der Fischerei

Ansatz Ist 2009:	203,1
Ansatz Soll 2010:	110,0
Ansatz Soll HHE 2011:	10,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Untersuchungen werden im laufenden Haushaltsjahr im Einzelnen gefördert? Wie werden die gegenüber dem IST 2009 und dem SOLL 2010 stark verminderten Ansätze für 2011/2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Frage 1: Es werden voraussichtliche Ausgaben in Höhe von 50 T€ in 2010 entstehen.

Frage 2:
Netzwerk Ostseefischerei, Verbesserung der Energieeffizienz von Fischereifahrzeugen, Projekt Netzwerk Nordseefischerei

Frage 3: Neben den generellen Kürzungen in der MG 12 liegen Ansatzverschiebungen zugunsten der neuen Titel 685 12 und 686 12 vor.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	129
Kapitel:	17
Titel:	892 12
Zweckbestimmung:	Zuschüsse

Ansatz Ist 2009:	269,7
Ansatz Soll 2010:	234,5
Ansatz Soll HHE 2011:	211,0
Ansatz Soll HHE 2012:	169,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie verteilen sich die Mittel auf die in den Erläuterungen genannten Bereiche? Werden mit den Ansätzen für 2011/2012 ausschließlich bereits eingegangene Verpflichtungen gedeckt??

Antwort der Landesregierung:

Frage 1: Ausgaben in Höhe von 233 T€ wurden bereits verfügt.

Frage 2:	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei:	25,3 T €
	Binnenfischerei:	21,5 T €
	Vermarktungseinrichtungen und	0,0 T €
	Aquakulturvorhaben	186,1 T €

Frage 3: Nein, in 2011 sind 200 T€ und in 2012 30 T€ durch eingegangene Verpflichtungen bereits gebunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	130
Kapitel:	17
Titel:	671 22
Zweckbestimmung:	Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben

Ansatz Ist 2009:	4.482,2
Ansatz Soll 2010:	4.307,1
Ansatz Soll HHE 2011:	4.241,0
Ansatz Soll HHE 2012:	4.087,8

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit werden aus diesem Titel auch indirekt durch Synergieeffekte Selbstverwaltungsaufgaben der Landwirtschaftskammer mit abgedeckt?

Antwort der Landesregierung:

Weisungsaufgaben betreffen ausschließlich Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des MLUR (hoheitliche Aufgaben), die sich inhaltlich von den Selbstverwaltungsaufgaben der LK unterscheiden und im Rahmen der Fachaufsicht geprüft werden. Durch den genannten Titel werden keine Selbstverwaltungsaufgaben der LK durch Synergieeffekte abgedeckt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	131
Kapitel:	17
Titel:	685 22
Zweckbestimmung:	Zuwendungen des Landes für die Gütezeichenarbeit

Ansatz Ist 2009:	0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	235,0
Ansatz Soll HHE 2012:	235,0

Frage/Sachverhalt:

Wurde hier eine Umbuchung vorgenommen? Im HH 2009/2010 enthält der Titel 685 22 Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben (leer). übertragen nach 13 17 671 22. Aus welchem Titel wird die Gütezeichenarbeit im laufenden Haushalt bezuschusst? Wie entwickelt sich dafür das IST 2010?

Antwort der Landesregierung:

Gemäß der im September 2009 zwischen dem MLUR und der Landwirtschaftskammer abgeschlossenen Zielvereinbarung wird die Förderung der Gütezeichenarbeit ab 01.01.2010 von der Landwirtschaftskammer als Selbstverwaltungsaufgabe wahrgenommen.
Bereits im Haushaltjahr 2010 wurden gem. § 9 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2009/2010 245 T € für die Gütezeichenarbeit aus dem Kapitel 1319 auf den Titel 1317-685 21 MG 21 umgesetzt.
Für den Haushalt 2011/2012 wurden die Ansätze für die Gütezeichenarbeit aus Gründen der Haushaltsklarheit bei Titel 1317-685 22 MG 21 gesondert ausgewiesen.

Gemäß Zielvereinbarung werden die im Haushaltsjahr 2010 bei Titel 1317-685 21 MG 21 zur Verfügung stehenden Mittel in vier Beträgen ausgezahlt wird. In 2010 wurden bisher 185 T € ausgezahlt, die vierte Zahlung in Höhe von 60 T€ steht noch aus.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	133
Kapitel:	17
Titel:	683 30
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für unterstützende Tätigkeiten für den Ökologischen Landbau

Ansatz Ist 2009:	13,9
Ansatz Soll 2010:	15,0
Ansatz Soll HHE 2011:	14,0
Ansatz Soll HHE 2012:	14,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Bitte die Ansätze aufgeschlüsselt nach den Zuwendungsempfängern darstellen.

Antwort der Landesregierung:

Die Mittel dienen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen:

1. Zuschuss an die Ökologische Obstbauberatung Norddeutschland (ÖON) aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein in 2010 in Höhe von 11.429,55 €.
2. Anteiliger Zuschuss des Landes Schleswig-Holstein an das Forschungsinstitut für ökologischen Landbau für die Zentraldatenbank für Ökologisches Saatgut, die auf einer Bund-Länder-Vereinbarung beruht in Höhe von 2.468,42 €.

In 2010 werden die Ausgaben für die Zuwendungsempfänger 13.897,978 € betragen.
Für 2011 und 2012 wird von Zuwendungen in gleicher Höhe ausgegangen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	133
Kapitel:	17
Titel:	684 31
Zweckbestimmung:	Tierproduktion

Ansatz Ist 2009:	159,1
Ansatz Soll 2010:	159,1
Ansatz Soll HHE 2011:	132,0
Ansatz Soll HHE 2012:	110,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit werden die geplanten Ausgaben durch Einnahmen aus Erstattungen der EU, Zuweisungen der Landwirtschaftskammer und sonstige Einnahmen gedeckt? Bitte darstellen für die einzelnen Posten der Tabelle in den Erläuterungen.

Antwort der Landesregierung:

Es besteht nur bei der „Erzeugung und Vermarktung von Bienenzuchterzeugnissen“ (Ziffer 2.3) eine Teildeckung durch eine 50 %ige Erstattung der EU sowie eine feste Zuweisung in Höhe von 6.000,- EUR seitens der Landwirtschaftskammer.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	124 bis 126
Kapitel:	17
Titel:	MG 03 (mehrere Titel)
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung…

Ansatz Ist 2009:	1.296,1
Ansatz Soll 2010:	635,8
Ansatz Soll HHE 2011:	355,8
Ansatz Soll HHE 2012:	355,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das SOLL 2010 für diese Maßnahmengruppe? Wie verhält sich diese Maßnahmengruppe zur MG 09 (integrierte ländliche Entwicklung) in 13 20? Wie wird begründet, dass in der Maßnahmengruppe 09 in 1320 eine Aufstockung der Mittel vorgesehen ist, in der MG 03 in 13 17 eine Abstockung?

Antwort der Landesregierung:

In dem Ist 2009 sind folgende Mittel enthalten:

- EU-Mittel: Im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung wurden teilweise noch Projekte aus den Dorfentwicklungsplänen und LSE'n umgesetzt. Ein großer Teil diente bereits der Umsetzung der Initiative AktivRegion. Die AktivRegionen entscheiden eigenständig über die Projektauswahl. Da nur teilweise voraussehbar ist, welche Projekte ausgewählt werden, ist auch nur teilweise voraussehbar, ob die Projekte über das Kapitel 1317 MG 03 oder über das Kapitel 1320 MG 09 abgewickelt werden.
- Mittel aus dem Schleswig-Holstein-Fonds in Höhe von rd. 250 T€. Die Mittel standen letztmalig in 2009 für die Förderung von kommunalen ländlichen Wegen zur Verfügung.

In 2010 werden voraussichtlich rd. 1.100 T€ über die Maßnahmegruppe 03 abgewickelt. Davon sind 435,8 T€ Landesmittel und der Rest EU-Mittel. Im Haushalt sind lediglich die Landesmittel veranschlagt.

Da in Kapitel 1320 MG 09 die EU-Mittel mitveranschlagt wurden, entsteht lediglich der Eindruck, dass Kapitel 1320 MG 09 aufgestockt und Kapitel 1317 MG 03 gekürzt wurde. Tatsächlich wurden in beiden Maßnahmegruppen aufgrund der Haushaltssituation des Landes Kürzungen von Landesmitteln vorgenommen. Die EU-Mittel entsprechen dem aktuellen ZPLR-Finanzplan.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	139
Kapitel:	18
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte…

Ansatz Ist 2009:	12,0
Ansatz Soll 2010:	38,7
Ansatz Soll HHE 2011:	31,3
Ansatz Soll HHE 2012:	25,1

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welchen Einfluss hat die geplante Zusammenführung der ANU mit der Akademie für die ländlichen Räume auf diesen Haushaltstitel?

Antwort der Landesregierung:

8.3 T€ sind an das Innenministerium für Porto übertragen worden und rund 7 T€ sind bisher verausgabt worden. Aufgrund der IST-Zahlen von 2009 und 2010 wird davon ausgegangen, dass die Ansätze auch für die Deckung des Geschäftsbedarfs der neuen Bildungseinrichtung ausreichend veranschlagt sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	140
Kapitel:	18
Titel:	535 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Umweltbildung

Ansatz Ist 2009:	288,2
Ansatz Soll 2010:	223,0
Ansatz Soll HHE 2011:	187,1
Ansatz Soll HHE 2012:	150,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Inwieweit kann die Reduktion der Mittel durch verbesserte Effizienz erzielt werden, inwieweit verschmälert sich dadurch das Angebot an Umweltbildungsmaßnahmen? Wird der Lehrgang Gepr. Natur- und Landschaftspflegerin zukünftig nicht mehr angeboten oder aus anderen Mitteln finanziert? Wie hat sich die Nachfrage nach diesem Fortbildungsangebot in den letzten Jahren entwickelt? Wie steht es um den Bedarf dieser Qualifikation?

Antwort der Landesregierung:

Gemäß Haushaltsvermerk zur MG 01 kann die Akademie Ausgaben bis zur Höhe der zugewiesenen Mittel und darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen oder zugesagten Einnahmen leisten. Die Einnahmesituation entwickelt sich auch 2010 erfreulich positiv (Einnahmen-IST zum 15.9.2010 ca. 125.0 T€), so dass weitere Einnahmen für Maßnahmen der Umweltbildung zur Verfügung stehen. Das IST im Titel 535 01 beläuft sich zum 15.9.2010 auf 195.985 € inklusive Mittelbindungen.
Die Ansätze 2011/2012 sind im Kontext mit dem vorgesehenen Personalabbau zu sehen. Der Personalbestand des neuen Bildungszentrums soll bis Ende 2011 um drei Stellen reduziert werden (dabei berücksichtigt ist eine/n neue Mitarbeiter/in der ALR). Der Umfang der Bildungsangebote wird sich verändern. Welchen Umfang an Bildungsangeboten und Netzwerkarbeit die neue Bildungseinrichtung mit dem verbleibenden Personal und den zugewiesenen und eingenommenen Mitteln realisieren kann, ist derzeit nicht abschließend darzulegen.
Der Lehrgang „geprüfte/r Natur- und Landschaftspfleger/in“, ein Fortbildungsberuf auf der Grundlage der Berufsbildungsordnung mit Prüfung vor der Landwirtschaftskammer, ist letztmalig 2003-2005 angeboten worden. Die Chancen für eine der Qualifizierung angemessene Vergütung sind derzeit sehr gering und somit ist die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und auch von potentiell Interessierten niedrig. Das sporadisch bekundete Interesse sowohl von potentiellen Arbeitgebern als auch von Interessierten rechtfertigt nicht, einen Lehrgang nur für Schleswig-Holstein durchzuführen. Derzeit werden Gespräche geführt mit dem Ziel, einen Lehrgang in Kooperation mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Brandenburg zu realisieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	142
Kapitel:	18
Titel:	892 07
Zweckbestimmung:	Förderung von Vorhaben zur energetischen Nutzung von Biomasse

Ansatz Ist 2009:	771,7
Ansatz Soll 2010:	1.900,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.452,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.200,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Warum wird hier die Empfehlung der Haushaltsstrukturkommission, die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse aus Landesmittel einzustellen nicht vollständig umgesetzt? Gehen dem Land EU-Mittel und/oder Bundesmittel aus der GAK verloren, wenn die Ausgaben auf die Höhe der bestehenden Verpflichtungen reduziert werden? Falls ja, in welcher Höhe?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bislang 74,2 T€ ausgezahlt worden (EU- und nationaler Anteil). Zur Abwicklung bereits in den Vorjahren bewilligter Förderfälle bestehen noch Restverpflichtungen von insgesamt 871,0 T€, davon 435,5 T€ Landesmittel, die noch in diesem Jahr abfließen sollen.

Zur Abwicklung von bereits bewilligten Förderprojekten und von Vorhaben, für die bereits dem Maßnahmenbeginn zugestimmt wurde bzw. Förderanträge vorliegen, mussten für die Jahre 2010 und 2011 noch Landesmittel bereitgestellt werden.

Die EU- Mittel sind in bisheriger Höhe (1.200 T€/a) in Ansatz gebracht worden. Nach der Kürzung bzw. Streichung der Landesmittel ab 2011/2012 kann und soll eine erforderliche Kofinanzierung der EU-Mittel aus anderen nationalen Finanzierungsquellen erfolgen (Bundesgelder, kommunale Mittel und bis Ende 2011 auch noch Mittel der Innovationsstiftung SH).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	142
Kapitel:	18
Titel:	892 08
Zweckbestimmung:	Förderung von Entwicklungsvorhaben zum Anbau und Einsatz der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Ansatz Ist 2009:	39,5
Ansatz Soll 2010:	80,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Vorhaben wurden im Einzelnen im laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

In 2009 wurde noch folgendes Fördervorhaben bewillligt:

- Entwicklung eines Schnelltestverfahrens zur Qualitätsbestimmung von Reet, Fördervolumen 55.000 € bei Gesamtkosten von 137.900 €.

Der Zuschuss soll noch in diesem Jahr ausgezahlt werden.

Weitere Bewilligungen sind nicht erfolgt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	143
Kapitel:	18
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit

Ansatz Ist 2009:	106,3
Ansatz Soll 2010:	114,5
Ansatz Soll HHE 2011:	60,0
Ansatz Soll HHE 2012:	60,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010 ? Wie stellt sich die Verteilung der im laufenden Haushaltsjahr ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2011/2012 eingestellten Mittel auf die vier genannten Posten dar?

Antwort der Landesregierung:

Maßnahmen 2010 (Vom Haushaltsansatz standen im Rahmen von Bewirtschaftungsmaßnahmen nur 59.500,- € zur Verfügung)
Insgesamt sind es gemäß der Erläuterungen im Einzelplan 13 fünf Posten. Generell gibt es keine feste Zuordnung zu den Posten, da vielfach die genannten Projekte fachlich verzahnt sind. Für das laufende Jahr stellt sich die Situation in etwa wie folgt dar:

Nachhaltigkeitsstrategie
Veranstaltung: Nachhaltige Geldanlagen für Stiftungen (in Kooperation mit Diakonie, Sparkassen- und Giroverband, Volks- und Raiffeisenbanken) 6.000,-

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
BNE-Aktionstage: Konzeptionelle Vorbereitung, Öffentlichkeitsarbeit:, Programm (Bildungspartner BNE). 19.500,-

Entwicklungszusammenarbeit
Fortführung Fotoprojekt Burkina Faso: „Ich sehe was, was Du nicht siehst“: (Jugendaufbauwerk Schleswig). 1.000,-
Kolumbienprojekt “Heimaten in Einer Welt“: (Inst. f. Pädagogik der CAU). 2.300,-
Broschüre Nord-Südschulpartnerschaften, (in Kooperation mit InWent, Diakonie) 8.000,-

Geplant in 2010:
- Veranstaltung: „Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ (in Kooperation mit der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät), ca. 15.000,-
- Vorbereitung Nachhaltigkeitspreis 2011, (MLUR), 1.800,-

- Präsentation Nachhaltigkeit auf der Messe Greentec, Neumünster., 3.000,-
- BNE: Öffentlichkeitsarbeit Umweltbildung/FÖJ und Aktionsplan BNE, 2.900,-

Für 2011/12 ist eine Festlegung auf die mit den fünf Posten verbundenen Projekte noch nicht vollzogen, da die Planungsphase noch nicht abgeschlossen ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	143
Kapitel:	18
Titel:	533 06
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes

Ansatz Ist 2009:	62,0
Ansatz Soll 2010:	155,0
Ansatz Soll HHE 2011:	123,0
Ansatz Soll HHE 2012:	93,5

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie stellt sich die Verteilung der im laufenden Haushaltsjahr ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2011/2012 eingestellten Mittel auf die vier genannten Posten dar? Wofür sind die 50 T € neue VE in 2011, fällig in 2012, vorgesehen? Wofür sind die 50 T € neue VE in 2012, fällig in 2013, vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Ist zum Stand 15.9.2010: 442,60 €
Zusätzlich gebunden zum Stand 15.9.2010: 49.780,25 €
Zusätzlich geplant für 2010: 33,0 T € Barmittel, 20 T € VE fällig 2011

Aufteilung der Mittel auf die in den Erläuterungen genannten Posten:

Maßnahmen	Für HH 2010 gebunden und geplant	HHE 2011 geschätzt	HHE 2012 geschätzt
1. Entwicklung von integrierten Klimaschutz- und Energieszenarien		10 T €	4 T €
2. Pilotvorhaben und Konzeptentwicklung für einen Vertragsklimaschutz in der Landwirtschaft	• 394,60 € Ausschreibung GMSH • Pilotvorhaben zur Minderung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft (Vertragsklimaschutz): 30,4 T €	29,5 T €	20,5 T €

	Barmittel 2010, 10,0 T € VE fällig in 2011		
3. Fortführung Dialogprozess zum Kommunalen Klimaschutz	• Dialogprozess zum Klimaschutz mit den Kommunen, Unterstützung durch die IB: 18,0 T €	18 T €	18 T €
4. Entwicklung einer Anpassungsstrategie für Schleswig-Holstein	• Studie zur Konzeptentwicklung für ein Klimafolgen-Monitoring für SH: 20 T € Barmittel in 2010, 10 T € VE fällig in 2011	40 T €	25 T €
5. Regelmäßige Prozesse zur Umsetzung des Klimaschutzberichtes	• Unterstützung der Arbeit des Klimarates Schleswig-Holstein: 1 T € • Bilanzierung der Nutzung der erneuerbaren Energien in SH durch Statistisches Amt: 1,4 T €	26 T €	26 T €
Noch aus Erläuterungen HH 2009/10: Unterstützung der internationalen Kooperation zum Klimaschutz	• Vorbereitung des Kooperationsprojektes mit Marokko durch die IB: 12 T €		

Verwendung der VE fällig in 2012 und 2013: Die vorgesehenen Konzeptentwicklungen und Studien sind häufig nicht innerhalb eines Haushaltsjahres abzuschließen, sondern erfordern Aufträge, die über das jeweilige Jahresende hinausreichen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
X	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	144
Kapitel:	18
Titel:	686 05
Zweckbestimmung:	Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr

Ansatz Ist 2009:	47,0
Ansatz Soll 2010:	40,0
Ansatz Soll HHE 2011:	32,4
Ansatz Soll HHE 2012:	32,4

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen werden im Einzelnen im laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

IST 2010 zum Stand 15.9.2010: 0 T €

Es werden zwei Förderanträge in den Bereichen kommunale Mobilitätsberatung und Landwirtschaft mit einem erwarteten Fördervolumen von insgesamt 45 T € erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	150
Kapitel:	19
Titel:	632 02
Zweckbestimmung:	Tierseuchenvorsorge, Unterhalt eines Mobilen Bekämpfungszentrums (MBZ)

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	65,0
Ansatz Soll HHE 2011:	58,0
Ansatz Soll HHE 2012:	46,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Sind für 2011/2012 konkret Ausgaben geplant oder dient der Titel zur Deckung der Kosten für Maßnahmen im eventuellen Seuchenfall?

Antwort der Landesregierung:

1. IST 2010: Ausgaben von zurzeit 12.500 € für laufende Kosten des MBZ; Die anteiligen Länderkosten von ca. 8,3% für Schleswig-Holstein wurden auf Grundlage einer Berechnung nach Großvieh-Einheiten ermittelt.
2. Entwicklung IST 2010: Im Rahmen der Tierseuchenvorsorge werden bis zum Ende des Haushaltsjahr Geräte für das MBZ angeschafft. Durch den hierzu zu leistenden Landesanteil für S-H werden die Mittel voraussichtlich komplett abfließen.
3. Für 2011/2012 sind Kosten für den laufenden Unterhalt des MBZ einzuplanen, die sich voraussichtlich im ähnlichen Rahmen wie in den Vorjahren bewegen werden. Zusätzlich werden in diesen beiden Jahren anteilige Kosten für Neubeschaffungen bei der EDV im MBZ durch das Land zu leisten sein.
4. Trotz dieser Maßnahmen wird zurzeit erwartet, dass der bisherige Ansatz nicht mehr benötigt wird und kann daher entsprechend der Anmeldung abgesenkt werden.
5. Der Titel dient der Tierseuchenvorsorge und zur Finanzierung des Landesanteils S-H zur Unterhaltung des MBZ.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	151
Kapitel:	19
Titel:	683 01
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	7,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5,7
Ansatz Soll HHE 2012:	4,5

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Es handelt sich laut Erläuterungen um Förderung wissenschaftlicher Projekte im Rahmen der Tierseuchenprophylaxe. Welche wissenschaftlichen Projekte sind das? Wer ist Träger der Projekte?

Antwort der Landesregierung:

Die für das Haushaltsjahr 2010 veranschlagten Haushaltsmittel werden vorraussichtlich in voller Höhe abfließen

Es wird in 2010 ein Forschungsprojekt an der Rinderklinik der Tierärztlichen Hochschule Hannover gefördert. Dabei werden die ursächlichen Zusammenhänge beim Erkrankungsbild des Botulismus beim Rind erforscht. Diese Erkrankung gewinnt auch in Schleswig-Holstein zunehmend an Bedeutung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	151
Kapitel:	19
Titel:	685 01
Zweckbestimmung:	Zuschuss zum laufenden Betrieb (Landeslabor)

Ansatz Ist 2009:	7.644,0
Ansatz Soll 2010:	7.294,0
Ansatz Soll HHE 2011:	6.881,2
Ansatz Soll HHE 2012:	6.162,9

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Ist gewährleistet, dass das Landeslabor seine gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Lebensmittel- und Konsumgüterkontrolle in vollem Umfang wahrnehmen kann? Wird es zu einer Einschränkung bezüglich der Qualität oder des Umfangs der Kontrollen kommen? Wenn nein, wodurch erfolgt dann die Kostensenkung?

Antwort der Landesregierung:

Eine Kompensation der Zuschussreduzierung für das 2011 und 2012 soll im Landeslabor durch interne Einspar- und Optimierungsmaßnahmen und durch Gebührenanpassungen auf ein kostendeckendes Niveau erfolgen. Hierzu wurde eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet. Daher wird sich das Aufgabenportfolio im Landeslabor (Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz) grundsätzlich nicht ändern. Die knappen Finanz- und Personalressourcen werden aber effizienter verwendet, um die Zuschusskürzungen zu kompensieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	151
Kapitel:	19
Titel:	891 01
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen zum laufenden Betrieb (Landeslabor)

Ansatz Ist 2009:	976,0
Ansatz Soll 2010:	976,0
Ansatz Soll HHE 2011:	878,0
Ansatz Soll HHE 2012:	702,7

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Ist gewährleistet, dass das Landeslabor seine gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Lebensmittel- und Konsumgüterkontrolle in vollem Umfang wahrnehmen kann? Wird es zu einer Einschränkung bezüglich der Qualität oder des Umfangs der Kontrollen kommen? Wenn nein, wodurch erfolgt dann die Kostensenkung?

Antwort der Landesregierung:

Das Landeslabor wird die Investitionen zur Erhaltung des laufenden Betriebes in 2011 und 2012 auf das notwendige Maß (Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen) begrenzen. Seine gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Lebensmittel- und Konsumgüterkontrolle wird das Labor damit in vollem Umfang wahrnehmen können.
Daher wird sich das Aufgabenportfolio im Landeslabor (Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz) nicht grundsätzlich ändern. Die knappen Finanz- und Personalressourcen werden aber effizienter verwendet, um die Zuschusskürzungen zu kompensieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	152
Kapitel:	19
Titel:	533 02
Zweckbestimmung:	Werkverträge für die Erbringung von Dienstleistungen; Finanzierung der gemeinsamen Zentralstelle der Länder für Marktüberwachung (ZLM)

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	11,0
Ansatz Soll HHE 2011:	21,9
Ansatz Soll HHE 2012:	19,9

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Oder handelt es sich um Ausgaben im Rahmen neuer Aufgaben? Falls ja, besteht für diese Aufgaben eine gesetzliche Verpflichtung? Wodurch sind die im Vergleich zum SOLL 2010 stark erhöhten Ansatze für 2011 und 2012 gerechtfertigt? Welche Prüfobjekte sollen im Rahmen des § 8 Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG) erworben werden?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 entwickelt sich wie in den letzten Jahren. Die Titel „Werkverträge“ und „Finanzierung ZLM“ wurden in einem Titel zusammengefasst und sind beide aus dem ehemaligen MSGF ins MLUR übertragen worden.
Geplante Prüfungen sind nicht vorgesehen, diese finden fall- bzw. anlassbezogen statt.
Dieser Titel wird im Rahmen der hoheitlichen Tätigkeit belastet, wenn kein Verantwortlicher für die Prüfkosten in Anspruch genommen werden kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	152
Kapitel:	19
Titel:	547 01
Zweckbestimmung:	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	7,0
Ansatz Soll HHE 2012:	7,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Oder handelt es sich um Ausgaben im Rahmen neuer Aufgaben? Falls ja, besteht für diese Aufgaben eine gesetzliche Verpflichtung? Um welche Kosten handelt es sich beispielsweise?

Antwort der Landesregierung:

Das IST beträgt 2010 0,0 T€.
In der Vergangenheit erfolgte die Finanzierung aus Titel 537 01 im Einzelplan 10 in Höhe von 13 T€.
Im Zuge des Wechsels der Zuständigkeit des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes zum 01.01.2010 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume steht dieser Titel dem wirtschaftlichen Verbraucherschutz nicht mehr zur Verfügung. Daher war es erforderlich im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmegruppe für nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben diesen Titel einzurichten.
Es handelt sich nicht um die Finanzierung neuer Aufgaben. Aus Titel dem wird z.B. die Verbraucherschutzkonferenz des Landes Schleswig-Holstein gefördert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	152
Kapitel:	19
Titel:	632 03
Zweckbestimmung:	Erstattung von Verwaltungskosten an andere Länder für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	6,6
Ansatz Soll HHE 2011:	5,9
Ansatz Soll HHE 2012:	4,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Oder handelt es sich um Ausgaben im Rahmen neuer Aufgaben? Falls ja, besteht für diese Aufgaben eine gesetzliche Verpflichtung?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 entwickelt sich wie in den letzten Jahren. Die Finanzierung der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) wird nach dem Königssteiner Schlüssel auf die Länder umgelegt und ist per Staatsvertrag für Schleswig-Holstein verbindlich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	152
Kapitel:	19
Titel:	633 06
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	200,0
Ansatz Soll HHE 2011:	191,0
Ansatz Soll HHE 2012:	175,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Ist mit den Ansätzen für 2011 und 2012 die Aufrechterhaltung der Verbraucherinsolvenzberatung entsprechend der Nachfrage gewährleistet? Wie werden Möglichkeiten für alternative Finanzierungsquellen unter Einbeziehung der Kreditwirtschaft, von Versandfirmen o. ä. beurteilt?

Antwort der Landesregierung:

Die Bewilligung erfolgt auf der Grundlage von Einzelabrechungen jeweils nach Quartalsende.
Für das erste Halbjahr wurden aus diesem Titel 469.363,52 € bewilligt (269.363,52 € im Wege der Deckungsfähigkeit aus 1319 684 01). In den Haushaltsjahren 2001 bis 2005 wurden Zuwendungen für diese Aufgaben aus Titel 1005 684 10 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1005 633 03 geleistet. In den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 aus Titel 1012 633 06 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1005 684 02. Im Haushaltsjahr 2009 aus Titel 1004 633 06 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1004 686 06. In den Haushaltsjahren 2008 und 2009 wurden außerdem geringfügige Restmittel im Wege der Deckungsfähigkeit aus 1012 MG 09 bzw. 1004 MG 09 verausgabt. Trotz Erhöhung der bereitgestellten Haushaltsmittel in fast jedem Jahr seit 2000 konnte die Nachfrage nach Verbraucherinsolvenzberatung nie gedeckt werden. Mit Verlängerung der schon bestehenden Wartezeit bis zur Beratung ist zu rechnen.
Der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein beteiligt sich jährlich mit rund 358.000 €. Bei anderen möglichen Akteuren besteht keine Bereitschaft, sich finanziell an diesen Projekten zu beteiligen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	153
Kapitel:	19
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	4.200,0
Ansatz Soll HHE 2011:	4.011,0
Ansatz Soll HHE 2012:	3.688,9

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Ist mit den Ansätzen für 2011 und 2012 die Aufrechterhaltung der Verbraucherinsolvenzberatung entsprechend der Nachfrage gewährleistet?

Antwort der Landesregierung:

Die Bewilligung erfolgt auf der Grundlage von Einzelabrechungen jeweils nach Quartalsende.
Für das erste Halbjahr wurden aus diesem Titel 2.613.656,68 € bewilligt (plus 269.363,52 € die im Wege der Deckungsfähigkeit aus 1319 633 06 bewilligt wurden).
In den Haushaltsjahren 2001 bis 2005 wurden diese Aufgaben aus Titel 1005 684 10 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1005 633 03 bezuwendet. In den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 aus Titel 1012 684 02 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1005 633 06. Im Haushaltsjahr 2009 aus Titel 1004 686 06 und im Wege der Deckungsfähigkeit aus Titel 1004 633 06. In den Haushaltsjahren 2008 und 2009 wurden außerdem geringfügige Restmittel im Wege der Deckungsfähigkeit aus 1012 MG 09 bzw. 1004 MG 09 verausgabt.
Trotz Erhöhung der bereitgestellten Haushaltsmittel in fast jedem Jahr seit 2000 konnte die Nachfrage nach Verbraucherinsolvenzberatung nie gedeckt werden. Mit Verlängerung der schon bestehenden Wartezeit bis zur Beratung ist zu rechnen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	153
Kapitel:	19
Titel:	684 15
Zweckbestimmung:	An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	758,0
Ansatz Soll HHE 2011:	758,0
Ansatz Soll HHE 2012:	699,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Ist mit dem reduzierten Ansatz für 2012 die Aufrechterhaltung der wettbewerbs und verbraucherpoltischen Beratung entsprechend der Nachfrage gewährleistet?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist beträgt 2010 756,0 T€.

In den vergangenen Jahren wurde diese Aufgabe aus Titel 684 15 im Einzelplan 10 finanziert.
Mit dem Wechsel der Zuständigkeit des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes zum 01.01.2010 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit. Familie, Jugend und Senioren in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wurde der Titel in den Einzelplan 13 überführt.

Die Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher wird zurzeit durch ein komplexes System der Mischfinanzierung aus Mitteln der EU, des Bundes, des Landes, einigen Kommunen, dritten Trägern und eigenen Einnahmen sichergestellt. Der Gesamtetat 2009 betrug 2,5 Millionen Euro. Der Landesanteil betrug 2009 40 % oder 985,0 T€ (758,0 T€ institutionell und 227,0 T€ an Projektmitteln).

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	153
Kapitel:	19
Titel:	686 06
Zweckbestimmung:	Präventionsmaßnahmen im gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	74,7
Ansatz Soll HHE 2011:	53,5
Ansatz Soll HHE 2012:	41,4

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Aus welchem Haushaltstitel wurden diese Aufgaben in den vergangenen Haushaltsjahren gedeckt? Welche Maßnahmen wurden im laufenden Haushaltsjahr durchgeführt? Welche Folgewirkungen ergeben sich möglicherweise durch die reduzierten Ansätze für 2011/2012 für den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein? Wie werden Möglichkeiten für alternative Finanzierungsquellen, z. B. beim wirtschaftlichen Verbraucherschutz unter Einbeziehung der Kreditwirtschaft, von Versandfirmen o. ä. beurteilt?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 beträgt 67,2 T€.
In den vergangenen Jahren wurden diese Aufgaben aus dem Titel 686 06 im Einzelplan 10 12 finanziert.
Mit dem Wechsel der Zuständigkeit des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes zum 01.01.2010 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) wurde der Titel geteilt. Vom ursprünglichen Ansatz in Höhe von 166.000,00 erhielt das MLUR 74,7 € und 91,3 € das MSGF 91,3 T€
Vom Haushaltsansatz standen im Rahmen von Bewirtschaftungsmaßnahmen 67,2 T€ zur Verfügung. 2010 wurden verschiedene Maßnahmen im Bereich Verbraucherschutz speziell für die Zielgruppen Senioren und Jugendliche durchgeführt. z.B. die Projekte „60plus-Verbraucherschutz für ältere Menschen“, „Internetverhalten von älteren Menschen“ und „Verbraucherwissen rund um den Beruf/Berufseinsteiger“.
Um die Finanzierung der Verbraucherarbeit zukünftig auf eine breitere Basis zu stellen, wird zurzeit in den Ländern und beim Bund diskutiert und geprüft, inwieweit Gewinnabschöpfungen und Strafzahlungen aus Verstößen gegen Verbraucherschutzbestimmungen heran gezogen werden können oder Anbieter aus verschiedenen Wirtschaftszweigen stärker in die Verantwortung genommen werden können. U.a. befasst sich auch die 6. VSMK mit dieser Thematik

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	154
Kapitel:	19
Titel:	533 61
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Förderung des Absatzes „Regionaler Produkte“

Ansatz Ist 2009:	40,2
Ansatz Soll 2010:	125,0
Ansatz Soll HHE 2011:	149,6
Ansatz Soll HHE 2012:	135,6

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wodurch ist der in 2011 stark erhöhte und in 2012 erhöhte Ansatz begründet?

Antwort der Landesregierung:

Das Gesamt-Budget ist für 2010 mit 12 Projekten hinterlegt. Entsprechende Mittelbindungen sind vorgenommen worden. Sämtliche Maßnahmen der Jahresplanung befinden sich in der Umsetzung. Es wird daher davon ausgegangen, dass der Ansatz für 2010 vollständig ausgeschöpft wird.
Die Erhöhung des Ansatzes für die Jahre 2011 und 2012 beruht auf dem sich immer stärker abbildenden Verbraucher-Trend hinsichtlich des Konsums „regionaler Produkte“. Zwar hat das Land frühzeitig auf diese prognostizierte Entwicklung reagiert, aber auch andere Länder beginnen sich jetzt mit erheblichem Mitteleinsatz dementsprechend zu positionieren. Insofern wird angestrebt, Schleswig-Holstein unter Nutzung der aktuellen Trend-Entwicklung auch weiterhin als Produktionsstandort hochwertiger „regionaler Produkte“ darzustellen und weiter zu profilieren.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	154
Kapitel:	19
Titel:	534 61
Zweckbestimmung:	Internationale Grüne Woche

Ansatz Ist 2009:	155,7
Ansatz Soll 2010:	227,0
Ansatz Soll HHE 2011:	183,9
Ansatz Soll HHE 2012:	147,1

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welchen Anteil nimmt die Beteiligung an der Gemeinschaftsschau der Bundesländer in Halle 20, welchen Anteil die Beteiligung in Halle 22a ein?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz in Höhe von 227,0 € für die Präsentation des Landes bei der „Internationalen Grünen Woche 2010“ ist vollständig ausgeschöpft worden.
Der Anteil für das Engagement in Halle 20 betrug dabei 70.000 €. Auf die Halle 22a entfiel ein Anteil in Höhe von 157.000 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	154
Kapitel:	19
Titel:	535 61
Zweckbestimmung:	Messen und Ausstellungen

Ansatz Ist 2009:	91,5
Ansatz Soll 2010:	100,0
Ansatz Soll HHE 2011:	81,0
Ansatz Soll HHE 2012:	64,8

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? An welchen Messen und Ausstellungen erfolgte eine Beteiligung im laufenden Haushaltsjahr? An welchen Messen und Ausstellungen ist eine Beteiligung in 2011/2012 geplant? Wie werden Möglichkeiten zur Senkung der Landesmittel zugunsten eine stärkeren Kostenbeteiligung von Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft. beurteilt?

Antwort der Landesregierung:

Das Budget ist für 2010 mit 7 Projekten hinterlegt. Entsprechende Mittelbindungen sind vorgenommen worden. Sämtliche Maßnahmen der Jahresplanung befinden sich in der Umsetzung beziehungsweise sind bereits umgesetzt worden. Es wird daher davon ausgegangen, dass der Ansatz für 2010 vollständig ausgeschöpft wird.
Im Jahr 2010 beteiligt sich das Land an folgenden Messen und Ausstellungen:
Foodmarket (Hamburg), NORLA (Rendsburg), Intermeat (Düsseldorf), Food Ingredients Europe (Frankfurt), BioFach (Nürnberg), European Seafood (Brüssel), Salone del Gusto (Turin).
Die Planungen für Messebeteiligungen in den Jahren 2011 und 2012 sind noch nicht abgeschlossen. Jedoch sind im Wesentlichen wieder Beteiligungen bei den oben genannten Messen vorgesehen.
Eine stärkere Kostenbeteiligung der Unternehmen dürfte in der Mehrzahl der Fälle zu einem Rückzug aus der Messe-Beteiligung führen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	154
Kapitel:	19
Titel:	685 61
Zweckbestimmung:	Förderung von Qualitätslebensmitteln

Ansatz Ist 2009:	115,0
Ansatz Soll 2010:	175,0
Ansatz Soll HHE 2011:	293,2
Ansatz Soll HHE 2012:	218,4

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wodurch sind die in 2011/2012 stark erhöhten Ansatz begründet? Welcher Anteil der Ausgaben fließt in die Exportförderung?

Antwort der Landesregierung:

Für das gesamte Budget liegen Mittelbindungen vor. Es wird davon ausgegangen, dass der Ansatz vollständig ausgeschöpft wird.
Der gegenüber 2010 erhöhte Ansatz für 2011/2012 ergibt sich unter anderem aus der Zusammenführung der Einzeltitel „Förderung von Qualitätslebensmitteln“ und „Zentral-Regionale Kooperationsprojekte“. Mit letzterem Titel wurden insbesondere Projekte unterstützt, die seitens der ehemaligen CMA kofinanziert wurden. Seit 2010 besteht diese Möglichkeit jedoch nicht mehr.
Auch Export fördernde Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren durch die CMA kofinanziert. Bedingt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entfallen durch die Einstellung der CMA-Arbeit zukünftig auch diese Mittel. Es ist daher geplant, rund 30 Prozent des Budgets für Export fördernde Maßnahmen bereit zu stellen und entsprechende Projekte zu planen. Auf die Einführung eines spezielle Einzeltitels „Export“, wie dies in anderen Bundesländern der Fall ist und die dann häufig mit mehreren Hunderttausend Euro ausgestattet sind, wurde verzichtet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	174
Kapitel:	20
Titel:	685 01 / 685 03 / 891 03 / 891 05
Zweckbestimmung:	Betriebszuschuss, Personalkostenzuschuss, Investitionszuschuss zum laufenden Betrieb und Zuschuss für Investitionen im Rahmen des Sonderrahmenplans für LKN-SH

Ansatz Ist 2009:	9.973,7 / 0,0 / 26.928,0 / 0,0
Ansatz Soll 2010:	11.460,7 / 0,0 / 28.247,9 / 0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5.220,7 / 9.690,0 / 11.969,6 / 8.285,7
Ansatz Soll HHE 2012:	5.220,7 / 9.690,0 / 11.969,6 / 8.142,9

Frage/Sachverhalt:

Gegenüber dem Haushalt 2009/2010 ist es zu großen Verschiebungen (Übertragungen) gekommen. Welchen Hintergrund haben diese Übertragungen? Wie entwickeln sich die Sachkosten, die Personalkosten und die Investitionskosten für den Landesbetrieb (LKN-SH) insgesamt?

Antwort der Landesregierung:

Ab dem Jahre 2011 werden erstmalig u.a. in einem gesonderten Personalkostentitel 68503 sowie in einem gesonderten Titel 89105 für Mittel des Sonderrahmenplanes Küstenschutz Haushaltsansätze für den LKN-SH ausgewiesen. Hiermit sind entsprechende Verschiebungen zwischen den anderen Titeln verbunden. Insgesamt ist die Entwicklung der Küstenschutzmittel aus der GAK und EU stabil.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	160
Kapitel:	20
Titel:	346 01 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Für allgemeine Vorfinanzierungsmaßnahmen

Ansatz Ist 2009:	13.867,9
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Was ist unter allgemeinen Vorfinanzierungsmaßnahmen zu verstehen? Warum sind für 2011/2012 keine Einnahmen zu erwarten?

Antwort der Landesregierung:

Das Ist beträgt 26.593,3 T€. Die weitere Entwicklung bis zum Ende des Haushaltsjahres lässt sich nicht vorhersehen.
Die Zuwendungen der EU zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen des Zukunftsprogramms ländlicher Raum werden zentral für sämtliche Vorfinanzierungsmaßnahmen bei Titel 1320-346 01 MG 03 vereinnahmt und gebucht. Das heißt, bei diesem Titel erscheinen nur Ist-Beträge. Dem gegenüber erfolgt die Veranschlagung der Einnahmen jedoch bei den maßnahmebezogenen Einzeltiteln der MG 03.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	160
Kapitel:	20
Titel:	346 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Für Maßnahmen zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	3.992,1
Ansatz Soll HHE 2011:	4.932,0
Ansatz Soll HHE 2012:	4.767,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Warum korrespondieren die für 2011/2012 im Vergleich zum SOLL 2010 höheren Einnahmen nicht mit entsprechend höheren Ausgaben für Titel 13 20 683 04 (MG 03)?

Antwort der Landesregierung:

Zur Frage nach der Entwicklung des IST 2010:
Im Jahr 2010 werden voraussichtlich etwa 4,326 Mio. € EU-Mittel zur Kofinanzierung der MSL-Förderung benötigt. Der genaue Bedarf steht erst nach Abschluss der Bearbeitung der Zahlungsanträge im November/Dezember 2010 fest.

Zur Frage nach der Entsprechung mit dem Ausgabentitel 1320 03 683 04:
Der Finanzplan zum Zukunftsprogramm ländlicher Raum (ZPLR), der seinerzeit bei der Aufstellung des Haushalts 2009/2010 zugrundegelegt wurde, wurde zwischenzeitlich dem erhöhten Bedarf angepasst.
Die im Titel 1320-346 03 MG 03 veranschlagten Einnahmen und die im Titel 1320-683 04 MG 03 veranschlagten Ausgaben entsprechen dem aktuellen Stand des ZPLR-Finanzplanes.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	162
Kapitel:	20
Titel:	683 04
Zweckbestimmung:	An landwirtschaftliche Betriebe für eine markt- und standortangepasste Landwirtschaft

Ansatz Ist 2009:	4.716,6
Ansatz Soll 2010:	8.310,1
Ansatz Soll HHE 2011:	8.532,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8.367,0

Frage/Sachverhalt:

Bitte aufschlüsseln nach den unterschiedlichen Maßnahmen: Ökologische Anbauverfahren, differenziert nach Beibehaltung und Einführung, Winterbegrünung, Schonstreifen, verbesserte N-Ausnutzung aus flüssigen Wirtschaftsdüngern. Wie entwickelt sich das IST 2010 für diese Maßnahmen? Wie verteilen sich die Ansätze für 2011/2012 auf die Maßnahmen? In welcher Höhe werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 Einsparungen erzielt durch den Beschluss der Landesregierung, die Beibehaltung der ökologischen Anbauverfahren nicht mehr zu fördern? In welcher Höhe werden in den Haushaltsjahren 2011/2012 Einsparungen erzielt durch den Beschluss der Landesregierung, die Einführung der ökologischen Anbauverfahren auf eine Gebietskulisse zu beschränken?

Antwort der Landesregierung:

Die bewilligten Mittel für MSL-Maßnahmen, die in den Jahren 2010, 2011 und 2012 zur Auszahlung kommen, sind in der Tabelle dargestellt (Angaben in T €):

MSL-Maßnahme	2010	2011	2012
Ökologische Anbauverfahren	5.063	5.113	4.875
Winterbegrünung	362	497	497
Schonstreifen	1.660	2.138	2.138
Verbesserte N-Ausnutzung	780	875	875

Eine Aufschlüsselung des Mittelbedarfs nach Beibehaltung und Einführung konnte bei der Maßnahme Ökologische Anbauverfahren nicht vorgenommen werden, weil eine entsprechende Differenzierung für die im Jahr 2007 erteilten Bewilligungen fehlt.

In den HH-Jahren 2011/2012 werden keine Einsparungen durch den Beschluss der Landesregierung, die Beibehaltung Ökologischer Anbauverfahren nicht mehr zu fördern, erzielt. Allerdings wird eine weitere Erhöhung der Ausgaben unterbunden, indem im Jahr 2010 gestellte Anträge auf Beibehaltungsförderung nicht bewilligt wurden.

Die Entscheidung der Landesregierung, die Einführung der ökologischen Anbauverfahren auf eine Gebietskulisse zu beschränken, wurde zwischenzeitlich revidiert. Der Mittelbedarf für diese zusätzlichen Bewilligungen in Höhe von 170.000 € jeweils in den Jahren 2011 und 2012 ist in der obigen tabellarischen Übersicht enthalten. Der Zusatzbedarf an EU-Mitteln ist durch den Haushaltsansatz abgedeckt. Der durch die zusätzlichen Bewilligungen entstehende Mehrbedarf an GAK-Mitteln in Höhe von rund 77.000 € jeweils in den Jahren 2011 und 2012 (davon rund 32.000 € Landesmittel) wird durch Umschichtung aus der Marktstrukturförderung (Finanzposition 1320 04 892 22) gedeckt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	164
Kapitel:	20
Titel:	892 20
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für ZPLR-Maßnahmen im Rahmen des AFP

Ansatz Ist 2009:	1.342,7
Ansatz Soll 2010:	5.295,8
Ansatz Soll HHE 2011:	4.632,0
Ansatz Soll HHE 2012:	4.687,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Inwieweit handelt es sich bei den für 2011/2012 eingestellten Beträgen um Mittel zur Deckung von bereits eingegangenen Verpflichtungen? Inwieweit findet sich in diesem Titel die Empfehlung der Haushaltsstrukturkommission zur Streichung des AFP (1 Mio €) wieder?

Antwort der Landesregierung:

IST 2010: Die veranschlagten HH-Mittel werden gemäß Ansatz verausgabt.

HH-Ansätze 2011/2012: Im Haushaltsentwurf stehen noch die alten Ansätze gemäß 2. Änderungsantrag (ÄA) des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein. Die Empfehlung der Haushaltsstrukturkommission zur Streichung des AFP schlägt sich im 3. ÄA nieder, der über die Nachschiebeliste eingearbeitet wird.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	167
Kapitel:	20
Titel:	892 22
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung sonstiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Ansatz Ist 2009:	230,0
Ansatz Soll 2010:	2.229,9
Ansatz Soll HHE 2011:	2.218,9
Ansatz Soll HHE 2012:	2.191,7

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Für welche Erzeugnisse wurden im laufenden Haushaltsjahr Vorhaben aus diesem Titel finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Dieser Titel gehört zur Maßnahmengruppe (MG) 04 „Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur“ und ist mit den anderen Titeln dieser MG deckungsfähig.
Aus dieser MG werden Investitionsfördermaßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung ldw. Erzeugnisse begleitet.
In diesem Jahr gehen die überwiegenden Mittel in die Strukturverbesserung der Meiereiwirtschaft und in die Verbesserung der Verarbeitung von ökologisch erzeugten Produkten.
Es ist von einem vollständigen Mittelabfluss in 2010 auszugehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	168
Kapitel:	20
Titel:	671 01
Zweckbestimmung:	Förderung des Länderfinanzierungsprogrammes „Wasser und Boden“

Ansatz Ist 2009:	13,0
Ansatz Soll 2010:	13,0
Ansatz Soll HHE 2011:	13,0
Ansatz Soll HHE 2012:	13,0

Frage/Sachverhalt:

Gefördert werden Forschungsprojekte. Um welche Forschungsprojekte handelt es sich?

Antwort der Landesregierung:

Zur Vereinheitlichung des wasserrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Vollzuges führen die Bundesländer gemeinsam das Länderfinanzierungsprogramm Wasser, Boden und Abfall durch. Aus dem Länderfinanzierungsprogramm werden sowohl Forschungs- und Entwicklungsvorhaben als auch Regelwerksarbeit und die Erstellung von Normen gefördert, die für den wasser- und bodenschutzrechtlichen Vollzug erforderlich sind.

Gefördert werden z.B. Maßnahmen/Projekte zu den Themen Normenüberarbeitung, Wasseranalytik und Abwassertechnik sowie Bewertungs- und Untersuchungsmethoden. Die Maßnahmen werden in den Jahresprogrammen der Bund-Länderarbeitsgemeinschaften festgelegt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	169
Kapitel:	20
Titel:	887 11
Zweckbestimmung:	An Wasser- und Bodenverbände für Maßnahmen zur naturnahen Gestaltung von Fließgewässern und Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft

Ansatz Ist 2009:	4.523,8
Ansatz Soll 2010:	5.858,0
Ansatz Soll HHE 2011:	6.783,7
Ansatz Soll HHE 2012:	7.549,2

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen wurden im laufenden Haushaltsjahr finanziert? Welche Maßnahmen sind für 2011/2012 geplant? Wie verhält sich dieser Titel zu Titel 13 15 887 03? Wie unterscheiden sich die Maßnahmen dieser beiden Titel? Was ist der Grund dafür, dass die Ansätze für Titel 13 15 887 03 gesenkt werden, für Titel 13 20 887 11 angehoben?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 sind bisher rd. 3,24 Mio. € durch VE oder Barmittel mittels Zuwendungen verplant bzw. gebunden. Die Mittel werden bis zum Ende des Haushaltsjahres verausgabt.

Im laufenden Haushaltsjahr und in 2011/12 sind Maßnahmen zur naturnahen Gewässer- und Seenentwicklung sowie Wiedervernässung von Niedermooren (Grundlage des Maßnahmenprogramms nach Art. 11 EU-Wasserrahmenrichtlinie) geplant.

Die Maßnahmen werden aus beiden Titeln gefördert, wobei die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) [EPl 13, Kapitel 20] gewisse Fördertatbestände im Gegensatz zur Verwendung der Abwasserabgabe nach § 13 Abwasserabgabengesetz ausdrücklich ausschließt, die ersatzweise aus EPl 13, Kapitel 15, Titel gefördert werden können.

Aufgrund der Anhebung der Fördersätze auf 90 % der förderfähigen Kosten im Rahmen der GAK verändern sich die Bedarfe in den bei den genannten Titeln.
Die Ansätze 2011/2012 bei Titel 1320 – 887 11 enthalten auch EU-Mittel.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	171
Kapitel:	20
Titel:	887 02
Zweckbestimmung:	Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung

Ansatz Ist 2009:	2.316,1
Ansatz Soll 2010:	1.749,2
Ansatz Soll HHE 2011:	1.120,0
Ansatz Soll HHE 2012:	1.100,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie werden die gegenüber dem IST 2009 stark verminderten Ansätze für 2011/2012 begründet? Welche der in den Erläuterungen genannten Maßnahmen (Aufforstung, Umbau, Schutzpflanzungen etc. werden in erster Linie von den Kürzungen betroffen sein?

Antwort der Landesregierung:

Die Kulturzeit für das Jahr 2010 ist noch nicht abgeschlossen, daher können zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Prognosen über den diesjährigen Mittelabfluss abgegeben werden.
Die geringeren Ansätze sind bedingt durch die allgemeinen Einsparungsvorgaben im Landeshaushalt, insbesondere durch notwendig gewordene Umschichtungen im Bereich der Grundwasserentnahmeabgabe.
Aufgrund der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmengruppe 06 *Forstliche Maßnahmen* ist noch nicht absehbar, welche Teilbereiche betroffen sein könnten. Es werden die Maßnahmen vorrangig gefördert werden, die im entsprechenden Zeitraum schwerpunktmäßig nachgefragt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	174
Kapitel:	20
Titel:	685 01 / 685 03 / 891 03 / 891 05
Zweckbestimmung:	Zuschuss an den LKN zum laufenden Betrieb, für Personalkosten, für Investitionen zum laufenden Betrieb, für Investitionen im Rahmen des Sonderrahmenplans

Ansatz Ist 2009:	1.440,0 / 0,0 / 26.928,0 / 0,0
Ansatz Soll 2010:	1.000,0 / 0,0 / 28.247,9 / 8.285,7
Ansatz Soll HHE 2011:	1.000,0 / 9.690,0 / 11.969,6 / 8.285,7
Ansatz Soll HHE 2012:	1.000,0 / 9.690,0 / 11.969,6 / 8.142,9

Frage/Sachverhalt:

Die Titel 685 03 (Personalkostenzuschuss) sowie 891 05 (Investitionen im Rahmen des Sonderrahmenplans gab es im Haushalt 2009/2010 noch nicht. Beim Titel 891 03 (Zuschuss für Investitionen zum laufenden Betrieb) werden die Ansätze 2011/2012 gegenüber dem HH-Plan 2009/2010 stark abgesenkt. Was ist der Hintergrund dafür? Wurden hier Umbuchungen (Verschiebungen) vorgenommen, wenn ja, warum? Bitte die Ausgaben für den LKN insgesamt darstellen.

Antwort der Landesregierung:

Ab dem Jahre 2011 werden erstmalig u.a. in einem gesonderten Personalkostentitel 68503 sowie in einem gesonderten Titel 89105 für Mittel des Sonderrahmenplanes Küstenschutz für den LKN-SH Haushaltsansätze ausgewiesen. Hiermit sind entsprechende Verschiebungen zwischen den anderen Titeln verbunden. Insgesamt ist die Entwicklung der Küstenschutzmittel aus der GAK und EU stabil.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	176
Kapitel:	20
Titel:	883 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung…

Ansatz Ist 2009:	523,1
Ansatz Soll 2010:	1.004,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.370,3
Ansatz Soll HHE 2012:	1.438,9

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen sollen im Einzelnen durchgeführt werden?

Antwort der Landesregierung:

Da zu den veranschlagten GAK-Mitteln noch EU-Mittel und ggf. Rest aus dem Vorjahr kommen, wird ein IST von rd. 3 Mio. Euro erwartet. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch im Folgejahr noch verausgabt werden können.

Es werden 22 Wirtschaftlichkeitslücken, 8 Leerrohrverlegungen, 6 Machbarkeitsstudien, 2 Leerrohrkonzepte, 2 Informationsveranstaltungen, 10 Betreuungsleistungen bei Ausschreibung, 3 Durchführungen von Interessensbekundungsverfahren finanziert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	175
Kapitel:	20
Titel:	883 04
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände

Ansatz Ist 2009:	7.325,0
Ansatz Soll 2010:	9.321,1
Ansatz Soll HHE 2011:	13.108,0
Ansatz Soll HHE 2012:	15.141,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie wird der starke Anstieg bei den Ansätzen für 2011/2012 gegenüber dem Soll 2010 begründet? In welchem Umfang sind Landesmittel in diesen Ansätzen enthalten? Könnten die Landesmittel durch andere Formen der Kofinanzierung ersetzt werden? Dienen die Ansätze ausschließlich zur Deckung bereits eingegangener Verpflichtungen? Falls nein, würde eine Verminderung der Ansätze zwangsläufig zu verminderten Einnahmen aus Bundes- und/oder EU-Mitteln führen oder lassen sich diese umschichten in andere Maßnahmen innerhalb des ZPLR?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 werden voraussichtlich insgesamt rd. 5 Mio. € verausgabt. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch im Folgejahr noch verausgabt werden können.
Davon sind 1.297,7 T€ GAK-Mittel (= 519,1 T€ Landesmittel).

Der Anstieg in den Folgejahren kommt zustande, weil der Ansatz an EU-Mitteln nach dem ZPLR-Finanzplan steigt. Der Anteil an Landesmittel beträgt in 2011 726.240 € und in 2011 443.000 Euro. Diese Landesmittel können nicht durch andere Formen der Kofinanzierung ersetzt werden. Sie dienen der Finanzierung von bereits vom AktivRegionenbeirat beschlossenen Leuchtturmprojekten der AktivRegionen, die nicht EU-kofinanzierungsfähig sind. Da es sich bei den EU-Mitteln um Mittel der AktivRegionen (Schwerpunkt 4 ZPLR) handelt und die AktivRegionen eigenständig über die Projekte entscheiden, ist eine Umschichtung nicht möglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	177
Kapitel:	20
Titel:	883 06
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Förderung der Verkehrs- und touristischen Infrastruktur sowie von Schutzpflanzungen und Landschaftspflege an Gemeinden und Gemeindeverbände

Ansatz Ist 2009:	1.902,2
Ansatz Soll 2010:	600,0
Ansatz Soll HHE 2011:	600,0
Ansatz Soll HHE 2012:	600,0

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Welche Maßnahmen werden im laufenden Haushaltsjahr finanziert? Was ist der Hintergrund für die hohen Ausgaben in 2009??

Antwort der Landesregierung:

In 2010 werden voraussichtlich insgesamt rd. 1 Mio. € verausgabt. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch im Folgejahr noch verausgabt werden können.
Es ist zurzeit nicht abzusehen, ob nicht auch in den Folgejahren mehr Projekte aus den Bereichen Tourismus und ländliche Verkehrsinfrastruktur von den AktivRegionen ausgewählt werden, als bisher angenommen.

In 2010 werden 2 ländliche Wege, ein Radweg, eine Radbrücke, ein Wanderweg, ein Konzept für ein integriertes Wegenetz, 4 touristische Konzepte / Machbarkeitsstudien als Vorarbeiten für Investitionen, touristische Erschließung eines Teiches, eine Beobachtungsstation am Appener See, Gestaltung eines Kirchenumfelds, 3 Bootsanleger, Umsetzung eines Reitwegekonzeptes, 2 Rast- und Infoplätze, eine Zuwegung Wohnmobilstellplatz, eine Fahrradservicestation, zwei Badestellen, zwei WC-Anlagen gefördert.

Hintergrund für die hohen Ausgaben in 2009 war, dass von den AktivRegionen mehr touristische Projekte ausgewählt wurden, als vorher geschätzt worden war.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	177
Kapitel:	20
Titel:	887 08
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zu Vorarbeiten und Ausführungskosten der ländlichen Neuordnung

Ansatz Ist 2009:	1.434,7
Ansatz Soll 2010:	2.132,5
Ansatz Soll HHE 2011:	1.632,5
Ansatz Soll HHE 2012:	1.632,5

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Inwieweit werden mit den Ansätzen für 2011/2012 ausschließlich bereits bestehende Verpflichtungen gedeckt?

Antwort der Landesregierung:

Das IST 2010 beträgt voraussichtlich rd. 810 T€. In 2011 sind 228 T€ und in 2012 sind 454 T€ bereits durch bestehende Verpflichtungen gebunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	178
Kapitel:	20
Titel:	893 04
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zu(r) Diversifizierung landwirtschaftlicher Tätigkeit

Ansatz Ist 2009:	310,2
Ansatz Soll 2010:	125,0
Ansatz Soll HHE 2011:	930,4
Ansatz Soll HHE 2012:	887,5

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010? Wie werden die gegenüber dem IST 2009 und dem SOLL 2010 stark erhöhten Ansätze in 2011/2012 begründet? Welche Maßnahmen werden in laufenden Haushaltsjahr aus diesem Titel finanziert? (investive Maßnahmen, welcher Art?, nicht investive Maßnahmen, welcher Art?)

Antwort der Landesregierung:

Voraussichtlich werden rd. 900 T€ in 2010 verausgabt. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch im Folgejahr noch verausgabt werden können.
Die Maßnahme wurde in 2009 erstmalig angeboten. Die Anfangsphase wurde von den Projektträgern überwiegend zur Projektentwicklung genutzt. Diese Projekte kommen jetzt in die Umsetzungsphase.
Im Finanzplan der Zukunftsprogramms für den ländlichen Raum stehen für die Diversifizierung für die Jahre 2011/2012 insgesamt rd. 912 T€ ELER-Mittel zur Verfügung, die vom Land kofinanziert werden müssen.

In 2010 werden finanziert: eine Veranstaltungsdiele, vier Reithallen, eine Grüngutaufbereitung, ein Schulungs- und Erlebnishof mit Bio-Restaurant, Anlagen zur Herstellung u. Vermarktung von Joghurt, 2 x Umbau von Ställen zu Ferienwohnungen, ein Seegraszwischenlager, eine Hofkäserei, eine touristische Mehrzweckhalle, drei Ferienwohnungen in einem Gutshaus, eine Lehr-/Lernküche, eine Backstube, Räume für Bauernhofpädagogik, Erweiterung eines Hofladens, ein barrierefreies Ferienhaus, eine Heuherberge. Es sind alles investive Maßnahmen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	173-175
Kapitel:	20
Titel:	(MG 08)
Zweckbestimmung:	Küstenschutz

Ansatz Ist 2009:	42.072,0
Ansatz Soll 2010:	44.191,4
Ansatz Soll HHE 2011:	39.895,5
Ansatz Soll HHE 2012:	39.674,0

Frage/Sachverhalt:

Sind in dieser Maßnahmengruppe Veränderungen bei den Kosten infolge Kommunalisierung, Privatisierung oder Schließung von Häfen berücksichtigt? Falls nein, an welcher Stelle im Haushalt ist dies zu finden?

Antwort der Landesregierung:

In dieser Maßnahmengruppe sind ausschließlich investive Maßnahmen des Küstenschutzes veranschlagt, zu denen Kosten der Kommunalisierung, Privatisierung oder Schließung von Häfen nicht zählen.
Entsprechende Änderungen sind im vorliegenden Entwurf des Hauhaltsplans noch nicht berücksichtigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
x	**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	13
Seite:	175-178
Kapitel:	20
Titel:	MG 09
Zweckbestimmung:	Integrierte ländliche Entwicklung

Ansatz Ist 2009:	13.350,9
Ansatz Soll 2010:	15.929,1
Ansatz Soll HHE 2011:	20.375,3
Ansatz Soll HHE 2012:	22.443,3

Frage/Sachverhalt:

Wie entwickelt sich das IST 2010 insgesamt für die MG 09? Wie hoch ist der Anteil der Landesmittel bei den Ansätzen für 2011/2012, wie hoch beim IST 2010? Insgesamt ist ein starker Anstieg der Ausgaben vorgesehen. Wurde der Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission, die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung um 1 Mio € zu kürzen, im Haushaltsplan umgesetzt? Falls ja, bei welchen Maßnahmen wird dieser Betrag eingespart? Falls nein, wie wird das begründet?

Antwort der Landesregierung:

In 2010 werden voraussichtlich insgesamt rd. 14 Mio. € verausgabt. Eine genaue Prognose ist noch nicht möglich, da die EU-Mittel nicht bis zum Jahresende sondern im Rahmen der n+2-Regelung auch noch im Folgejahr verausgabt werden können.

Die Einsparvorgabe wurde umgesetzt.
Insgesamt werden voraussichtlich GAK-Kassenmittel im Jahr 2010 in Höhe 4.727,5 T€ für den Bereich ILE -Teil A (Integrierte ländliche Entwicklung) und 1.700 T€ für den Bereich ILE – Teil B (Breitbandversorgung ländlicher Räume) verausgabt, insgesamt also 6.427,5 T€. Im Haushaltsplan 2010 waren 7.998 T€ veranschlagt. Die Einsparungen betreffen insbesondere die Titel 1320 09 883 04 (Dorfentwicklung an Gemeinden) und 1320 09 887 08 (Ländliche Neuordnung), sowie das Landesprogramm 1317 MG 03 mit 200 T€.

In den Jahren 2011/2012 stehen jeweils 6.750 T€ GAK-Mittel für den Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung zur Verfügung.